

**Einwohnerratssitzung 2014/2015
Protokoll Nr. 4**

Sitzungsdatum **Donnerstag, 11. Dezember 2014**
Sitzungszeit 08:00 Uhr bis 12:15 Uhr / 13:45 Uhr bis 18:00 Uhr
Ort Pilatus-Saal, Luzernerstrasse 15, Kriens

Protokoll	Petra Burkhart	
Direktwahl	041 329 63 01	11. Dezember 2014 pb

Anwesend	Präsident	Peter Portmann
	Einwohnerrat	35 Mitglieder Fabian Takacs (ab 08:30 Uhr) Rolf Schmid (ab 13:45 Uhr) Roland Schwizer (ab 13:45 Uhr)
	Gemeinderat	5 Mitglieder
	Gemeindeschreiber	Guido Solari
	Protokoll	Petra Burkhart
Entschuldigt		-

Traktanden

- | | | | |
|-----|--|------------|-----------|
| 1. | <u>Mitteilungen</u> | | Seite 125 |
| 2. | <u>Fragestunde</u>
(max. 30 Min.) | | Seite 125 |
| 3. | <u>Planungsbericht: Schulraum 2014 – 2023 / Überarbeitung 2014</u> | Nr. 134/14 | Seite 128 |
| 4. | <u>Beantwortung Interpellation Tanner: Kostentreiber Soziale Wohlfahrt in Kriens</u> | Nr. 084/13 | Seite 142 |
| 5. | <u>Beantwortung Interpellation Ercolani: Heizungsanlagen in gemeindeeigenen Gebäuden</u> | Nr. 099/14 | Seite 158 |
| 6. | <u>Postulat Ercolani: Beschäftigung von Sozialhilfebezügler</u>
<i>Begründung</i> | Nr. 124/14 | Seite 150 |
| 7. | <u>Bericht Postulat Urfer: Ausarbeitung eines Sitzbankkonzepts im Siedlungsgebiet</u> | Nr. 077/13 | Seite 160 |
| 8. | <u>Bericht Postulat Takacs: Einbezug von Interessengruppen bei grösseren Investitionen</u> | Nr. 100/14 | Seite 162 |
| 9. | <u>Beantwortung Interpellation Fässler: „Runder Tisch“ bei grossen Bauprojekten</u> | Nr. 125/14 | Seite 163 |
| 10. | <u>Beantwortung Interpellation Graf: Beitrag SRF über Schweizer Dschihadisten vom 14.05.2014 in der Rundschau</u> | Nr. 122/14 | Seite 164 |
| 11. | <u>Beantwortung Interpellation Koch: Sperrung Hergiswaldstrasse nach Unwetterschäden</u> | Nr. 132/14 | Seite 167 |
| 12. | <u>Postulat Piras: Krienser Kinder und Jugendliche entscheiden mit!</u>
<i>Begründung</i> | Nr. 138/14 | Seite 169 |
| 13. | <u>Bericht und Antrag: Baukredit Schulanlage Kirchbühl 1+2</u> | Nr. 136/14 | Seite 172 |
| 14. | <u>Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative „Verkleinerung der Mitgliederzahl des Einwohnerrates Kriens“</u> | Nr. 140/14 | Seite 184 |
| 15. | <u>Bericht Postulat Morf: Alters- und Behindertenleitbild für Kriens</u> | Nr. 225/07 | Seite 155 |
| 16. | <u>Bericht Postulat Hahn: Negativer Trend der Sozialhilfequote in der Gemeinde Kriens</u> | Nr. 052/13 | Seite 158 |
| 17. | <u>Bericht Postulat Mathis: Räumliche Energieplanung: Energierichtplan für Kriens aus Zeitgründen abtraktandiert</u> | Nr. 060/13 | Seite 193 |

- | | | | |
|-----|---|------------|-----------|
| 18. | <u>Bericht Postulat Tschümperlin: Bypass Nein aus Zeitgründen abtraktandiert</u> | Nr. 111/14 | Seite 194 |
| 19. | <u>Beantwortung Interpellation Schwizer: Förderung des Wirtschaftsstandortes Kriens aus Zeitgründen abtraktandiert</u> | Nr. 129/14 | Seite 194 |
| 20. | <u>Beantwortung Interpellation Tschümperlin: Wirtschaftsförderung vorantreiben aus Zeitgründen abtraktandiert</u> | Nr. 139/14 | Seite 194 |
| 21. | <u>Postulat Ercolani: Sozialbezug mit Fairness</u>
<i>Begründung</i>
zurückgezogen am 28.11.2014 | Nr. 141/14 | Seite 194 |
| 22. | <u>Postulat Heiz: Kurzzeitparkplätze im Zentrum Kriens</u>
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 142/14 | Seite 194 |
| 23. | <u>Motion Tanner: Stopp zusätzliche Verschuldung aus dem Konsumaufwand</u>
<i>Begründung</i>
aus Zeitgründen abtraktandiert | Nr. 146/14 | Seite 194 |

Neueingangsliste

- | | |
|------------|--|
| Nr. 129/14 | Beantwortung Interpellation Schwizer: Förderung des Wirtschaftsstandortes Kriens |
| Nr. 139/14 | Beantwortung Interpellation Tschümperlin: Wirtschaftsförderung vorantreiben |
| Nr. 136/14 | B+A: Baukredit Schulanlage Kirchbühl 1+2 |
| Nr. 140/14 | B+A: Gemeindeinitiative „Verkleinerung der Mitgliederzahl des Einwohnerrates Kriens“ |
| Nr. 060/13 | Bericht Postulat Mathis: Räumliche Energieplanung – Energieplanung für Kriens |
| Nr. 149/14 | Postulat Piras: Energietag 2015: Gemeinsam durch die Energiewende
Eingang: 11.11.2014 |
| Nr. 052/13 | Bericht Postulat Hahn: Negativer Trend der Sozialhilfequote in der Gemeinde Kriens |

Peter Portmann begrüsst alle Anwesenden zur Einwohnerratssitzung. Für die Neue Luzerner Zeitung schreibt Dominik Weingartner.

Roland Schwizer und Rolf Schmid nehmen aus beruflichen Gründen erst am Nachmittag an der Sitzung teil. Thomas Lammer ist von 14:30 bis 16:30 Uhr abwesend, Cyrill Wiget nach der Fragestunde bis ca. 10:00 Uhr und Lothar Sidler am Nachmittag.

Die Pausen sind von 09:45 Uhr bis 10:05 Uhr und von 15:30 Uhr bis 15:50 Uhr vorgesehen. Sitzungsschluss ist um 18:00 Uhr. Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Schlössli zum Jahresabschlussessen.

1. Mitteilungen

Gemäss Peter Portmann wird Lothar Sidler von 14:00 Uhr bis 15:00 Uhr an einer Sitzung betreffend kantonale Pflegeheimplanung teilnehmen. Es wird vorgeschlagen, dass die Geschäfte, welche er zu vertreten hat, das sind die Traktanden 4, 6, 15 und 16, auf den Vormittag verschoben werden.

Die Traktanden 4 und 16 können zusammen behandelt werden, da sie inhaltlich nahezu identisch sind. Sofern niemand etwas dagegen einwendet, werden nach dem Traktandum 4 die Traktanden 6, 15 und 16 direkt anschliessend behandelt.

Die Neueingänge liegen wie gewohnt schriftlich auf.

Mitteilungen seitens des Gemeinderates

Laut Matthias Senn wurde an den Schlössligesprächen gewünscht, dass der Einwohnerrat regelmässig über das Projekt Zukunft Kriens – Leben im Zentrum informiert wird. Es wurde beschlossen, dass monatlich auch im KriensInfo zu diesem Thema berichtet wird. Die Baubewilligung für das Teilprojekt Werkhof und Feuerwehr Eichenspes wurde in der Zwischenzeit rechtskräftig. Ende Januar erfolgt der Spatenstich im kleinen Rahmen. Am Neujahresapéro der Gemeinde am 7. Januar 2015 auf dem Dorfplatz wird der Baustart dieses Jahrhundertprojekts symbolisch dargestellt. Ansonsten verläuft alles nach Plan. Beim Zentrum Pilatus ist der Baubeginn auf Februar 2016 geplant.

2. Fragestunde

Christine Kaufmann-Wolf möchte wissen, was der Gemeinderat unternimmt, damit es im Mattenhof nicht zu solchen Parkplätzen kommt, so wie es die städtische SP wünscht?

Gemäss Matthias Senn hat der Gemeinderat in den entsprechenden Gremien mündlich kommuniziert, dass das kein Thema ist. Man hat eine andere Planung und für dieses Gebiet liegen städtebauliche Richtlinien vor. Das Areal ist momentan in der Standardevaluation für eine Saalsporthalle. Wenn das nicht realisiert wird, möchte man das Areal ähnlich entwickeln wie das Gebiet Mattenhof I. Falls die Grundeigentümerin tatsächlich ein Baugesuch einreichen sollte, müsste man sich überlegen, wie das baurechtlich verhindert werden kann.

Patrick Koch fragt, wo der Einwohnerrat tagen wird, wenn der Pilatussaal abgerissen wird.

Nach Guido Solarì wird der Einwohnerrat in der Aula Meiersmatt tagen.

Mario Urfer erkundigt sich nach dem Stand der Fertigstellung der Hochleistungsantenne im Kleinfeld?

Matthias Senn antwortet, dass diese Hochleistungsantenne schon seit längerem fertiggestellt ist. Im Herbst gab es noch letzte Anpassungen. In der Zwischenzeit wurden die Messungen durchgeführt und der Bericht der Dienststelle Umwelt und Energie abgegeben. Es wurde festgestellt, dass die Messwerte in Ordnung sind.

Bruno Bienz spricht das Thema religiöse Neutralität in den Klassenzimmern an. Der Gemeinderat hat versprochen, diesbezüglich ein Reglement zu erarbeiten. Wie ist der Stand?

Gemäss Judith Luthiger-Senn handelt es sich um Weisungen und nicht um ein Reglement. Man hat aus der Geschichte gelernt. Die Lehrpersonen dürfen heute im Unterricht kein Kopftuch mehr tragen. Es hat bereits ein Anstellungsgespräch stattgefunden, bei dem kommuniziert wurde, dass im Unterricht kein Kopftuch getragen werden darf. In den Führungsleitlinien des Personalmanagements wird ein Grundsatz ergänzt, der gezielt auf das Kopftuch Bezug nimmt, aber auch andere religiöse Symbole umfasst. Es geht nicht nur um das Kopftuch, sondern allgemein um religiöse Zeichen.

Kathrin Graber möchte wissen, wie es im Mattenhof weitergeht und wie der zeitliche Fahrplan aussieht.

Nach Matthias Senn sollte das erste Baugesuch für den Mattenhof im Dezember oder Januar eingereicht werden. Für das Projekt Sternmatt wird die Baubewilligung ebenfalls im Januar erwartet. Das heisst, die ersten Baubewilligungsverfahren werden gestartet.

Gemäss Patrick Koch gab es auf Gabeldingen früher einen grossen Mammutbaum. Dieser wurde vom Blitz getroffen und musste daraufhin gefällt werden. Danach wurde eine Ersatzpflanze gesetzt. Ihm ist nun aufgefallen, dass dieser Baum nun auch nicht mehr steht. Was ist dort passiert?

Cyrill Wiget muss dieser Frage nachgehen. Es braucht an sich eine Fällbewilligung und er kann sich nicht erinnern, dass der Gemeinderat eine solche ausgestellt hätte.

Esther Bieri erkundigt sich nach dem Stand der Rekrutierung bei der Neubesetzung der Stelle des Leiters Finanzen.

Paul Winiker teilt mit, dass der Gemeinderat diese Position gestern neu besetzt hat. Genaues kann er jedoch noch nicht mitteilen, weil die gewählte Person das zuerst noch selbst kommunizieren muss. Er geht davon aus, dass der Gemeinderat nächste Woche eine Mitteilung machen kann.

Erich Tschümperlin fragt nach dem Stand des Projektes Hinteramlehn.

Nach Matthias Senn ist gestern der Entscheid des Verwaltungsgerichts eingetroffen. Der Entscheid des rawi muss teilweise korrigiert werden. In allen übrigen Punkten wurde die Beschwerde abgewiesen. Das heisst es geht in die nächste Runde.

Gemäss Davide Piras wurde die Beschwerde gegen den Bau des Asylzentrums vor Bundesgericht abgewiesen. Wie geht es nun weiter mit dem Bau?

Lothar Sidler antwortet, dass man den Bau nun vorantreiben wird. Was noch zu Verzögerungen führen wird ist die Pflicht das Bauprojekt jetzt auszuschreiben. Das Kantonsgericht hat bekanntlich festgestellt, dass diesbezüglich etwas rechtswidrig gelaufen ist. Man kann die Bauten nicht einfach vergeben, sondern muss das öffentlich ausschreiben, so dass mehrere Mitbewerber diese Bauten realisieren können. Man geht aber davon aus, dass im nächsten Jahr mit dem Bau begonnen werden kann.

Nach Räto Camenisch darf der gemischte Chor Obernau immer am Dienstagabend im Schulhaus Obernau proben. Seit einigen Wochen wird der Parkplatz nachts konsequent abgeschlossen. Ist sich der Gemeinderat dessen bewusst?

Gemäss Cyryll Wiget wurde erst vor kurzem der Vorstoss von Mara Dalla Bona im Einwohnerrat behandelt. Dort hat der Gemeinderat sehr minutiös abgehandelt, wie die Parkplätze bewirtschaftet werden sollen. Es gibt ein Reglement das vor ca. sechs Jahren eingeführt wurde. Die Pausenplätze werden grundsätzlich in erster Linie den Jugendlichen und Kindern zur Verfügung gestellt. Wenn es bei den Parkanlagen im Umfeld der Schulhäuser Engpässe gibt, darf man auf dem Pausenplatz parkieren. Das wird mit den Vereinen jeweils angeschaut.

Nach Mario Urfer hat die VBL neue Tarifzonen eingeführt. Hat das finanzielle Folgen für die Gemeinde?

Cyryll Wiget antwortet, dass die Kunden in erster Linie profitieren. Der jährlich budgetierte Beitrag ist zwar dieses Jahr um Fr. 30'000.00 angestiegen. Einen direkten Einfluss haben die neuen Tarifzonen auf die Gemeindekasse jedoch nicht.

Bruno Bienz fragt nach dem Stand im Hochwald.

Gemäss Matthias Senn wurden die ersten Muster-Entscheide im Gemeinderat behandelt. Es wurde auch schon eine Medienmitteilung vorbereitet. Im Januar werden die ersten Entscheide zugestellt und auch die Medien informiert.

Christine Kaufmann-Wolf möchte wissen, wie sich der Gemeinnützige Frauenverein bei der Planung des Hortes im neuen Feuerwehrgebäude einbringen kann.

Nach Cyryll Wiget wurde noch nie ein Hort geplant, ohne mit dem Gemeinnützigen Frauenverein Rücksprache zu nehmen.

Martin Heiz ist aufgefallen, dass zwei Kandelaber-Beleuchtungen beim Dorfplatz nicht brennen. Ist ein Problem bekannt?

Matthias Senn ist kein Problem bekannt. Er klärt das ab.

Gemäss Peter Fässler hat es vor dem Neubau des Naturbades geheissen, dass der grösste Feind der Wasserqualität die Enten wären. Jetzt sieht man ab und zu Enten in diesem Naturbad schwimmen. Hat das eine Auswirkung auf das Wasser nächstes Jahr?

Für Cyrill Wiget ist das im Moment kein Problem.

Nach Verena Wicki Roth ist es bei der Busschleife bei den Perons, wo auf die Quartierbusse umgestiegen wird, viel zu schmal für Rollstuhlfahrer. Vor allem auch wenn die Rampe ausgeklappt ist, entsteht eine gefährliche Situation. Ist dem Gemeinderat dieses Problem bewusst und gibt es vielleicht Massnahmen, um das zu verbessern?

Matthias Senn ist dieses Problem nicht bewusst und hat noch nie davon gehört.

Alfons Graf bezieht sich auf das massive Unwetter im letzten Sommer. Wie hoch sind die Kosten, welche Kriens selbst tragen muss?

Gemäss Matthias Senn belaufen sich die Kosten insgesamt auf über 3 Mio. Franken. Der Anteil der Gemeinde beträgt ca. 1 Mio. Franken.

Viktor Bienz möchte wissen, was die Gemeinde unternimmt, damit im Himmelrich Ruhe einkehrt. Kann man da überhaupt etwas unternehmen?

Nach Matthias Senn ist das Projekt im Moment privat. Der letzte Stand ist, dass das Konkursamt die Zustelladresse ist. Man kann nur schauen, dass die Gemeinde zu den Beträgen kommt, die ihr geschuldet werden. Sonst kann man in diesem Fall nicht viel machen.

3. Planungsbericht: Schulraum 2014 – 2023 / Überarbeitung 2014 Nr. 134/14

Peter Portmann hält fest, dass es beim Planungsbericht keine Eintretensdebatte gibt.

Christine Kaufmann-Wolf bedankt sich, namens der BiK, beim Gemeinderat für den vorliegenden aktuellen Bericht. Es ist bereits die zweite Überarbeitung. Die BiK ist froh, dass die Schulraumplanung neu überarbeitet wurde und jetzt dem Einwohnerrat vorliegt. Die Kommission war einstimmig für ein Eintreten. Die BiK macht sich schon länger Sorgen, betreffend genügend Schulraumangebot. Einerseits wird der grössere Raumbedarf durch kantonale Umsetzungen, wie die Einführung des 2-Jahres-Kindergarten und der integrativen Förderung ausgelöst. Andererseits durch die momentane und auch zukünftig starke Bautätigkeit. Dies vor allem in den Gebieten Schlund, Mattenhof, Sidhalde, Schällennatt, Schweighof und Kuonimatt. Der vorliegende Bericht zeigt auf, wann, wo und wie viel Schulraum benötigt wird. Es wird auch ganz klar gezeigt, dass die anstehenden Sanierungen der Schulanlagen unbedingt fortgesetzt werden müssen. Vor allem bei denjenigen Schulhäusern, welche sich bautechnisch in einem ungenügenden Zustand

befinden. Die BiK hat den vorliegenden Planungsbericht sehr intensiv, konstruktiv, kritisch und doch wohlwollend diskutiert. Die Folge daraus ist, dass die BiK vier Anträge für Bemerkungen eingereicht hat. Zwei davon wurden bereits an der letzten Einwohnerratssitzung beim Aufgaben- und Finanzplan diskutiert und überwiesen. Weil es sich um zwei verschiedene B+A's handelt, ihre Bemerkungsanträge jedoch immer die Bildung samt Raumbedarf betreffen, ist es die logische Konsequenz, dass alle vier Bemerkungsanträge auch heute beim Planungsbericht Schulraum wieder gestellt werden. Die Kommission macht zusammenfassend folgende Aussagen zum Bericht:

- Die Sanierungen der Schulräume sollen fortgesetzt werden.
- Begrüsszt wird die Möglichkeit von einer Auslagerung der Sportschule an einen anderen zentralen Ort in Kriens. So werden sechs Klassenzimmer mitten im Zentrum frei und können zur Verfügung stehen.
- Die Erweiterung der Schulkreise wird von der BiK unterstützt. Man ist sich zwar der Problematik des längeren Schulwegs bewusst, unterstützt aber dieses Vorgehen in Anbetracht der schwierigen Raumsituation.
- Die BiK wünscht keine neuen Schuleinheiten, sondern unterstützt die Möglichkeit, die bestehenden Schulhäuser mittels Aus-, Auf- bzw. Anbauten zu erweitern.
- Bei Schulhäusern mit einem bleibend hohen Raumbedarf sollten Ausbauten mit fixen statt mobilen Schulräumen ergänzt werden. Dies mit Blick auf den Anlagewert und die Nachhaltigkeit. Längerfristig ist dies kostengünstiger.

In der Detailberatung wurden verschiedene Punkte intensiv diskutiert. Daraus sind wie bereits erwähnt, die vier verschiedenen Bemerkungsanträge und eine dringliche Motion entstanden. Die Motion wurde bereits an der letzten Einwohnerratssitzung überwiesen. Unter anderem gaben folgende Themen Stoff für konstruktive Diskussionen:

- Der Eintritt in den 2-Jahres-Kindergarten soll nur für ganze Jahre möglich sein. Und nicht wie im kantonalen Angebot Eintritte unter dem Jahr ermöglichen.
- Klassengrössen: Bei den drei erstellten Schulraumplanungsberichten (2010, 2012 und 2014) muss mit denselben Parametern gerechnet werden. Nur so kann eine Vergleichbarkeit gewährleistet werden.
- Prüfung von Stockwerkeigentum des neuen Kindergartens im Areal Schweighof statt Miete.
- Prüfung einer Zusammenarbeit mit der Gemeinde Horw betreffend Schulraum.
- Keine neuen Schuleinheiten, sondern bestehende Schulstandorte ausbauen.
- Kindergarten Houelbach: Der Gemeinderat soll unbedingt in engem Kontakt mit der liberalen Baugenossenschaft stehen, damit bei möglichem Ersatz-Bedarf schnell reagiert werden kann.
- Die Schulanlagen Brunnmatt, Roggern und Kuonimatt haben zukünftig wichtige Schlüsselrollen. Vor allem in Bezug auf die Entwicklung im Gebiet LuzernSüd.
- Die dringend notwendige Sanierung des Schulhauses Brunnmatt soll unbedingt wieder in die Investitionsplanung aufgenommen werden. Die BiK schlägt eine neue Priorisierung der Sanierungen der Schulanlagen vor. Das wurde bereits anlässlich der letzten Einwohnerratssitzung beim Traktandum „Aufgaben- und Finanzplan“ angesprochen.
- Desinvestition Bosmatt: Falls ein Teil des Grundstücks Bosmatt als Landreserve für den Ausbau des Schulhauses Roggern zurückbehalten wird, soll mit dem Verkauf der restlichen Fläche mindestens der gleiche Verkaufsertrag gelöst werden. Denn gemäss der Abstimmungsvorlage „Starkes Zentrum Kriens“ wurde diese Desinvestition für das Zentrum eingeplant.
- Hortbedarf: Gemäss der Strategie des Gemeinderates, soll auf jeder grösseren Schulanlage ein Hortangebot vorhanden sein. Die BiK ist damit nicht ganz einverstanden. Die Kommissionsmitglieder befürchten, dass Horte auf Vorrat gebaut werden. Die BiK vertritt den Standpunkt, dass der Bedarf an Schulraum und Horten gleichwertig beurteilt werden soll. Erst bei einem ausgewiesenen Bedarf, ohne Möglichkeit für Verschiebungen in andere Horte, sollen neue Schülerhorte entstehen.

- Die Gebiete Amlehn, Brunnmatt und Roggern haben aktuell mit zwei Horten und einem Schülerhaus eine gute Hortabdeckung. Die Wegsicherheit soll, wenn nötig, mittels Pedibus gelöst werden.
- Offenes Kostendach für die Schulräume/Bildung: In näherer Zukunft muss die Volksschule Kriens zusätzliche Anforderungen von Schulraumbedarf erfüllen, dabei sind noch nicht alle Schulhäuser saniert worden. Daher wurde in der BiK gefordert, dass das Kostendach nach oben offen bzw. flexibler sein sollte. Der Finanzplan sollte über das Ganze jedoch eingehalten werden.

Die von der BiK eingereichten Bemerkungsanträge werden nachfolgend in der Detailberatung beantragt. Die BiK nimmt den Planungsbericht Schulraum - mit den zusätzlichen Bemerkungen einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

Aus Sicht der FGK braucht es gemäss Roger Erni eine solche Planung. Anpassungen an die aktuelle Situation einer Gemeinde sind unabdingbar. Vergleicht man die drei Planungen der letzten fünf Jahre, fällt auf, dass sich die Situation extrem verändert hat. Noch 2012 sind die Planer davon ausgegangen, dass in der Gemeinde Kriens im Jahr 2018 ca. 30 Wohnungen gebaut werden. In der Prognose 2014 liegt diese Zahl bei über 400. Da sind nur zwei Jahre dazwischen. In der FGK wurde über zwei konkrete Flächen bzw. Schulhäuser gesprochen. Es macht keinen Sinn die Fläche Bosmatt zuerst zu verkaufen und dann wieder zu kaufen. Es ist klar aufzuzeigen, ob und warum nicht die gesamte Fläche Bosmatt desinvestiert werden soll. Beim Schulhaus Brunnmatt wurde bereits an der letzten Sitzung anlässlich des Finanz- und Aufgabeplans erwähnt, dass die FGK nicht glücklich ist mit der Notiz „strategischer Entscheid noch offen“. Beim mobilen Schulraum ist ein klares Konzept nötig. Dieses erwartet die FGK in den nächsten Monaten vom Gemeinderat. Der Sprechende kommt noch zu den Finanzen: Der Gemeinderat hat von einem Plafond von 44 Mio. Franken bis 2018 gesprochen. Dort soll der Gemeinderat klar aufzeigen was und wieviel in den nächsten Jahren geplant ist. Der Planungsbericht wurde von der FGK mit 6:0 Stimmen zur Kenntnis genommen.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion nimmt laut Davide Piras den Planungsbericht der Schulraumplanung positiv zur Kenntnis. Sie unterstützt die Grundsatzentscheide der Gemeinde, bei welcher die bestehenden Schulanlagen verstärkt und bei Bedarf ausgebaut werden sollen. Auf den weiteren Bau von neuen Schulhäusern an neuen Standorten soll verzichtet werden. Die detaillierten Strategiepläne mit den kurz-, mittel- und langfristigen Schulraumplanungen zeigen der Gemeinde den Weg für zukünftige Vergrößerungen von Schulhäusern. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion unterstützt die Handhabung mit den flexiblen Schulkreisen. Sie ist sich der Problematik bewusst, dass sich dadurch die Schulwege verlängern. Die Pläne zeigen auch die strategische Bedeutung der drei Schulhäuser Brunnmatt, Roggern und Kuonimatt. Sie werden in Zukunft den Ausgleich der Schülerzahl im ganzen Gebiet schaffen. Zusätzlich werden diese drei Schulhäuser die Schulkreise für das zukünftige Gebiet LuzernSüd bilden. Von allen Krienser Schulhäusern macht einem das Brunnmatt Schulhaus, in diesem wichtigen Gebiet, die meisten Sorgen. Wie man weiss, ist dieses Schulhaus in einem sehr schlechten Zustand. Ein Ausfall dieses Schulhauses, wie es im Gabeldingen der Fall war, hätte schwerwiegende Folgen für die Volksschulen in Kriens. Der Beschluss von der letzten Einwohner-ratssitzung, das Schulhaus wieder in die Planung aufzunehmen, sieht die CVP/JCVP/GLP-Fraktion als wichtigen und richtigen Entscheid. Die erwähnte Hortstrategie vom Gemeinderat, welche einen Bau eines Hortangebots bei jeder grösseren Schulanlage vorsieht, kann sie nicht unterstützen. In der heutigen finanziellen Lage können keine Horte auf Vorrat gebaut werden. Die Horte sollen bedarfsgerecht gebaut werden. Eine detaillierte Planung der Nachfrage, wie in der Schulraumplanung für die Volksschule erstellt worden ist, würde Klarheit über die Nachfrage schaffen. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den sehr übersichtlichen Bericht und für die überaus transparente Planung.

Hans Fluder, namens der SVP-Fraktion, stellt fest, dass der Bericht Schulraumplanung Kriens 2014 mit grossem Aufwand erstellt wurde. Für alle Schulhauskreise werden provisorische Prognosen erstellt. Diese Planung wird bis zehn Jahre im Voraus erstellt und alle zwei Jahre angepasst. Das Quartier Brunnmatt, zum Beispiel, welches mehrheitlich von älteren Personen bewohnt wird, erfährt in den nächsten Jahren einen Generationenwechsel. Jüngere Familien werden in dieses Quartier ziehen und es braucht wieder mehr Schulraum. Im Südteil von Kriens mit den Quartieren Nidfeld, Schweighof, Mattenhof und Roggern wird in ein paar Jahren ebenfalls grosse Bautätigkeit erwartet. Jetzt ist es wichtig, dass diejenigen Schulhäuser, welche noch renoviert werden müssen, nicht auf die lange Bank geschoben werden. Die Gemeinde Kriens kann sich kein zweites Gabeldingen leisten. Das würden die Bewohnerinnen und Bewohner nicht begreifen. Deshalb ist es sehr wichtig, dass mit den Finanzen haushälterisch umgegangen wird. Der Kanton stellt die Gemeinden immer wieder vor grössere Aufgaben, die sie zu erfüllen haben, wie z.B. das zweite Kindergartenjahr, integrative Förderung und integrative Sonderschulen. Das ruft nach immer mehr Schulraum. Die Klassenzimmer müssen für den Unterricht vergrössert werden. Es braucht Gruppenräume, da der Unterricht anders gestaltet wird als vor Jahren. Das sind nur einige wenige Beispiele. Die Liste könnte noch grösser werden.

Laut Kevin Hofstetter nimmt die FDP-Fraktion den vorliegenden Planungsbericht Schulraum 2014-2024 weitgehend positiv zur Kenntnis. Der Sprechende schickt voraus, dass die FDP-Fraktion angeregt hat, die Klassengrössen infolge unterdotierten IF-Lektionen zu überprüfen. Sollte sich herausstellen, dass es Sinn macht die Klassengrössen zu Gunsten von zusätzlichen IF-Lektionen kostenneutral zu erhöhen, müsste auch die Raumplanung nach unten angepasst werden. Somit würde der Raumbedarf sinken. Diesem Thema wird sich die BiK in den nächsten Monaten annehmen. Im Raum LuzernSüd sind sehr viele Projekte geplant, was die Gemeinde Kriens vor die grosse Herausforderung stellt, genügend aber nicht zu viel Schulraum bereit zu stellen. Aus diesem Grund begrüsst die FDP-Fraktion einen Mix von Ausbauten und mobilem Schulraum. Erweiterungen sind aber so zu planen, dass Umnutzungen in 10 oder 20 Jahren möglich sind und ohne Beeinträchtigung des Schulbetriebs Dritten vermietet werden können. Ebenfalls begrüsst sie den Entscheid, sich auf die bestehenden Schuleinheiten zu konzentrieren und diese bedarfsgerecht zu erweitern. Es sollen vorwiegend solche Schulanlagen ausgebaut werden, welche sich gut als Puffer eignen. Hier sind aus ihrer Sicht zwei Schulanlagen im Fokus, welche sich auf Grund des Schulradius speziell für einen Puffer resp. für einen Ausbau eignen. Diese sind das Schulhaus Brunnmatt und das Schulhaus Roggern. Mit der Erweiterung resp. Vergrösserung der Schulhäuser kann die Klasseneinteilung flexibler gestaltet werden. Das hilft die Schulhäuser gleichmässig und zielgerichtet auszulasten. Die FDP-Fraktion ist klar der Meinung, dass kein zusätzliches Land (Bosmatt) zu Gunsten des Schulhauses Roggern reserviert werden soll. Der Platzbedarf im Roggern soll vorwiegend mit einer Aufstockung erzielt werden. Der geplante Buchgewinn für die Bosmatt soll im vollen Umfang dem Zentrumsprojekt gutgeschrieben werden, wie es in der Abstimmung versprochen wurde. Weiter kann die FDP-Fraktion die Strategie bei jedem grösseren Schulhaus einen Hort zu bauen nicht mittragen. Die Horte sollen nachfragegerecht und nur wenn die finanziellen Mittel vorhanden sind gebaut werden. Also keine Investitionen im Voraus. Die oberste Priorität soll der Schulraum haben, um die Entwicklungen im Raum LuzernSüd abfedern zu können. Da der Finanzrahmen für Investitionen eng ist, sind departementsübergreifende Prioritäten zu setzen. Aus ihrer Sicht soll zuerst der Grundauftrag „Schulraum schaffen“ im Fokus stehen und erst dann die freibestimmbaren nicht vorgeschriebenen Investitionen oder Investitionsbeiträge. Die FDP-Fraktion bittet den Gemeinderat sämtliche nötige Betriebskosten für den Schulbetrieb der neuen Räume offen und transparent in die Finanzplanung einzustellen, schliesslich sind die erwarteten höheren Steuereinnahmen auch bereits im Finanzplan.

Nach Peter Fässler wird die SP/JUSO-Fraktion diesen Planungsbericht zustimmend zu Kenntnis nehmen. Der Planungsbericht zeigt sehr ausführlich die Situation der Volksschule Kriens auf. Er gibt einen Überblick über die heutige Lage und Grösse der Schulen. Das Wichtigste aber in diesem Planungsbericht ist der Ausblick in die Zukunft der Schulen Kriens. Nämlich wie sich die Schülerzahlen entwickeln und wie sich das Raumangebot dieser Entwicklung anpassen muss. Und natürlich sind auch die notwendigen Finanzen darin enthalten. Kriens befindet sich in einem Entwicklungsprozess. Grosse Bautätigkeiten stehen an, nicht nur im Bereich LuzernSüd. Auf diese Entwicklungen, die ein Wachstum der Bevölkerung bewirken und daher auch Einfluss auf die zukünftigen Schülerzahlen haben, muss die Gemeinde frühzeitig reagieren. Im Bericht wird ein grosser zusätzlicher Schulraumbedarf ausgewiesen und das in relativ kurzer Zeit. Leider ist die Reaktion der Gemeinde Kriens auf diese Situation gelinde gesagt recht träge. Strategische Entscheide über die Erweiterungen der Schulräume sind noch nicht gefallen. Entscheide, ob und wie gebaut werden kann, stehen aus. Die Gemeinde spricht von mobilen Bauten anstelle fester Schulhäuser. Wo liegt der langfristige Nutzen solcher Bauten? Wie sieht der Kostenvergleich aus? Welche strategischen Entscheide werden wann in dieser Sache gefällt? Der Sprechende ist der Meinung, dass bei einem ausgewiesenen, langfristigen Bedarf an Schulraum, wie er im Bereich LuzernSüd anfallen wird, auch auf eine langfristige Investition in den Schulraum gesetzt werden muss. Das heisst auf feste Bauten mit einer langjährigen Lebensdauer. Einverstanden ist er hingegen damit, dass die temporären Schulraumengpässe mit den sogenannten mobilen Bauten abgefangen werden. Allerdings sind diese mobilen Bauten gar nicht so mobil, wie man dem Namen nach meinen könnte. Fundamente und Anschlüsse müssen auf jeden Fall erstellt werden. Und die Demontage und Wiedermontage ist auch nicht so einfach wie bei aneinandergereihten Containern. Ganz wichtig ist deshalb die Fortsetzung der Sanierungen des bestehenden Schulraumes. Diese Investitionen in die Bildung sind ein zentrales Element für die Attraktivität der Gemeinde Kriens und sinnvoll eingesetzte Investitionsmittel. Denn eine gute Bildung in einem guten Umfeld ist matchentscheidend für die zukünftige Generation. Von deren Wohlergehen hängt dann auch wieder die Zukunft ab. Positiv sind die Durchlässigkeit der Schulkreise und die recht flexiblen kurzfristigen Einsatzmöglichkeiten der einzelnen Schulhäuser. Bei aller Durchlässigkeit muss ein grosses Augenmerk auf die Sicherheit der Schulwege gelegt werden. Die Sportklasse ins zukünftige Kleinfeldstadion als Mantelnutzung zu integrieren, ist eine sehr gute Idee. Weshalb nicht sogar vermehrt Schulraum an einem solchen geeigneten Ort integrieren? Die SP/JUSO-Fraktion dankt der Schulverwaltung für diesen ausführlichen Bericht.

Bruno Bienz führt aus, dass die Grüne/JG-Fraktion nicht wirklich von diesem Planungsbericht überrascht ist. Dass es in der Folge der Entwicklung von Kriens neuen Schulraum braucht ist logisch. Nur wurde die Entwicklung verschlafen oder einfach ignoriert. Man kann nicht überall einzonen und die Infrastruktur vernachlässigen. Das Eine zieht das Andere mit. Nun hat man zwar eine Planung bis 2023, aber das Preisschild ist noch nicht angebracht. Diese Planung möchten die Grüne-/JG-Fraktion im Finanzplan abgebildet haben. Beispielsweise muss das Schulhaus Brunnmatt in die Planung, sonst gibt es später ein böses Erwachen. Dass es mit der enormen Bautätigkeit im Gebiet LuzernSüd und Schweighofpark massiv mehr Schulraum braucht, sollte auch keine neue Erkenntnis sein. Leider wurde es verpasst, eine Raum- oder Landsicherung rechtzeitig zu initialisieren. Da stellt man sich schon die Frage, wie der Gemeinderat bei den letzten beiden Schulraumplanungen LuzernSüd entweder vergessen oder einfach ignoriert hat. Es verwundert daher auch nicht, dass der Gemeinderat im Aufgaben und Finanzplan nicht mehr weiss, wo und wie er alle diese Investitionen stemmen soll. Vom Gemeinderat wird erwartet, dass er diese Hausaufgaben macht und auch die Land und oder Schulraumsicherung möglichst schnell vornimmt. Von Vorteil wäre jetzt eine Mehrwertabschöpfung. Leider wollte der Rat und der Gemeinderat von diesem Instrument nichts wissen. Den Ansatz des Gemeinderates, trotz LuzernSüd keine neuen Schulanlagen zu realisieren, findet die Grüne/JG-Fraktion gut. Aber wie gesagt, es braucht dringend eine Raumsicherung. Dazu noch eine rhetorische Frage: Macht es Sinn, im Roggern Land zu verkaufen und danach

an einem anderen Ort wieder teuer kaufen? Eine Gefahr sieht sie darin, dass die Schulraumkosten in der laufenden Rechnung explodieren. Wenn überall Schulraum angemietet werden muss, schnellen die Kosten ohne Eingriffsmöglichkeit massiv nach oben. Auch die mobilen Bauten müssen sehr genau analysiert werden, sonst entstehen auch dort enorme Kosten und am Ende hat man nichts Gescheites. Der Gemeinderat muss hier gut abwägen, was kostengünstiger und nachhaltiger ist. Da sollte auch die Überlegung gemacht werden, ob im Schweighof oder LuzernSüd nicht Räume im Stockwerkeigentum erworben werden sollten. Dies könnte sich längerfristig auszahlen und mit einer solchen Lösung ist man viel flexibler. Hinter zwei Punkte setzen die Grünen grosse Fragezeichen. Diese sind im Bericht gar nicht enthalten. Immer grössere Schülerzahlen und verdichtetes Bauen um die Schulhäuser. Wie äussern sich die Schülerzahlen bei den Turnhallen und Sportplätzen? Sind diese auch mitberechnet. Braucht es zusätzliche Hallen oder Anlagen? Hier möchte sie eine klare Antwort. Hat der Gemeinderat auch eine Strategie betreffend Schulhauswarte? In den letzten Jahren wurden diese ständig abgebaut. Wie will der Gemeinderat diese kompensieren? Gerade bei grossen Schulhausanlagen wäre es wichtig, eine Bezugs- und auch Kontrollperson vor Ort zu haben. Oder will der Gemeinderat das mit teuren privaten Sicherheitsdiensten lösen? Das sind alles kostenrelevante Punkte, die sich auf die kommenden Rechnungen niederschlagen. Da wäre ein Konzept sicher nicht zu wenig verlangt. Die Grüne/JG-Fraktion nimmt den Planungsbericht mit vielen Fragezeichen zur Kenntnis.

Gemäss Yasikaran Manoharan bedankt sich die JUSO Kriens beim Gemeinderat für den Bericht und Antrag und dem Planteam S für die detaillierte Analyse und Prognose. Zeitgerechte Sanierungen der Schulanlagen und die Schaffung von zusätzlichem Raumangebot für Bildung ist auch für die JUSO Kriens ein wichtiges Anliegen. Demzufolge unterstützt sie den Planungsbericht vollumfänglich und findet es wichtig, dass das Prognosemodell jährlich aufgrund der Entwicklung und Erkenntnisse angepasst und nachgeführt wird. Im Planungsbericht wird grundsätzlich über die Unterrichtsräume gesprochen. Das ist an sich auch richtig so und hat auch Priorität. Doch vergisst man dabei nicht, was mit dem Aussenraum passiert, also der Pausenhof, denn dieser muss sich genauso den baulichen Veränderungen anpassen. Aufgrund neuer mobilen Räumlichkeiten und Anbauten an bestehenden Schulhäusern darf die Aussenfläche nicht eingeschränkt werden, im Gegenteil, man muss ziemlich sorgfältig damit umgehen. Denn Schüler brauchen genügend Platz, um sich aufzuhalten und zu bewegen. Dies gilt vor allem wenn man bereits weiss, dass der Schüleranteil in einigen Schulhäusern stark ansteigen wird. Als Beispiel kann das Schulhaus Roggern genannt werden, wo der Sprechende selber zur Schule gegangen ist und die Platzbedingungen kennt. Es stellt sich die Frage, ob der Pausenhof noch funktioniert, wenn sich in zehn Jahren fast doppelt so viele Schüler darauf bewegen. Die JUSO Kriens erachtet es als wichtig, dass man früh genug die bestehenden Pausenhöfe analysiert und somit den Aussenraumplatz in die Planung miteinbezieht. Dies gilt nur schon wegen den Finanzen. Man soll nicht erst nachträglich merken, dass die Aussenplätze auch noch gemacht werden müssen. Der zweite Punkt der im Planungsbericht fehlt, ist die Thematik der Turnhallen. Der Sprechende ist der Meinung, dass auch das ein wichtiger Bestandteil der Schulraumplanung sein muss. Er möchte wissen, ob die Nachfrage an Turnhallen für den obligatorischen Turnunterricht im Jahre 2024 überhaupt gedeckt ist, wenn die Klassenzahlen so stark steigen. Wie reagiert man darauf, wenn dies nicht der Fall ist? Die JUSO Kriens erhofft sich vom Gemeinderat und vom Baudepartement, dass die genannten Punkte in die Detailplanung miteinbezogen werden.

Davide Piras hat eine Anschlussfrage. Vor ein paar Jahren hat Fredy Vogel eine Strategie für die Sanierung der Sportplätze entwickelt. Dazu hat es ein ganzes Konzept gegeben. Wurde die Schulraumplanung mit diesem Konzept abgeglichen?

Judith Luthiger-Senn freut sich, dass dieser Schulraumplanungsbericht so intensiv diskutiert wurde und positiv zur Kenntnis genommen wird. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass er mit der Überarbeitung der Schulraumentwicklung eine neue strategische Zielrichtung vorgibt. Es freut sie, dass der Einwohnerrat diese Strategie grundsätzlich unterstützt. Die Schaffung von neuem Schulraum hat für den Gemeinderat Priorität. Einerseits ist weiterhin die Werterhaltung nötig. Andererseits gibt es ein Wachstum in der Gemeinde Kriens. Dort gilt es jetzt, die richtige Strategie an den Tag zu legen. Bei der Finanzplanung wurde bereits intensiv über die Finanzierungsstrategie diskutiert. Auch heute wurde wieder erwähnt, dass die Strategie „Entscheid offen“ hinterfragt wird. Die einzelnen Fraktionen haben kritische Voten eingebracht. Unter anderem wurde der Schweighof-Kindergarten in Frage gestellt. Da muss die Sprechende den Einwohnerrat an die finanzielle Situation der Gemeinde Kriens erinnern. Sie weiss nicht, ob die Gemeinde jetzt einfach etwas kaufen kann. Auch eine grosse Frage war die Desinvestition Bosmatt. Auch das will der Gemeinderat prüfen. Man muss aber Erträge aus einem Teil dieses Gebiets generieren können, so wie man es dem Volk versprochen hat. Wenn es aber notwendig ist, und die strategischen Entscheide Roggern werden noch gefällt, dann müsste man allenfalls einen kleinen Teil für die Schulraumplanung reservieren. Das Problem mit dem Platz in den Turnhallen und Sportplätzen wurde erkannt. Bei der nächsten Überarbeitung des Planungsberichts Ende des nächsten Jahres, werden die Sportplätze, Hallen und Aussenplätze in die Planung miteinbezogen. Die Abgleichung mit dem Konzept von Fredy Vogel findet dann ebenfalls im Rahmen dieser Überarbeitung statt. Bei den Schulhauswarten ist es richtig, dass die Stellen so reduziert wurden, dass nicht mehr zwei Hauswarte pro Schulanlage zuständig sind, sondern nur noch eine hauptverantwortliche Person. Allerdings sind die Stunden nach wie vor abgedeckt. Es wird geschätzt, dass Hauswarte, die in der Anlage wohnen, ständig vor Ort sind. Es bleibt ruhig und es gibt weniger Reklamationen. Die Jugendlichen verstehen sich sehr gut mit den Hauswarten. Der Gemeinderat möchte genau klären, ob es beim Schulhaus Brunnmatt teurer kommt, wenn das bestehende Schulhaus saniert wird und mobile Bauten erstellt werden oder ob es gleich teuer wäre, eine fixe Baute mit genügend Klassenräumen zu erstellen. Die BiK wird über die Resultate der laufenden Abklärungen informiert. Dem Einwohnerrat wird anschliessend im Zusammenhang mit dem entsprechenden Kredit ein Geschäft unterbreitet.

Erich Tschümperlin hat aufgrund der gemachten Ausführungen zwei Anschlussfragen. Judith Luthiger-Senn hat gesagt, dass die Aussenräume im B+A berücksichtigt werden. Gibt es in dieser Schulraumplanung eine Aussage, dass pro Schüler bzw. Klasse eine gewisse Anzahl m² Aussenraum vorhanden sein muss? Das wäre die Grundlage für die Berücksichtigung im B+A. Aus Sicht des Sprechenden ist deshalb eine solche Aussage im Planungsbericht zwingend nötig. Die Turnhallen hat man aus seiner Sicht, salopp ausgedrückt, einfach vergessen, wenn er das richtig verstanden hat.

Judith Luthiger-Senn kann die Frage nach der Anzahl m² die pro Schüler notwendig sind nicht sofort beantworten. Das liegt beim USD in Zusammenarbeit mit dem BD. Dem Gemeinderat ist sehr wohl bekannt, dass die Schüler Raum brauchen. Dieser Raum ist bei den Schulanlagen sehr unterschiedlich. Die Turnhallenplanung wurde nicht vergessen. Im Moment hat man mit den bestehenden Hallen die Möglichkeit die zusätzlichen Klassen aufzunehmen. Es gibt momentan keinen Engpass.

Nach Matthias Senn ist es relativ schwierig, die Frage nach den Aussenräumen auf dem Level Schulraumplanung zu beantworten. Aber im Bereich der Machbarkeitsstudie wird das selbstverständlich angeschaut.

Erich Tschümperlin findet es gut, dass man diese Frage in der Machbarkeitsstudie aufgreift. Er versteht jedoch nicht, dass im vorliegenden Bericht gesagt wird, wie viele Schulzimmer, Gruppenräume usw. bei einer bestimmten Anzahl Schüler notwendig sind und die Fläche für den Aussenraum kann nicht bestimmt werden. Für den Sprechenden gehört das auch zur Schulraumplanung. Der Aussenraum ist ebenso ein Raum, der von der Schülerzahl abhängig ist und aus dieser Planung hervorgehen müsste.

Judith Luthiger-Senn sind keine solchen Richtlinien bekannt. Sie wird das aber gerne abklären. Die BiK wird entsprechend informiert.

Detailberatung

Seite 9: Bemerkungsantrag BiK: Schul- und familienergänzende Tagesstrukturen

Die BiK stellt gemäss Davide Piras folgenden Bemerkungsantrag: *Es sollen nur dort wo der ausgewiesene Bedarf vorhanden ist und keine Verschiebungen in andere Horte möglich sind, Horte eröffnet und geführt werden.* Der Antrag wird damit begründet, dass die BiK die Strategie des Gemeinderates nicht unterstützt. Es sollen nicht Horte auf Vorrat gebaut werden.

Judith Luthiger-Senn weist auf das Hortkonzept hin. Es ist ganz klar, dass weder Schulraum noch Horte auf Vorrat gebaut werden. Im Hortkonzept, welches der BiK vorgelegt wurde, ist ein Bedarf ausgewiesen.

Christine Kaufmann-Wolf denkt, dass man diesen Antrag zur Bemerkung überweisen kann, denn dieser verhindert keine neuen Horte. Für die BiK ist es wichtig, dass sie diesen Punkt in der Schulraumplanung deponiert haben. Wenn ein Bedarf ausgewiesen ist, dann ist es auch kein Problem, einen Hort zu bauen.

Abstimmung über Bemerkung BiK (Horte):

Der Antrag wird einstimmig mit 33 Stimmen überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja

Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Seite 11: Bemerkungsantrag BiK: Zusätzlicher Schulraum

Peter Fässler zitiert einige Stellen aus dem Planungsbericht zum Punkt 5.2, Zusätzlicher Schulraum. Die BiK ist der Meinung, dass bei einem ausgewiesenen, langfristigen Bedarf an Schulraum, wie er im Bereich LuzernSüd anfallen wird, auch auf eine langfristige Investition in den Schulraum gesetzt werden muss. Das heisst auf feste Bauten mit einer langjährigen Lebensdauer. Einverstanden ist die BiK hingegen, dass temporäre Schulraumengpässe mit den sogenannten mobilen Bauten abgefangen werden. Als Spitzenbrecher sozusagen. Allerdings sind diese mobilen Bauten gar nicht so mobil, wie man dem Namen nach meinen könnte. Fundamente und Anschlüsse müssen auf jeden Fall erstellt werden. Und die Demontage und Wiedermontage ist auch nicht so einfach wie bei aneinandergereihten Containern. Die BiK möchte deshalb folgende Bemerkung zu Punkt 5.2 dieses Planungsberichtes zufügen:

Die Schulhäuser, welche zukünftig einen grossen Schüleransturm zu bewältigen haben, sollen anstelle von mobilen Schulräumen mit fixen Aufstockungen bzw. Anbauten erweitert werden.

Martin Heiz möchte vor diesem Satz warnen. Man arbeitet mit mobilen Bauten, weil man manchmal etwas mehr und dann wieder etwas weniger Raum braucht. Die Quartiere verändern sich, gerade diejenigen mit vielen Eigentumswohnungen. Wenn die Kinder weg sind, bleiben die Eltern trotzdem noch zehn bis fünfzehn Jahre dort wohnen. Dann braucht es vorübergehend in einem Gebiet, in dem es früher einmal viele Kinder hatte nur noch sehr wenig Schulraum. Die mobilen Bauten sind von guter Qualität, entsprechen dem Minergie-Standard und bestehen heute bis zu zwanzig Jahre. Wenn man dagegen etwas baut, dann ist es vorhanden und plötzlich wird es nicht mehr benötigt, dafür vielleicht an einem anderen Ort.

Nach René Zosso ist die CVP/JCVP/GLP-Fraktion gegen diesen Antrag. Der Gemeinderat soll bei der Planung frei sein, ob mit mobilen oder fixen Bauten. Die finanziellen Mittel sind unter Umständen für fixe Bauten nicht vorhanden. Es sollte je nachdem, wie lange der Schulraum gebraucht wird, die Wahl bestehen zwischen fix und mobil. Zudem führen fixe Erweiterungen eher zu vermehrtem Bewilligungsaufwand, was die Realisierung unnötig verkomplizieren und verzögern dürfte. Natürlich müssen auch bei mobilem Schulraum die Anforderungen an die moderne Schulgestaltung erfüllt sein.

Erich Tschümperlin glaubt, dass es durch aus Sinn macht, dass langfristig benötigter Schulraum nicht mit mobilen Installationen abgedeckt wird. Bei den Schulanlagen ist überall wenig Aussenraum vorhanden. Die mobilen Lösungen benötigen zusätzlich viel von dieser Fläche. Definitive Lösungen, wo das berücksichtigt wird, zum Beispiel mit Aufstockungen, wären ihm lieber. Er stellt sich vor, dass eine mobile Lösung, wenn sie dann langfristig wird, kaum günstiger ist. Eine definitive Lösung mit mobilen Installationen zu erledigen ist nicht sinnvoll. Deshalb wird er diesen Antrag unterstützen.

Beat Tanner ist der Meinung, dass man das getrennt anschauen muss. Im Zentrum gibt es Schulraum, der durch die grösseren Schulkreise optimal ausgelastet ist. Dort sollte man eigentlich nicht mobil ausbauen. Vor allem im Bereich LuzernSüd sollte man mobil ausbauen, oder aussen an den Gemeindegrenzen. Dort kann man nicht zusätzliche Schüler vom Zentrum hinschicken. Man kann nicht einfach generell sagen, dass mit mobilen Lösungen gearbeitet wird. Es muss differenziert betrachtet werden.

Nach Judith Luthiger-Senn hat der Gemeinderat bewusst zwei Aussagen zum Brunnmatt und Roggern mit „strategischer Entscheid offen“ in den Bericht genommen. Genau weil er prüfen möchte, was Sinn macht. Sie ist froh, wenn der Gemeinderat die Möglichkeit hat, alles zu prüfen. Aus finanziellen Gründen ist es gar nicht möglich alles mit fixen Bauten abzudecken, ausser der Einwohnerrat krebst bei anderen Basisinvestitionen wieder zurück. Die Sicherung des Schulraums muss an erster Stelle stehen. Um die mobilen Bauten wird man also nicht ganz herumkommen. Diese mobilen Bauten sind nicht Container, wie man sie im Gabeldingen hatte, sondern es sind vollwertige Schulzimmer. Man merkt gar nicht, dass man in einer mobilen Baute ist.

Abstimmung über Bemerkung BiK (zusätzlicher Schulraum):
Der Antrag wird mit 17:15 Stimmen bei 1 Enthaltung überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Mara	nein
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	Enthaltung
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	nein
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	nein
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

Seite 12: Bemerkungsantrag BiK: Finanzen

Die BiK beantragt gemäss Kevin Hofstetter zum Satz „Die Investitionen im Bereich Bildung dürfen bis ins Jahr 2018 44 Mio. Franken nicht überschreiten.“ folgende Bemerkung: *Der Investitionsbetrag soll im Bereich Bildung nach oben offen sein. Das Kostendach der gesamten Gemeindeinvestitionen soll jedoch bestehen bleiben.* Durch die rege Bautätigkeit in den Quartieren Sidhalde, Schällennatt, Schweighof und Mattenhof und der laufenden Einführung des 2-Jahres-Kindergartens ist gemäss der aktuellen Schulraumplanung ein grosser Bedarf an Schulraum ausgewiesen. Um diesen Bedarf zu stillen, werden zusätzliche finanzielle Mittel nötig sein. Die BiK ist sich den finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinde bewusst. Daher schlägt die BiK vor, dass der Gemeinderat eine neue Priorisierung der bevorstehenden Schulhaussanierungen und bei anderen Projekten aus anderen Departementen in der Investitionsrechnung vornimmt. Die Priorisierung ist gesamtheitlich über sämtliche Projekte der Gemeinde vorzunehmen. Im Fokus soll der Grundauftrag der Gemeinde sein.

Erich Tschümperlin ist überrascht von diesem Antrag. Es gibt den Finanz- und Aufgabenplan. Darin wurden die Investitionen geplant. Dort hat es bereits Verschiebungen zu Gunsten des Schulhauses Brunnmatt gegeben. Dass man nun heute den Finanz- und Aufgabenplan kurz auf den Kopf stellen will, ist nicht seriös. Er kann diesem Antrag nicht zustimmen.

Roger Erni sieht das genau gleich. Man weiss, es ist nur eine Bemerkung, aber wie diese Zahl zu Stande gekommen ist, weiss er heute noch nicht. Es ist ganz heikel in einen solchen Schulraumplanungsbericht unter dem Titel Finanzen eine konkrete Zahl hin zu schreiben.

Martin Heiz schliesst sich der Meinung von Erich Tschümperlin und Roger Erni an. Die Bemerkung ist in diesem Planungsbericht am falschen Ort.

Nach Kathrin Graber sind der CVP/JCVP/GLP-Fraktion Bildungsfragen sehr wichtig. Bei diesem Antrag lässt die BiK vorübergehend die Gesamtsituation der Gemeinde Kriens ausser Acht. Es kann nicht sein, dass man jetzt einfach einen Bereich hinausbricht und dort sagt, der Betrag soll nach oben offen sein. Diesen Blanko-Scheck kann man nicht ausstellen. Ihr ist aufgefallen, dass Kevin Hofstetter den Antrag ganz anders vorgestellt hat. Er hat gesagt, man wolle eine andere Priorisierung. Der Antrag, so wie er schriftlich vorliegt, wird nicht unterstützt.

Gemäss Judith Luthiger-Senn hat der Gemeinderat eine Finanzplanung erarbeitet. Diese wurde dem Einwohnerrat vorgelegt. Der Gemeinderat hat die langfristigen Prognosen abgebildet. An diesen hält er fest und lehnt den Antrag ab.

Roger Erni möchte hier einfach nochmals festhalten, dass der Einwohnerrat den vom Gemeinderat vorgelegten Finanzplan abgelehnt hat. Aus seiner Sicht muss der Gemeinderat jetzt nicht an diesem abgelehnten Finanzplan festhalten, sondern er muss Änderungen vornehmen.

Nach Paul Winiker ist es richtig, dass der Finanzplan abgelehnt wurde. Für den Gemeinderat sind die Rahmenbedingungen nach wie vor wichtig. Er will nach wie vor an diesen Leitplanken festhalten, sonst fällt alles auseinander. Wenn jetzt aufgrund einer Kommission das Sankt-Florian-Prinzip angewendet wird, hat der Gemeinderat grosse Bedenken. Es kann nicht sein, dass eine Kommission ein Sonderinteresse so hoch gewichtet, dass das zu einer Priorisierung

führt und alles andere danach gerichtet werden muss. Davor warnt der Gemeinderat und empfiehlt dem Einwohnerrat die Ablehnung des Antrages.

Abstimmung über Bemerkung BiK (Investitionsbetrag offen):

Der Antrag wird mit 26:6 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Mara	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	nein
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfele, Nicole	nein
Piras, Davide	Enthaltung
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	nein
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

Seite 13: Bemerkungsantrag BiK: Finanzplanung

Nach Hans Fluder stellt die BiK den Antrag, dass die *Gesamtsanierung Brunnmatt wieder in die Investitionsplanung 2015-19 aufzunehmen ist. Es soll eine neue Priorisierung der Schulhaussanierungen zu Gunsten des Schulhauses Brunnmatt vorgenommen werden.* Das Schulhaus Brunnmatt ist über 60 Jahre alt. Die letzte Sanierung fand 1985, also bereits vor 30 Jahren statt. Das Gebäude ist in einem sehr schlechten Zustand. Damit der Gemeinde Kriens keine zweite SOS-Massnahme, wie im Schulhaus Gabeldingen aufgezwungen wird, muss diese Sanierung dringend angegangen werden. Für die Schulraumplanung ist dieses Schulhaus von wichtiger Bedeutung. Es wird in Zukunft eine wichtige Pufferfunktion für die Wohngebiete Sidhalde, Schällenmatt, Schweighof und Mattenhof wahrnehmen. Denn durch Klassenverschiebungen werden die Schulhäuser Roggern 1+2 und Kuonimatt entlastet.

Als Mitglied der FGK muss Erich Tschümperlin sagen, dass im Rahmen des Finanz- und Aufgabenplanes ein Vorstoss überwiesen wurde, mit dem Auftrag die Schulanlage Brunnmatt vorzuziehen. Auch diese Bemerkung ist in seinen Augen hier fehl am Platz.

Gemäss Martin Heiz ist die Seite 13 das Abbild des heute gültigen Finanzplanes. Die Vorstösse wurden überwiesen. Die Anliegen sind deponiert. Eigentlich müsste der Antrag zurückgezogen werden, weil bereits alles erledigt wurde.

Christine Kaufmann-Wolf hat heute bei der Einleitung gesagt, dass es zum Teil Parallelen zum letzten Mal geben wird. Sie hat auch gesagt, dass sie an diesen Bemerkungen festhalten, weil es zwei verschiedene Berichte sind. Es passiert ja nicht viel, wenn diese Bemerkung im Bericht steht.

Judith Luthiger-Senn geht davon aus, dass die Bemerkungen zum Finanzplan nicht gelten, da dieser abgelehnt wurde.

Nach Guido Solari ist das tatsächlich so. Der Beschlusstext wurde abgelehnt, somit sind natürlich auch die Bemerkungen nicht enthalten. Im Protokoll sind sie jedoch enthalten. Er hat noch einen weiteren formellen Hinweis, er geht davon aus, dass es auch hier 2016 – 2020 heissen müsste.

Christine Kaufmann-Wolf passt den Antrag entsprechend an. Die Motion wurde aber schon überwiesen?

Guido Solari bestätigt das.

Da die Motion überwiesen wurde, ist es gemäss Erich Tschümperlin nicht nötig, das hier nun nochmals anzumerken.

Abstimmung über Bemerkung BiK (Finanzplanung):
Der Antrag wird mit 18:15 Stimmen abgelehnt.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Mara	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	nein
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein

Nyfelner, Nicole	nein
Piras, Davide	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Roger Erni erkundigt sich, ob die beiliegenden Dokumente nicht durchgegangen werden.

Peter Portmann möchte wissen, ob Fragen vorhanden sind.

Roger Erni hat eine Frage bzw. einen Hinweis zur Seite 86. Der Vergleich der Prognosen über die Bautätigkeit in der Gemeinde zeigt das auf, was bereits in der FGK gesagt wurde. Vergleicht man die roten und grünen Balken zwischen den Jahren 2012 und 2022 fragt er sich, ob man nicht schon bei der letzten Prognose vor zwei Jahren gewusst hat, was in den Bereichen Eichhof Süd, Schweighof, Mühlerain, Bosmatt, LuzernSüd und mit dem Zentrumsprojekt auf die Gemeinde zukommt? Für 2018 waren 30 Wohnungen geplant und nun, zwei Jahre später, spricht man von 417 Wohnungen. Da ist im Jahr 2012 einfach etwas komplett Unseriöses passiert.

Erich Tschümperlin fragt sich, was in zwei Jahren ist. Kann der Gemeinderat versichern, dass man jetzt die gesamte Situation berücksichtigt hat? Nicht dass es in zwei Jahren wieder eine Entwicklung gibt, ab der alle erschrecken.

Nach Judith Luthiger-Senn handelt es sich bei der Schulraumplanung um eine rollende Planung. Es ist nicht richtig, dass in der Schulraumplanung 2012 die Entwicklung im Gebiet LuzernSüd nicht aufgezeigt wurde. Darin ist nämlich festgehalten, dass mit einer Zunahme von Schülern im Roggern, Kuonimatt und Brunnmatt gerechnet werden muss und dieses Gebiet aufgrund der Entwicklung im Bereich LuzernSüd noch beobachtet werden muss. Die vorliegende Schulraumplanung deckt sämtliche Projekte ab, die bis im November 2013 eingereicht wurden. Diejenigen Planungen die jetzt noch mit definitiven Baugesuchen eingereicht wurden, sind noch nicht enthalten.

Gemäss Matthias Senn gibt es seit gut eineinhalb Jahren ein Instrument in Form einer Excel-Tabelle, das alle Entwicklungsgebiete enthält. Es werden jeweils auch Prognosen aufgestellt, wann diese Wohnungen bezugsbereit sind. Diese Grundlage gab es vor drei Jahren noch nicht in dieser Form. Aber auch er möchte festhalten, dass es sich bei der Schulraumplanung um eine rollende Planung handelt, die immer wieder nach den neusten Erkenntnissen und Entwicklungen angepasst wird.

Bruno Bienz hat den Bericht von 2012 dabei. Er sieht die von Judith Luthiger-Senn erwähnte aufgezeigte Entwicklung nicht so klar. Es ist festgehalten, dass eine Bautätigkeit erwartet wird.

Die Auswirkungen sind aber nicht ausgewiesen. Die Prognose hätte im Jahr 2012 ganz anders aussehen müssen.

Gemäss Peter Portmann findet keine Abstimmung statt. Guido Solari liest den **Text zur Kenntnisnahme** vor:

Der Planungsbericht Schulraum 2014 – 2023 / Überarbeitung 2014 wird zur Kenntnis genommen.

Folgende Bemerkungen werden überwiesen:

- *Es sollen nur dort wo der ausgewiesene Bedarf vorhanden ist und keine Verschiebungen in andere Horte möglich sind, Horte eröffnet und geführt werden.*
- *Schulhäuser, welche zukünftig einen grossen Schüleransturm zu bewältigen haben, sollen anstelle von mobilen Schulräumen mit fixen Aufstockungen bzw. Anbauten erweitert werden.*

4. Beantwortung Interpellation Tanner: Kostentreiber Soziale Wohlfahrt in Kriens Nr. 084/13

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Peter Portmann fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Beat Tanner wünscht eine Diskussion.

Peter Portmann stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Beat Tanner bedankt sich für die Beantwortung der Interpellation Kostentreiber Soziale Wohlfahrt. Die Beantwortung kommt ihm schon vor wie eine Diplomarbeit, welche die Grundlagen der Wirtschaftlichen Sozialhilfe beleuchtet. Leider hat er auf die wichtigen Fragen keine Antwort erhalten. Für die Gemeinden sind die beiden Aufgaben Bildung und Soziales in der Vergangenheit Kostentreiber und werden dies auch in Zukunft sein. Spätestens bei Einbruch der Konjunktur muss man sich zwangsläufig mit den Leistungen im sozialen Bereich auseinandersetzen. Aus Sicht der FDP-Fraktion gibt es bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe folgende Probleme und Steuerungsmöglichkeiten:

- Kosten der WSH für die vorläufig aufgenommenen Asylbewerber, welche nach 10 Jahren in die WSH der Gemeinden fallen:
Bei diesen Kosten wird die Gemeinde Kriens unverhältnismässig hoch belastet. Die Zunahme bei den ausländischen Personen dürfte sich in den kommenden Jahren fortsetzen, da jährlich Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen in die Zuständigkeit der Gemeinde Kriens fallen. Hier kämpft vor allem die Stadt Luzern um eine faire Kostenverteilung auf alle Gemeinden oder eine Kostenverschiebung zum Kanton zu erreichen. Vom Gemeinderat hat man trotz Vorstösse der FDP zu diesem Thema in den Vorjahren, herzlich wenig Einsatz verspürt eine bessere Lösung zu erhalten.

- Rückerstattungen WSH, Wegfall Bürgerunterstützung durch andere Gemeinden, IV Sanierung:
Dies führt zu hohen Einnahmeausfällen in der Wirtschaftlichen Sozialhilfe. Die IV saniert sich zum Teil auf Kosten der Gemeinden.
- Die Wirtschaftliche Sozialhilfe:
Fakt ist, dass die Unterstützung auf Wirtschaftliche Sozialhilfe bei den Schweizer Bürgern zurück geht, dafür nimmt Sie bei ausländischen Personen zu. Die Anzahl der Haushaltsmitglieder ist angestiegen, was zu einem höheren Haushaltsbudget führt. Dies betrifft besonders Haushalte mit Ausländerinnen und Ausländern. Und dies wohlverstanden bei praktischer Vollbeschäftigung. Was für Kosten anfallen würden, wenn die Konjunktur einbricht möchte der Sprechende lieber gar nicht wissen. Die Gemeinden sitzen auf einem Pulverfass, ob links oder rechts, es trifft dann alle.

Genau in diesem Bereich sieht die FDP-Fraktion Handlungsspielräume, um das finanzielle Risiko der Gemeinde Kriens zu senken. Mit einer Sozialquote von 3.2 % trägt die Gemeinde Kriens eines der grössten Risiken für Mehrkosten. Dass der Gemeinderat sich rühmt, Massnahmen ergriffen zu haben, um die Sozialquote zu senken, macht Beat Tanner nachdenklich. Die beschriebenen Massnahmen sind alle aufgrund von Vorstössen zum Teil widerwillig vom Gemeinderat umgesetzt worden. Nun rühmt man sich damit, da staunt der Sprechende. Beat Tanner stellt fest, dass man erst nach Vorstössen reagiert und in diesen wichtigen Fragen keine proaktive Stellung einnimmt. Er hat den Eindruck man verwaltet nur nach Gesetz, das genügt aber der FDP-Fraktion nicht. Diese Haltung des Gemeinderats widerspiegelt sich ebenfalls in der Antwort zu Frage 2. Man hält fest, dass die Senkung der Sozialhilfequote auf den kantonalen Schnitt nicht realisierbar ist. Wieder eine passive Haltung. Andere Gemeinden sind in diesem Bereich innovativ und erfolgreich. Ein Instrument um eine tiefere Sozialquote zu erreichen ist die Wohnraumpolitik. Aus seiner Sicht verfügt die Gemeinde Kriens über zu viel sehr günstigen Wohnraum. Diese Wohnungen sind für die Besitzer regelrechte Cashkühe, welche kaum Futter brauchen. Es braucht unbedingt einen besseren Mix, was auch der Integration zu gute kommen würde. Seine Frage, in welchen Strassenzügen die meisten WSH-Fälle wohnen, zielt überhaupt nicht auf diese Personen ab. Die Informationen sollten dazu dienen, zu wissen, in welchen Strassenzügen eine Entwicklung der alten Gebäude vorangetrieben werden soll. Beat Tanner stellt sich vor, dass der Gemeinderat zusammen mit den Besitzern und Investoren eine Entwicklung resp. eine Erneuerung der Bauten vorantreibt. Der Gemeinderat fördert lieber den gemeinnützigen Wohnungsbau, welcher dazu führt, dass Bewohner von sehr günstigem Wohnraum in neue preiswerte Wohnungen ziehen. Dies führt zu einer Sogwirkung für neue WSH-Bezüger, welche von anderen Gemeinden in die Gemeinde Kriens ziehen. Kriens braucht auch teurere Wohnungen für Einwohner, die helfen diese Sozialkosten mitzutragen. Zum Sozialtourismus gibt der Gemeinderat an, dass sobald eine Person eine Bewilligung vom Migrationsamt hat und den Wohnsitz in Kriens begründet, Anspruch auf wirtschaftliche Sozialhilfe hat. Das DISG vom Kanton ist aber der Meinung, dass diese Personen nur Nothilfe bekommen sollen, ohne eine Gemeinde wäre so blöd Sozialhilfe auszus zahlen. Hat das Intake versagt? So wie er die Zahlen lesen kann, geht er davon aus, dass Kriens Sozialhilfe bezahlt. Beat Tanner möchte wissen, ob das stimmt. Weiter muss beim Migrationsamt Druck gemacht werden, dass nur Personen in die Schweiz einreisen können, wenn sie einen Arbeitsvertrag haben oder der Lebensunterhalt durch Dritte gesichert ist. Sonst ist dies ein Fass ohne Boden. Kriens und Emmen liegen bei der Sozialquote mit 3.5 % an der Spitze. Die Gemeinde Emmen hat aber rund 2'000 Einwohner mehr. Sogar die Stadt Luzern verfügt über eine tiefere Quote, Horw und Ebikon liegen sogar unter 3 %. Die Gemeinde Kriens trägt mit einem Bevölkerungsanteil von 6.9 % ganze 12.1 % aller Fälle im Kanton. Der Sprechende hat aus seiner Sicht nur die wichtigsten Punkte ausgeführt. Es gäbe noch sehr viel zu sagen. Die FDP-Fraktion hat noch weitere Vorstösse gemacht, um einen Schritt weiter zu kommen. Die umliegenden Gemeinden haben eine sehr harte Praxis in Sachen Wirtschaftlicher Sozialhilfe. Sein Vertrauen in diesem Bereich bei der Gemeinde Kriens ist im Moment nicht mehr gegeben. Die FDP-Fraktion ist unzufrieden mit den Antworten. Vielleicht aber hat

sich der Gemeinderat noch nie mit solchen Fragestellungen befasst, ja vielleicht ist er gar überfordert oder er will gar nicht. Offenbar fehlt eine Strategie. Die FDP-Fraktion kann dies nicht mehr mittragen und wird sich in der nächsten Klausur überlegen, in welcher Form sie reagieren wird.

Nach Kathrin Graber sind steigende Sozialhilfekosten und eine hohe Sozialhilfequote zwei Faktoren, die auch innerhalb der CVP/JCVP/GLP-Fraktion Besorgnis auslösen. Für sie ist klar, dass man diesem Anstieg nicht tatenlos zusehen kann und Massnahmen ergreifen muss. Wenn man genauer hinsieht, dann stellt man fest, dass die Gemeinde Kriens in der Agglomeration Luzern nicht alleine mit steigenden Sozialkosten zu kämpfen hat. Ausserdem ergreift die Gemeinde eben genau solche verschiedenen Massnahmen, um die Sozialhilfekosten in den Griff zu bekommen. Wenn man die Antworten des Gemeinderates auf den über 40 Seiten der zwei Vorstösse studiert, so erkennt man folgende Massnahmen:

- Bis ein Gesuchsteller bzw. eine Gesuchstellerin WSH erhält, muss er oder sie ein zweistufiges Verfahren durchlaufen. In diesem Verfahren werden Gesuche genau geprüft und abgelehnt, falls die Voraussetzungen für WSH nicht erfüllt sind. Nur ca. 1/3 der Gesuche werden schlussendlich gutgeheissen.
- Die Controllingstelle, die in diesem Verfahren eine zusätzliche Kontrolle über die Anspruchsvoraussetzungen und insbesondere auch eine Subsidiaritätskontrolle durchführt, d.h. prüft, ob z.B. sozialversicherungsrechtliche Ansprüche bestehen, die der WSH und MBH vorgehen und anstelle von diesen Leistungen geltend gemacht werden.
- Auch die Anstrengungen bei der Arbeitsintegration sind eine geeignete Massnahme, um die Sozialhilfekosten in den Griff zu bekommen. Der Anteil der Erwerbslosen, die WSH beziehen, nimmt im Vergleich zu anderen Altersgruppen, beispielsweise den Gruppen über 65-Jahre, ständig ab. Dies ist aus ihrer Sicht auf die Arbeitsintegrationsmassnahmen zurückzuführen.
- Zudem wird der Sozialinspektor aus Emmen bei Verdacht auf Missbrauch beigezogen.

Diese verschiedenen Massnahmen zeigen, dass Kriens in verschiedenen Bereichen Massnahmen trifft, um das Ziel zu erreichen, die Sozialhilfekosten in den Griff zu bekommen. Dass diese Massnahmen in der Praxis so umgesetzt werden, erfährt man, wenn man beim Sozialamt Kriens einen Abteilungsbesuch als Einwohnerrätin macht. Einen solchen Abteilungsbesuch hat Kathrin Graber vor einem Jahr zusammen mit Alfons Graf von der SVP und einem FDP-Vertreter gemacht. Sie haben 1:1 festgestellt, dass die Verfahren mit diesen Massnahmen durchgeführt werden. Es scheint, dass die FDP mit ihrem Vorgehen mit dem Kopf durch die Wand will oder dass sie einen Scheuklappen-Blick hat. Scheuklappen-Blick, weil sie zwei Vorstösse zum gleichen Thema einreicht, das bereits in früheren Vorstössen mehrmals ausführlich behandelt wurde. Mit dem Kopf durch die Wand, weil sie ihre Argumente aus der Luft greift, sich mit den Verfahren des Sozialamtes Kriens gar nicht auseinandersetzt und das Verfahren von einer anderen Gemeinde ohne Reflexion auf Kriens überstülpen will. Für ein effizientes Parlament, wie es die FDP mit ihrer Initiative und der Verkleinerung des Einwohnerrates vorschlägt, hat die CVP/JCVP/GLP-Fraktion eine einfache Lösung mit folgenden Tipps für die FDP: Verzicht auf unnötige Wiederholungen von Vorstössen und keine Vorstösse mit 16 Fragen und Unterfragen a-f einzureichen. Ein absolutes No-Go sind die Fragen, in denen nach den Strassen gefragt wird, wo die meisten Bezüger mit WSH leben. Hier darf man sich wirklich fragen, welche inhaltlich relevanten Antworten für weitere strategische Entscheide man sich von diesen Fragen erhofft. Eine Antwort würde, wie der Gemeinderat selbst auch sagt, zu einer Stigmatisierung von Quartieren oder Strassen führen. Aus dem Bericht des Gemeinderates geht hervor, dass die Sozialhilfekosten nicht einfach gesenkt werden können, weil sie nur zu einem kleinen Teil von der Gemeinde beeinflussbar sind. Es besteht nämlich die Tendenz, dass sozialhilfebeziehende Menschen in die Stadt und in die Agglomeration ziehen. Weiter sind verschiedene eidgenössische Gesetze geändert worden, die zu Mehrkosten ge-

führt haben. Zudem geht aus den Auswertungen hervor, dass die Erhöhung der Kosten für die WSH vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die Kosten in Alters- und Pflegeheimen gedeckt werden können, nämlich rund 4,1 Mio. Franken. Dies stimmt mit der Feststellung überein, dass der Anteil der über 65-Jährigen, die WSH beziehen, deutlich stärker zugenommen hat, als die Anzahl in der Altersgruppe 18-65. Auf über 40 Seiten nimmt der Gemeinderat mit Informationen zu den Sozialkosten Stellung, zeigt Gründe und Massnahmen auf. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion hat alle Informationen erhalten, die sie braucht. Das Ziel von Kriens muss es sein, durch Controllingmassnahmen zu verhindern, dass zu viel Sozialhilfe ausbezahlt wird und mit Integrationsmassnahmen zu erreichen, dass sozialhilfebeziehende Personen möglichst rasch wieder in das Erwerbsleben integriert werden und keine Sozialhilfe mehr beziehen müssen. Kriens befindet sich auf diesem Weg, doch muss trotzdem ständig Ausschau gehalten werden, ob diese Controlling- oder Integrationsmassnahmen noch verbessert werden können. Es wird erwartet, dass der Gemeinderat der SGK in seinem nächsten Jahresbericht der WSH über die aktuellen Massnahmen und Auswirkungen in der WSH informiert.

Alfons Graf, SVP-Fraktion, führt aus, dass Kriens rein von der Struktur her einen gewaltigen Nachteil hat. Bekanntlich müssen die drei grössten Gemeinden des Kantons Luzern die meisten Sozialhilfebezüger beherbergen, man rechnet dabei mit ca. 60 % aller Fälle. Bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe ist auch oft der Familiennachzug ein riesen Problem, weil diese Personen sprachlich überhaupt nicht integriert sind. Erschreckend hoch ist die Zahl der Ausländer, welche Sozialhilfe beziehen. Mit der steigenden Zahl von Asylanten werden die Kosten noch weiter in die Höhe schnellen. Die SVP-Fraktion hofft, dass sich die Caritas aufgrund der geplanten Asylzentren weniger um Wohnungen in der Gemeinde Kriens bemühen muss und dass sich dadurch der Zustrom von Sozialhilfebezügern reduziert. Wenn die beiden Zentren einmal in Betrieb sind, verlangt die SVP-Fraktion nach einiger Zeit auch einen Wirkungsbericht vom Gemeinderat. Im Bereich der sozialen Wohlfahrt hat die Gemeinde Kriens eine Situation, die sie langsam aber sicher an die Grenzen bringt. Es darf doch nicht sein, dass die Ausgaben Jahr für Jahr zunehmen. Die SVP-Fraktion hofft, dass Kriens nicht das Zürcher Hagenbuch kopieren will, eine Familie im Monat Fr. 60'000.00 erhält und das noch steuerfrei. Das ist wie eine Teilkaskoversicherung ohne Selbstbehalt. Die Sozialhilfe ist heute eine Sozialindustrie. Jährlich werden über 1'000 Sozialarbeiter ausgebildet und diese wollen beschäftigt werden. Leider muss sich die Gemeinde Kriens an die SKOS-Richtlinien halten. Aber der Sprechende fragt sich, was wäre wenn sich die Gemeinde Kriens 10 % unter diesen Richtlinien bewegen würde? Er ist davon überzeugt, die Kostenspirale würde sich nach unten bewegen. Er appelliert an die Kantonsräte, etwas zu unternehmen. Es kann jeden treffen auf Sozialhilfe angewiesen zu sein und der Sprechende will denjenigen, die es wirklich brauchen und nötig haben keineswegs auf die Zehen treten. Es gibt aber auch immer wieder solche Personen, die das Sozialamt betrügen und an der Nase herumführen. Für ihn sind solche Leute gelinde ausgedrückt Schmarotzer. Leider ist Kriens zu einer Oase für Sozialhilfeempfänger geworden.

Nach Raphael Spörri liegt es in der Sache, dass beim enormen finanziellen Druck, der auf Kriens lastet, auf unnötigen Mehraufwand verzichtet werden soll. Es ist auch der SP/Juso wichtig, die Ausgaben konsequent zu hinterfragen und zu prüfen. Auch sie stellt fest, dass die Ausgaben für die Soziale Wohlfahrt von Jahr zu Jahr steigen. Nur stellt sie sich andere Fragen. Fragen mit einem kleinen Unterschied. Wie werden die Ausgaben überprüft? Kommt die Hilfe auch bei den Richtigen an? Und kann die Gemeinde genug für die Ärmsten der Bewohner tun? Der Gemeinderat hat in seiner Beantwortung in kompetenter Weise die Fragen des Interpellanten beantwortet. Er hat aufgezeigt, dass schon mehrfach Vorstösse in dieser Richtung eingereicht und diese bereits beantwortet wurden. Trotzdem hat er noch einmal und in aller Sorgfalt die vorliegende Interpellation beantwortet und damit einmal mehr für Klärung gesorgt. Es kann aus den sehr sorgfältig erhobenen Zahlen und Listen gelesen werden, dass die soziale Wohlfahrt in keiner Art und Weise ein Fass ohne Boden ist. Denn in der Beantwor-

tion ist klar zu lesen, dass mit dem heutigen Vorgehen viele Dossiers erfolgreich abgeschlossen werden können und dank der Unterstützung der Gemeinde viele wieder in einen normalen Alltag ohne, oder mit zumindest weniger, Geldsorgen integriert werden können. Alles schön und gut, oder doch nicht? Es ist nicht so, dass die SP/JUSO-Fraktion an der Beantwortung etwas auszusetzen hat. Für den Sprechenden persönlich war es sehr angenehm, die ganzen Fakten so komfortabel serviert zu bekommen. Deshalb vielen Dank an das Sozialdepartement, das sich die Mühe genommen hat, konkrete Antworten zu liefern. Sie haben aber Mühe mit den Fragestellungen des Interpellanten. Was sollen diese Fragen bezwecken? Was für Hintergedanken führten zu einem solchen Fragekatalog? Was sollen die Fragen 8 und 9? Der Sprechende weiss nicht, was die wahren Absichten des Interpellanten waren, aber wahrscheinlich kaum, damit er heute schon genügend Weihnachtspäckchen kaufen kann, um sie allen in den Briefkasten zu legen. Im Gegenteil, es wird mit dem Finger auf die Ärmsten gezeigt. Diese sind an der finanziellen Situation mitschuldig! Wo wohnen sie? In welchen Strassenzügen, in welchen Häusern? Die von der Gemeinde gesetzten Leitplanken greifen gut und sind praxistauglich. Dazu steht die SP/JUSO-Fraktion und ist gleichzeitig stolz auf die erreichte Hilfestellung für die Ärmsten. Und wenn die Zahlen an Gesuchstellenden stetig steigen, so sollte die FDP als erste in den Spiegel schauen und erkennen, dass wenn immer nur Wirtschaftsförderung betrieben wird, bleibt der Mensch auf der Strecke. Insofern ist der Gang aufs Sozialamt eine logische Folge von Lohndumping, Arbeitsdruck, Stellenabbau und dem Schrei nach Wirtschaft über alles.

Eine Bemerkung kann sich Bruno Bienz, von der Grünen/JG-Fraktion, nicht verkneifen. Dieser Vorstoss zeigt auf, welche seltsamen Blüten die Politik zum Blühen bringen kann. Mehr als grenzwertig findet die Grüne/JG-Fraktion, dass eine Interpellation mit 21 Fragen eingereicht wird. Dass ausgerechnet die FDP, die gerne den anderen Parteien die Vorstossflut vorwirft, solche Vorstösse einreicht, findet sie mehr als stossend. Geradezu zynisch war der Bericht der FDP zu diesem Thema im KriensInfo. Sie möchte in diesem Zusammenhang vom Gemeinderat wissen, wie viele Stunden für diesen Vorstoss aufgewendet werden mussten. Dieser Vorstoss ist auch die Folge ihres eigenen Tuns. 83 Gemeinden mit Geldnot aufhetzen, das als gesunder Wettbewerb zu bezeichnen, der am Ende die meisten krank macht. Durch teurere Mieten Sozialhilfebezüger, Studenten, Schüler usw. in die Nachbargemeinden zwingen und so den Sozialtourismus ankurbeln. Das sind die Rezepte der FDP zur gescheiterten Steuerpolitik. Den Reichen schenkt man das Geld und holt es dann bei der ärmeren Bevölkerung wieder zurück. Mit immer neuen Vorstössen im Bereich Sozialhilfe wird die Situation nicht besser. Viele Themen sind bereits zum x-ten Mal ausgebreitet worden und erklärt worden. Aber die FDP möchte den Tatsachen nicht in die Augen schauen. In Kriens gibt es eine Zunahme der sogenannten Working Poors und es ist auch eine markante Zunahme der Altersgruppe 60+ ersichtlich. Bei der Altersgruppe 65+ sind es meistens Menschen, welche WSH benötigen, die in Heimen leben. Hier wäre ein Engagement der FDP angesagt. Die Grüne/JG-Fraktion hätte für dieses Problem einen Lösungsansatz. Die Aufenthaltskosten in den Heimen Kriens können so angesetzt werden, dass die Fr. 139.00 aus der EL-Berechnung reichen. So gäbe es auf einen Schlag ca. 70 WSH Empfänger weniger. Zudem sollte sich die FDP für Löhne, die eine Familie ernähren können, einsetzen. Auf kantonaler Ebene wäre ein sozialer Lastenausgleich nötig. Bei solchen Lösungsansätzen kann die FDP aufzeigen, dass sie das Problem wirklich lösen will und nicht nur Wahlkampf auf Kosten der Schwächsten betreibt. Will die FDP mit den Fragen 8 und 9 die Hausbesitzer an den Pranger stellen, die WSH Bezüger Wohnungen vermieten? Oder soll der Gemeinderat aktiv verhindern, dass Sozialhilfebezüger in Kriens eine Wohnung mieten können? Wie ist das vereinbar mit ihrem allgegenwärtigen Spruch „Freiheit und Verantwortung“? Diese Fragen sind nur reisserisch und dienen keiner Problemlösung. Mit solchen Vorstössen disqualifiziert sich die FDP selber und macht sie unglaubwürdig. Die Grüne/JG-Fraktion ist klar der Meinung, dass das Sozialamt unter den gegebenen Umständen einen guten Job macht. Solche Vorstösse schüren das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den sozialen Institutionen und deren Mitarbeitenden und sind in keiner Weise lösungsorientiert. Sie ist für klare Regeln und auch eine gewisse Härte bei der WSH. Betrug muss geahndet werden. Dies ist in Kriens gegeben. Es kann und muss auch immer hinterfragt werden. Man darf und soll auch kritische Fragen stellen. Aber

man braucht auch bessere Lösungen als ein Wettbewerb der Hartherzigkeit. Die Grüne/JG-Fraktion ist für konstruktive Lösungen von Seiten der FDP jederzeit offen.

Beat Tanner findet es schade, dass man nicht sachlich diskutieren kann und Parteien angegiftet werden. Die FDP braucht keine Tipps von der CVP. Die Fragen, die gestellt wurden, waren nirgends geschrieben und unklar. Deshalb ist es legitim, sie zu stellen. Der Sprechende will aufzeigen, wo er Einsparungspotenzial sieht.

Nach Räto Camenisch hat Kriens momentan die höchste Sozialhilfequote in der ganzen Region Luzern. Die Personen, welche auf dem Sozialamt arbeiten, leisten aber gute Arbeit. Das sieht man auch an dieser guten Zusammenstellung, die vorliegt. Man hat eine präzise und saubere Auskunft erhalten. Was der Sprechende im Sozialamt vermisst, ist eine Führung. Er hat sich in Emmen erkundigt, weshalb die Sozialhilfequote zurückgegangen ist. Die Gemeinde Emmen hat einen Sozialvorsteher, der die SKOS-Richtlinien strenger auslegt und in die Prozesse eingegriffen hat. Ausserdem wurde bewusst mit der Wertvermehrung der Wohnungen begonnen. Man muss schauen, dass man nicht zum Schmelztiegel von Sozialhilfebezügern wird. Es ist klar, es gibt verschiedene Leute die betroffen sind. Mit den Heimbewohnern hat Bruno Bienz Recht. Das ist nicht in Ordnung, die Leute vor dem Tod von Sozialhilfe abhängig zu machen. Das ist eine ganz miserable Leistung der heutigen Gesellschaft. Dieses Problem ist aber nicht neu. Mit den Ausländern haben die Gemeinden gerade nochmals Glück gehabt, dass der Kantonsrat die Gesetzesänderung im Sparpaket abgelehnt hat. Was hätte eine Annahme bedeutet? Jetzt ist es so, dass die Sozialhilfekosten zehn Jahre vom Kanton übernommen werden, bis das letzte Familienmitglied, das nachgezogen ist, auch diese zehn Jahre erreicht hat. Mit der Gesetzesänderung sollte das umgekehrt werden. Wenn das erste Familienmitglied zehn Jahre erreicht hat, dann sollte die ganze Familie von den Gemeinden unterstützt werden. An dieser Änderung ist man gerade noch vorbeigeschrammt. Auch viel Geld gekostet, hat die Gemeinde die KESB. Die Gemeinde musste etwas Wichtiges aus den Händen geben und hat in diesem Bereich nun praktisch nichts mehr zu sagen. Er persönlich findet, dass man da etwas Führung zeigen müsste und mit diesen Personen das Gespräch suchen sollte. Wenn man die vielen Vorstösse anschaut, die bereits zur Sozialhilfe eingereicht wurden, ist es ein altes Thema. Aber es hat sich in der letzten Zeit verschärft. Der Sprechende ist sich sicher, dass es ein wichtiges Wahlkampfthema wird. Aber auf jeden Fall muss Kriens diesen ersten Rang wieder loswerden.

Erich Tschümperlin hat Beat Tanner zugehört. Wenn jemand eine Aussage macht, darf man doch auch darauf Bezug nehmen. Viele Aussagen von Beat Tanner sind für ihn unverständlich. Er ist dagegen, dass die Sozialhilfebezüger durch die Erhöhung der Mieten unter den Gemeinden weitergereicht werden. Diejenigen, die zu Unrecht Sozialhilfe beziehen, sollen bestraft werden. Das ist klar. Aber ebenso sollten die Leute nicht ihren gesetzlichen Beitrag verweigern. Auf diesem Auge ist die FDP blind: Sozialinspektor ja, Steuerinspektor nein. Die FDP geht wohl davon aus, dass nur die armen Leute betrügen. Reiche machen das nicht, auch wenn man momentan überall das Gegenteil sieht. Es gibt auch viele Leute, die von Steuervermeidung, an der Grenze zu Steuerbetrug, leben. Der Sprechende findet es schade, dass nur auf den Armen herumgetrampelt wird. Wenn man schon ein Problem hat, sollte man es auf allen Seiten ansetzen.

Enrico Ercolani ist klar, dass Arme und Reiche betrügen. Was er nicht verstehen kann ist, dass der Einwohnerrat den Hintergedanken der FDP mit diesem Vorstoss nicht erfasst. Sie möchten, dass das Sozialsystem gerecht ist. Diejenigen, die tatsächlich bedürftig sind, sollen Hilfe bekommen. Das ist keine Frage. Aber Betrug sollte aufgedeckt werden. Die FDP möchte damit erreichen, dass die Gemeinde nicht so viel Geld für Betrüger ausgeben muss.

Verena Wicki Roth findet es richtig, dass auch kritische Fragen gestellt werden. Sie findet es auch berechtigt zu fragen, wie der Kostenteiler zwischen den Gemeinden und dem Kanton aussieht. Die IV saniert auf Kosten der Gemeinden. Es gab mehrere IV Revisionen. Tatsächlich ist es so, dass die IV sehr kritisch beurteilt. Sehr viele Personen fallen aus der IV und wer übernimmt diese Personen? Die Gemeinden. Auf der anderen Seite betreibt die IV für die Früherkennung auch ein Case Management. Auch die alternde Gesellschaft hat Folgen. In der Gesellschaft nimmt die Individualisierung sehr stark zu, die Solidarität schwindet. Bei der Zuwanderung möchte sie festhalten, dass Ausländer nicht mit Asyl gleichzusetzen ist. Der grosse Teil von Ausländerinnen und Ausländern sind Wirtschaftsmigranten. Sie sind in die Schweiz gekommen, weil die Wirtschaft gut funktioniert und sie hier Arbeit haben. Controlling, integrative- und präventive Massnahmen sind wichtig. Auch sollte mit dem Kanton zusammen das Problem angegangen und mit einer Haltung aufgetreten werden, dass man in den Gemeinden stärkere Unterstützung braucht.

Kathrin Graber hat gehört, wie man richtig führen muss. Wie in Emmen sollte mehr eingegriffen werden. Sie hat eine andere Vorstellung von Führung. Sie findet es aber richtig, dass man sich mit anderen Gemeinden vergleicht. Dabei muss man aber aufpassen, dass man nicht Äpfel mit Birnen vergleicht. Die Sozialhilfequote ist in diesem Zusammenhang eine gefährliche Zahl. In Emmen nahm die Bevölkerung im Zeitraum, in dem diese Quote sank, zu. Auch das ist ein Grund, weshalb die Sozialhilfequote sinken kann. Aus ihrer Sicht müsste konkret aufgezeigt werden, was man gestützt auf die Massnahmen in Kriens noch anders machen könnte.

Beat Tanner denkt, dass die Sozialhilfequote vor allem mit den sehr günstigen Wohnungen in Kriens zu tun hat. Es ist auch klar, dass viele in die Agglomeration oder die Stadt selbst ziehen, weil sie dort anonym leben können. Aber weshalb hat dann die Stadt eine kleinere Sozialhilfequote? Weil sie in Schlüsselarealen die alten Häuser abreisst und sich weiter entwickelt und schaut, dass es einen besseren Mix gibt. Der Sprechende ist auch der Meinung, dass es in der Gemeinde Kriens einen besseren Mix braucht. Dann wird auch die Sozialhilfequote sinken. Ungerecht an diesem System ist auch, dass in Kriens die Steuerzahler anteilmässig viel mehr an die Sozialhilfe zahlen, als sie müssten. Da sollte man sich vielleicht überlegen, ob nicht der Kanton für die ganze Sozialhilfekosten zuständig sein sollte. So wie es im Kanton Bern der Fall ist. Wenn die Konjunktur zusammenbricht, und das wird nächstens der Fall sein, kommen grosse Beträge auf die Gemeinde zu, die sie nicht mehr stemmen kann.

Bruno Bienz ist auch der Meinung, dass es die beste Lösung wäre, wenn der Kanton für die Sozialhilfe zuständig wäre. Die Erhöhung der Mieten ist auch ein zweischneidiges Schwert. Es gibt viele Familien, die sich eine günstige Wohnung, gerade knapp leisten können. Werden die Mieten erhöht, wäre das nicht mehr möglich und diese Personen würden ebenfalls in die Sozialhilfe abrutschen.

Raphael Spörri stellt fest, dass schlussendlich alle Parteien denselben Gedanken verfolgen: Geld sparen. Was die SP/JUSO-Fraktion, wie bereits erwähnt, vor allem stört, ist die Interpellation mit diesen Fragen. Ist es nötig, für diesen Zweck solche Fragen zu stellen? Er hat immer noch nicht ganz begriffen, was da der Hintergrund sein sollte.

Für Lothar Sidler ist diese Diskussion sehr aufschlussreich und Missverständnisse können dadurch geklärt werden. Die vorliegenden Berichte sind sehr ausführlich. Es ist sehr viel Zahlenmaterial vorhanden, weil man mit Irrtümern aufräumen möchte. Irrtum 1: Jeder der danach fragt, kriegt wirtschaftliche Sozialhilfe. Wenn man die vorliegenden Zahlen studiert hat, weiss man, dass 50 bis 66 % der Personen, die ein Gesuch stellen, am Schluss keine Sozialhilfe

erhalten. Der Eintritt ist also sehr streng. Irrtum 2: Es sind faule und arbeitsscheue Personen, die Sozialhilfe beziehen. Im Bericht wird aufgezeigt, wer in Kriens Sozialhilfe bezieht und auch diese Zahlen sind sehr eindrücklich. Der grösste Teil machen Kinder oder Leute aus, die aufgrund von Alter, Krankheit oder Invalidität gar nicht mehr im Erwerbsleben sein können. Das sind nicht diejenigen, die auf der faulen Haut liegen und deshalb Sozialhilfe beziehen. Es gibt solche Personen, aber dieser Teil ist sehr klein. Dem Zahlenmaterial kann entnommen werden, dass dies derjenige Teil ist, der am stärksten abnimmt. Irrtum 3: Mit wirtschaftlicher Sozialhilfe lässt es sich gut leben. Die Gemeinde unternehme nichts, damit die Leute wieder von der Sozialhilfe abgelöst werden können. Die Tabelle über die Bezugsdauer zeigt auf, dass diese in den letzten vier bis fünf Jahren markant abgenommen hat und dass der grösste Teil nur für eine beschränkte Zeit von zwei Jahren in der Sozialhilfe sind. Danach können mehr als 60 % abgelöst werden. Das zeigt, dass ein langes Verweilen in der Sozialhilfe nicht gefördert wird. Die Umstände machen es nicht attraktiv, lange Zeit davon abhängig zu sein. Mehr als 600 Personen fallen pro Jahr in die Sozialhilfe und verlassen sie wieder. Nun zu den Voten der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten. Es ist so, die Sozialhilfequote ist in Kriens wieder gewachsen und führt die Spitze an. Das ist ein trauriger Rekord, einer der dem Sozialvorsteher und seinen Mitarbeitenden zu denken gibt. Diese Sozialhilfequote muss man aber immer in den Kontext mit anderen Zahlen stellen. Diese Quote besagt lediglich, wie viele Personen in der Gemeinde Kriens Sozialhilfe beziehen und in welchem Verhältnis diese zur ständigen Wohnbevölkerung stehen. Setzt man sie in den Vergleich mit anderen Zahlen, relativiert sich das Ganze ein wenig. Anhand der Tabelle 3.3 sieht man, dass die Sozialhilfequote zwar gestiegen ist, die Verweildauer aber stark gesunken ist. Die Anzahl derjenigen Personen, die nur noch kurzfristig unterjährig in die Sozialhilfe fallen, ist stark gestiegen. Aber auch diese Personen sind in der Sozialhilfequote erfasst. Ebenso diejenigen Personen, welche überbrückungsweise etwas erhalten, das aber danach von der AHV, IV oder von der Arbeitslosenversicherung wieder zurückgezahlt wird. Relativieren kann man die Aussagen auch mit der Tabelle 4.3. Dort sieht man, dass die Anzahl der Personen, die ausschliesslich von der wirtschaftlichen Sozialhilfe abhängig sind, stark gesunken ist. Das obwohl die Anzahl der Personen, die Sozialhilfe beziehen, gestiegen ist. Auch das deutet darauf hin, dass die Personen nur kurzfristig auf die Sozialhilfe angewiesen sind und wenig brauchen, um die nächsten Monate zu überleben und dann können sie wieder abgelöst werden. Das vorliegende Zahlenmaterial zeigt aber auch ein gewisses Gefahrenpotenzial auf. Die Quoten Kinder, Alter, Invalidität und Krankheit steigen. Und das ist eine gefährliche Sache. Das sind nämlich diejenigen Gruppen, die langfristig von Sozialhilfe abhängig sind. Das ist aber nicht so, weil die Sozialhilfe so gut ist, sondern weil der Bund damit begonnen hat, Druck auf seine Sozialversicherungswerke auszuüben. Diese haben daraufhin ihre Leistungen reduziert. Die Konsequenz daraus ist, dass die Gemeinden nun die betroffenen Personen unterstützen müssen. Auch die Arbeitslosenversicherung wurde in der Zwischenzeit gekürzt. Es ist ein Abgeben von Kosten und von Verantwortung an die Gemeinden. Das ist eine gefährliche Tendenz. Dass man die Quote auch noch im Verhältnis zu den Gesamtkosten anschauen soll, zeigt der Vergleich mit Emmen eindrücklich. Emmen hat eine tiefere Sozialhilfequote, trotzdem hat Emmen fast 2 Mio. Franken mehr Ausgaben in der Sozialhilfe. Auch das zeigt, dass die Sozialhilfequote nicht das einzig massgebende ist. Wenn man die Anzahl Fälle und Personen anschaut, die in Emmen Sozialhilfe beziehen, sind diese Zahlen auch gewachsen. Dass die Sozialhilfequote stagniert ist, ist darauf zurückzuführen, dass der Bevölkerungszuwachs in Emmen deutlich höher ist. Auch die Kosten der Sozialhilfe im Bereich der Flüchtlinge wurde angesprochen. Das ist eine Ursache, die auch erkannt wurde. Im Vergleich mit Emmen hat Kriens im letzten Jahr 51 Flüchtlinge aufgenommen, Emmen null. Das ist ein riesiger Unterschied. Das wurde beim Kanton moniert. Der Kanton soll die Sozialhilfe für die Flüchtlinge weiter finanzieren, wenn er nicht fähig ist, diese Personen innerhalb von zehn Jahren zu integrieren. Man wird sehen, ob es der Kantonsrat fertig bringt, dass die Sozialhilfe für Flüchtlinge wieder kantonalisiert wird, wie es vor 2008 der Fall war. Es wäre zu hoffen. Die Sanierung der IV hat wesentlich dazu beigetragen, dass es nun mehr Personen gibt, die langfristig von der Sozialhilfe abhängig sind. Es sind Personen, die zuvor zehn Jahre als invalid gegolten haben und eine entsprechende Rente erhielten. Nun kommt die IV und sagt, das Gesetz hat geändert, sie haben keinen Anspruch mehr. Jetzt sollte die Gemeinde solche Leute in den Arbeitsmarkt integrieren. Es gibt kein Arbeitgeber, der jemand einstellt, wenn er sieht, dass jemand während zehn Jah-

ren invalid war und nichts gearbeitet hat. Das stellt ein viel zu grosses Risiko dar. In diesem Zusammenhang hat Beat Tanner auch gesagt, dass die Gemeinde Kriens vermutlich die einzige Gemeinde ist, bei der die Kosten rückläufig sind. Die Zahlen, die im Budget eingesetzt sind, basieren auf dem Forecast. Dieser sagt nicht, dass die Kosten rückläufig sind, sondern dass sie abflachen. Wenn es der Sprechende richtig im Kopf hat, ist das nicht, weil der Aufwand reduziert wird, sondern weil die Erträge der Sozialhilfebezüger steigen. Nun noch zum Thema wirtschaftliche Sozialhilfe für Ausländer. Wenn Lothar Sidler Beat Tanner richtig verstanden hat, sagt dieser, dass die Sozialhilfe für Ausländer wesentlich dafür verantwortlich ist, dass die Kosten gestiegen sind. Aus der Tabelle 5.3 ist ersichtlich, dass Personen mit ausländischem Bürgerrecht für Mehrkosten von ca. Fr. 200'000.00 verantwortlich sind und das die Schweizer ca. 1 Mio. Franken der Mehrkosten verursachen. Im Rahmen des Sozialtourismus wurde gesagt, dass Personen aus dem Ausland Sozialhilfe ausgezahlt wird, anstelle von Nothilfe. Wenn nur Nothilfe ausbezahlt werden darf, dann zahlt die Gemeinde Kriens auch nur Nothilfe aus. Und es sind deutlich mehr Personen, als die Ausländer, die nur Nothilfe erhalten. Zu den Massnahmen hat Beat Tanner gesagt, dass diese eigentlich nicht umgesetzt werden, ausser wenn man unter Druck ist. Es sei eine widerwillige Umsetzung. In diesem Zusammenhang möchte der Sprechende das Beispiel von Olten bzw. Solothurn erwähnen. Dort wurde entschieden, dass Sozialhilfebezüger keine Autos mehr haben dürfen. Dadurch kamen die Leute in die Stadt, weil sie auf dem Land nicht mehr mobil waren. Wenn die Leute um 8:00 Uhr morgens in der Stadt ein Vorstellungsgespräch haben, was vom Sozialamt und RAV verlangt wird, und der erste Bus im Dorf ausserhalb erst um 8:00 Uhr fährt, funktioniert das nicht. Es muss nicht heissen, dass das in Kriens oder Luzern auch so wäre. Aber es zeigt auf, dass man sich sehr genau überlegen muss, an welcher Schraube man dreht. Bei der Wohnraumproblematik gibt es zwei Seiten. Wenn die Mietzinse erhöht werden, gehen die Leute weg, weil sie es nicht mehr vermögen. Welche Konsequenzen hat das für diejenigen, die heute gerade knapp keine Sozialhilfe brauchen? Diese sind dann die Nachfolger von denjenigen, die wegziehen. Das Problem wird nur verschoben und nicht gelöst. Die Summe ist schlussendlich noch viel höher. Der bessere Ansatz wäre, die Ertragslage der Sozialhilfebezüger zu verbessern. Zur Umsetzung der verschiedenen Massnahmen wird nochmals erwähnt, dass die Aufdeckung von Missbrauchsfällen stattfindet. Es wird einfach nicht an die grosse Glocke gehängt. Es wird auch darauf geachtet, dass wirklich nur diejenige Sozialhilfe ausgerichtet wird, zu der man gesetzlich verpflichtet ist. Es wird manchmal auch mit Musterfällen ausgelotet, wo die Grenzen sind. Oftmals entscheidet dann das Gericht gegen den Entscheid der Gemeinde Kriens. Zum Schluss nimmt der Sprechende noch zur Kantonalisierung der Sozialhilfe Stellung. Aus seiner Sicht ist das ein Ansatz. Das strukturelle Problem könnte man dadurch lösen. Aber ob die Gesamtsituation dadurch kostengünstiger wird, weiss er nicht. Das kann allenfalls auch in die andere Richtung gehen.

Räto Camenisch weist darauf hin, dass sie die Kantonalisierung in ihrer Initiative aufgenommen haben.

Katja Staub möchte festhalten, dass es über 10 % sind, die über vier Jahre Sozialhilfe beziehen müssen.

6. Postulat Ercolani: Beschäftigung von Sozialhilfebezüger

Nr. 124/14

Gemäss Peter Portmann opponiert der Gemeinderat gegen die Überweisung dieses Postulats.

Enrico Ercolani bedankt sich beim Gemeinderat für die umfassende Antwort. Es ist erfreulich zu sehen, dass in der Gemeinde Kriens einiges unternommen wird, um Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern. Er ist aber überzeugt, dass das Projekt „Arbeit gegen Sozialdienst oder Sozialdienst gegen Arbeit“, welches die Gemeinde Rothenburg anwendet, eine sehr gute Ergänzung wäre. Der Sprechende hat längere Gespräche mit dem Leiter des Werkhofes und der Leiterin des Sozialdienstes der Gemeinde Rothenburg geführt. Das Integrationsprojekt überzeugt und sollte von der Gemeinde Kriens geprüft und wenn möglich auch umgesetzt werden. Das Modell funktioniert so, dass arbeitsfähige Frauen und Männer dem Werkdienst zugewiesen und für verschiedene Arbeiten eingesetzt werden. Die Arbeitenden bekommen nebst dem Grundbetrag und Mietzuschuss eine Zulage von Fr. 200.00. Wer nicht arbeiten will, dem wird der Grundbeitrag um 10 bis 15 % gekürzt. Besonders beeindruckt den Sprechenden folgende Aussagen der Leiterin des Sozialdienstes: *Viele, die das Beschäftigungsprogramm antreten sollten, fanden kurzfristig eine Stelle. Einige zogen nach Emmen um, weil sie dort nicht an einem Arbeitsprogramm teilnehmen müssen.* Aus seiner Sicht macht Rothenburg alles richtig. Es wird versucht, arbeitslosen Personen zu helfen, sich wieder einzugliedern. Mit dem Projekt „Arbeit gegen Sozialdienst oder Sozialdienst gegen Arbeit“ verhilft man Arbeitslosen zu geregelten Tagesstrukturen. Dafür sind die Arbeitswilligen sehr dankbar. Dabei konnte die Gemeinde sogar Personen aus diesem Arbeitsprogramm fest anstellen. Das ist ein toller Nebeneffekt. Der Postulant hofft, dass er mit diesen Informationen alle überzeugen konnte und würde sich freuen, wenn sein Anliegen Unterstützung findet.

Laut Davide Piras unterstützt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Strategie des Gemeinderates für die Beschäftigung von Sozialhilfebezügern. Die Integration in die Arbeitswelt muss auch in Zukunft im Fokus stehen. Der Gemeinderat hat dies vor Jahren bereits durch ältere Vorstösse aufgezeigt. Die heutige wirtschaftliche Lage der Schweiz hilft Sozialhilfebezügern nur zum Teil, um sich wieder in die Arbeitswelt zu integrieren. Schweizer Unternehmen treten bei der Rekrutierung von neuen Mitarbeitern immer mehr mit strengeren Bedingungen auf. Sie suchen den perfekten Mitarbeiter im idealen Alter, mit der besten Qualifikation und mit einer hohen Berufserfahrung. Um diesem Trend entgegen zu wirken hat die Gemeinde in den letzten Jahren den Integrationsprozess weiter verbessert wie z.B. durch die Einführung von Arbeitsintegrationsprogrammen. Weiter wurden Leistungsvereinbarungen für die Reintegration abgeschlossen wie z.B. die Unternehmen The Büz oder DOCK AG. Auch in Zukunft soll der Gemeinderat vermehrt kreative Lösungen suchen, um die Beschäftigungsquote weiter zu erhöhen. Vorstösse von der FDP zum gleichen Thema wurden bereits im 2007, 2008 und 2014 eingereicht. Umso unverständlicher ist dieser Vorstoss, der ähnliches wieder fordert. Solche Vorstösse erzeugen viel Schreiarbeit auf der Gemeinde und bringen leider keine neuen Lösungen für Kriens. Der Gemeinderat hat bereits in der Vergangenheit ausreichende Massnahmen für die Reintegration von sozialhilfebeziehenden Menschen eingeleitet. Diese werden jährlich durch den Gemeinderat kontrolliert. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion sieht, dass keine weiteren Massnahmen zu diesem Thema notwendig sind und ist für die Ablehnung dieses Postulats.

Katja Staub, namens der SVP-Fraktion, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Dieser Beantwortung kann entnommen werden, dass die Massnahmen zur Integration von Sozialhilfebeziehenden bereits umgesetzt werden. 2012 hat es ca. 500 private Haushalte gegeben, die Sozialhilfe bezogen haben. Davon handelt es sich bei ca. 30 % um erwerbslose Personen. Das sind ca. 160 Personen. Erwerbslose sind Menschen, die Arbeiten könnten, die es aber aus irgendeinem Grund nicht machen. Der Gemeinderat schreibt weiter, dass die Zahl der Erwerbslosen seit 2009 stetig abgenommen hat. Im Bericht sieht man aber, dass das nicht ganz stimmt. Die Zahl der Erwerbslosen ist nämlich prozentual wieder leicht angestiegen. Die Sprechende durfte mit Anita Küng vom Sozialamt ein ausführliches Telefongespräch führen. Sie hat erzählt, dass es Arbeitsintegrationsmassnahmen gibt, beispielsweise das Hotel Sonnenberg, die Dock AG und bei der Caritas gibt es ein ganz gutes Projekt, namens „Abklärung Arbeit“. Dieses Projekt ist sehr streng kontrolliert und es gibt ein Reporting an das Sozialamt.

Die SVP-Fraktion denkt, dass es aber trotzdem noch zusätzliche griffige Massnahmen gibt, weil eigentlich jeder Mensch für sich selbst sorgen möchte. Und Arbeit verleiht auch eine Würde. Wenn es aber trotzdem noch solche Personen gibt, die nicht bei diesen Arbeitsintegrationsmassnahmen mitmachen wollen, gibt es noch einen weiteren Schritt. Durch die Unterstützung dieses Postulats kann man den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in diesem Bereich etwas den Rücken stärken. Deshalb unterstützt die SVP-Fraktion das Postulat.

Nach Enrico Ercolani wurde der Kern des Anliegens nicht verstanden. Die FDP-Fraktion möchte, dass die armen Mitbürger die Gelegenheit haben, wieder eine geregelte Tagesstruktur zu erhalten. Die Idee ist, dass es eine weitere Möglichkeit gibt. Soweit er informiert ist, gibt es in der Gemeinde Kriens etwas in der Art nicht. Im Werkhof gibt es immer etwas zu tun und dort würden Möglichkeiten bestehen. Weshalb soll man den Arbeitswilligen diese Möglichkeit verbauen? Aber dazu braucht es eine Führung und man muss es wollen. Die Arbeitswilligen wären froh, wenn sie eine solche Gelegenheit hätten und pro Monat zusätzlich Fr. 200.00 mehr erhalten würden.

Raphael Spörri führt aus, dass die SP/JUSO-Fraktion eine zweideutige Botschaft in diesem Postulat zu erkennen meint, wie bereits bei der Interpellation Tanner. Die Idee von Enrico Ercolani ist sicher gut. Doch Kriens hat bereits ein Programm um Sozialbezüger zu beschäftigen und eine solche Beschäftigung, wie sie gefordert wird, benötigt sehr, sehr viel Betreuung und somit auch Ressourcen. Ressourcen die gerade bei der Wirtschaft nicht bereitgestellt werden wollen. Der Sprechende zitiert aus der Neuen Luzerner Zeitung vom 22. November 2014, in welcher der Gesundheitsdirektor Guido Graf sagt: *“Ziel wäre es, die Flüchtlinge in die Arbeitswelt zu integrieren (...) die Wirtschaft aber scheut sich etwas, Flüchtlinge zu beschäftigen“*. Monika Hauri, Leiterin des Bereichs Migration sagt: *“Die Wirtschaft blockt nicht per se ab, sondern ist sich vielleicht noch nicht bewusst, welches Potential darin liegt, Flüchtlinge zu beschäftigen“*. Die SP/JUSO-Fraktion stellt sich nicht grundlegend gegen eine Beschäftigung von Sozialhilfebezüger, ist aber klar der Meinung, dass mit Schnellschüssen die Beschäftigten nie die Chance erhalten, auf lange Frist wieder Fuss in der Arbeitswelt zu fassen. Dies ist alles andere als nachhaltig. Es macht in ihren Augen mehr Sinn, wenn Arbeitslose und von der Wohlfahrt abhängige Menschen in einem guten, geplanten und koordinierten Arbeitsprogramm langsam aber stetig wieder an die Arbeitswelt herangeführt werden können. Diese Projekte sind nachhaltiger, sinnvoller und erst noch lehrreicher. Solche Projekte gibt es in Kriens. Es macht also keinen Sinn, Menschen in einer Hauruck-Übung zwangsweise zu beschäftigen, nur um vermeintlich Kosten zu sparen.

Die Grüne/JG-Fraktion will gemäss Tomas Kobi die guten Absichten des Postulanten nicht in Frage stellen. Sie kann dem Anliegen gar eine gewisse Sympathie entgegen bringen, mehr jedoch nicht. Der Vorstoss ist ihres Erachtens zu wenig durchdacht. Ihres Wissens hat das Sozialamt einen gesetzlichen Auftrag, Personen mit WSH in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wie bekannt ist, kommt das Sozialamt dieser gesetzlichen Pflicht seit Jahren erfolgreich nach. Für die Grüne/JG-Fraktion stellt sich die Frage, wo sich der Postulant informiert hat. Er nimmt Bezug auf die Gemeinde Rothenburg, die ein Projekt lanciert hat. Ein Vorredner hat die Frage bereits gestellt. Trotzdem wiederholt der Sprechende diese gerne nochmals. Hat der Postulant sich auch bei der Gemeinde Kriens erkundigt? Es wäre sinnvoll gewesen, wenn der Postulant sich die Mühe gemacht hätte, den momentanen Zustand im Sozialamt abzuklären. Auch hat der Gemeinderat bereits 2008 zur Motion Dalla Bona Stellung bezogen. Nebenbei bemerkt ebenfalls einer von mehreren Vorstössen seitens der FDP, die wissen wollte, was die Gemeinde Kriens bezüglich WSH macht oder nicht macht. Im Weiteren wird von einer Win-Win-Situation gesprochen. Die ist sehr wohl möglich, doch wenn z.B. diese Menschen im Werkhof eingesetzt werden, müssen sie auch begleitet und betreut werden und dies kostet

was. So nebenbei geht das sicher nicht. Die Grüne/JG-Fraktion kann es sich nicht vorstellen, dass gewisse Parteien dazu Hand bieten. Zumal auch die FDP dafür sicherlich keine finanziellen Mittel spricht. Doch eine gezielte Betreuung und Begleitung ist wichtig, damit diese Personen zurück in den Arbeitsprozess geführt werden können. Dies kann unter Umständen sehr zeitintensiv sein, was unter Umständen mehr Personalressourcen abverlangt. Dies verursacht eben Kosten. Da geht die Grüne/JG-Fraktion, wie bereits erwähnt, davon aus, dass die FDP nicht mitmacht. Sie würde es natürlich sehr begrüßen, wenn sich auch Krienser Betriebe verpflichten würden, vermehrt integrative Arbeitsplätze anzubieten und damit ein klares Zeichen setzen zur sozialen Mitverantwortung. Inwieweit der Postulant selber Sozialhilfebezüger und -bezügerinnen eingestellt hat und somit zu einer sozialen Mitverantwortung beigetragen hat, kann der Sprechende nicht beantworten, wohl aber der Postulant selber. Aus all dem Dargelegten lehnt die Grüne/JG-Fraktion die Überweisung ab.

Der Hauptgrund, weshalb der Gemeinderat nicht möchte, dass dieses Postulat überwiesen wird, ist nach Lothar Sidler der, dass die Gemeinde Kriens bereits Arbeitsintegration betreibt. Das kann man auch dem Bericht zum Postulat Hahn entnehmen. In der Tabelle 6.2.7 ist abgebildet, was alles gemacht wird und auch die Folgen davon. Es ist also nicht so, dass die Gemeinde Kriens nichts macht. Die Arbeitsintegration wird sehr konsequent umgesetzt. Die Art, wie Arbeitsintegration betrieben wird, wurde geändert. Früher besuchten alle Sozialhilfebezüger Arbeitsintegrationsprojekte. Das hat sehr viel Geld gekostet und hatte die Konsequenz, dass die Personen wieder eine neue Rahmenfrist von einem Jahr erarbeiten konnten und die Arbeitslosenversicherung dadurch wieder zuständig war. Diese Möglichkeit wurde mit der Revision des Arbeitslosengesetzes abgeschafft. Jetzt tragen die Gemeinden die Konsequenzen der Arbeitsintegration selbst. Das hat dazu geführt, dass die Arbeitsintegration heute nicht mehr während eines Jahres erfolgt, sondern nur noch kurzfristig, das heisst für drei oder sechs Monate. Zuerst wird abgeklärt, ob es für die betroffene Person überhaupt stimmt, bei einem solchen Projekt mitzumachen. Das sogenannte Matching ist etwas sehr wichtiges. Wenn man jemanden gegen seinen Willen in ein solches Arbeitsintegrationsprogramm steckt, ist das verschwendetes Geld. Nach drei Monaten ist das Programm beendet und man muss das nächste Projekt anhängen. Um das zu vermeiden, wird von Beginn an darauf geachtet, dass die Personen in einem Projekt untergebracht werden, das ihren Fähigkeiten entspricht. Wenn der Einwohnerrat nicht glaubt, dass die Gemeinde Kriens tatsächlich Arbeitsintegration betreibt und was das kostet, dann verweist der Sprechende auch wieder auf den Bericht zum Postulat Hahn. In der Tabelle 5.1 ist das ausgewiesen. Dort sieht man, wie viel Geld die Gemeinde Kriens für Arbeitsintegrationsprojekte ausgibt. In den Jahren 2009, 2010 und 2011 hat man pro Jahr deutlich über 1.5 Mio. Franken ausgegeben. Das ist auf die vorerwähnte alte Praxis zurückzuführen. Seit dieser Änderung sind die Kosten gesunken. Im letzten Jahr wurden noch ca. Fr. 700'000.00 ausgegeben. Die Arbeitsintegration verfolgt drei Zwecke. Das ist zum einen die Arbeitsintegration selbst, die Leute werden wieder für den ersten Arbeitsmarkt fit gemacht. Ein anderer Zweck ist, wieder eine Tagesstruktur zu schaffen. In diesen Fällen werden die Personen aber an einen Dauerarbeitsplatz vermittelt und nicht in ein Integrationsprojekt. Der dritte Zweck ist Vergällung. Diejenigen, die nicht wollen, werden an gewisse Arbeitsstellen geschickt und geschaut, ob diese prästieren. Wenn sie das nicht machen, kann man sie von der Sozialhilfe entlassen, weil sie gegen eine Weisung des Sozialamtes verstossen haben. Wenn Enrico Ercolani auch mit den Kriensern gesprochen hätte, dann hätte er gehört, dass man die Arbeitsintegration im Werkhof bereits ausprobiert hat und dass es nicht funktioniert hat. Das hat es nicht, weil die betroffenen Personen seit längerem nicht mehr im Arbeitsprozess waren. So mussten zuerst wieder Arbeitsprozesse antrainiert werden. Das geht nicht mit dem bestehenden Personal, das selbst den ganzen Tag unterwegs ist. Dafür wird speziell geschultes Personal benötigt. Diese Personen brauchen eine ganztägige Betreuung. Nur dann wird es auch ein Erfolg. Rothenburg lässt beispielsweise ein Sozialhilfebezüger einfach einen Tag lang ein Auto waschen. Das ist in den Augen des Sprechenden keine gute Arbeitsintegration. Das bringt nichts. Es braucht eine nachhaltige Wirkung, so dass die

Personen danach wirklich arbeiten wollen. Zum Schluss noch zu den Erträgen. In der Gemeinde Kriens gibt es einen Einkommensfreibetrag, wenn die Sozialhilfebezüger freiwillig einer Arbeit nachgehen und diese auch selbst organisiert haben. Einen Teil des Lohnes dürfen diese Personen behalten, über die Sozialhilfe hinaus. Für die Motivation ist das sehr wichtig. Auch wenn Sozialhilfebeziehende an einer Integrationsmassnahme teilnehmen oder einen Dauerarbeitsplatz haben, erhalten sie zwischen Fr. 100.00 und Fr. 200.00 zusätzlich. Das ist die sogenannte Integrationszulage. Auf der Ausgabeseite machen diese Anreizkosten jährlich ca. Fr. 500'000.00 aus.

Enrico Ercolani kommt auf die Aussage vom Leiter des Werkhofes Rothenburg zurück, der sagt, das Projekt sei eine super Sache. Er kann nicht verstehen, dass in Rothenburg alles super läuft und in Kriens soll es ein Problem sein.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Ercolani: Beschäftigung von Sozialhilfebezüger (Nr. 124/14)

Das Postulat wird mit 18:15 Stimmen abgelehnt.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Rätö	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	nein
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	nein

15. Bericht Postulat Morf: Alters- und Behindertenleitbild für Kriens Nr. 225/07

Gemäss Peter Portmann beantragt der Gemeinderat mit dem vorliegenden Bericht das Postulat als erledigt abzuschreiben. Da das Postulat im Kompetenzbereich des Einwohnerrates liegt, wird darüber abgestimmt.

Bruno Bienz führt aus, dass die Argumente des Gemeinderates für die SGK nachvollziehbar sind. Das Altersleitbild ist in Arbeit. Im Januar folgt der dritte Workshop. Das Projekt soll im Jahr 2015 abgeschlossen werden. Unschön ist der Stand in Sachen Behindertenleitbild. Im November 2010 wurde das Gesundheits- und Sozialdepartement vom Regierungsrat beauftragt, bis zum 31. Dezember 2013 einen Entwurf für ein Behindertenleitbild zu erstellen. Ein Jahr später ist immer noch nichts passiert. Auf der Homepage des Kantons findet man folgende Information: *Das Projekt ist zurzeit sistiert und wird wieder aufgenommen, wenn die personellen Ressourcen wieder vorhanden sind.* Die SGK erwartet vom Kanton, dass dieser Zustand nicht ewig anhält. Schlussendlich warten am Ende der Kette Gemeinden wie Kriens auf dieses Leitbild. Es macht keinen Sinn, in Kriens ein Behindertenleitbild zu erstellen, das kurz danach wieder angepasst werden muss. In diesem Zusammenhang wurde die SGK mit einem Schreiben von Herr Robert Strässle konfrontiert. Er hatte im Jahre 2004 einen Auftrag erhalten, mit den Betroffenen direkt zu sprechen und ihre Befindlichkeit in Kriens aufzuspüren. Dieser Bericht wurde erarbeitet und abgeliefert. Anscheinend ist diese Arbeit in einer Schublade verschwunden. Daher ist natürlich klar, dass die Beteiligten enttäuscht und frustriert sind. Es ist sicher auch nicht die feine Art. Aufgrund der Verspätung des neuen Behindertenleitbildes hat die SGK einstimmig beschlossen, diesen Bericht in einer der nächsten Sitzungen zu traktandieren und allenfalls Massnahmen, die einfach realisierbar sind, umzusetzen oder die Gründe für eine Nichtrealisierung der Arbeitsgruppe mitzuteilen. In diese Sinne empfiehlt die SGK einstimmig das Postulat abzuschreiben

Verena Wicki Roth von der CVP/JCVP/GLP-Fraktion weist darauf hin, dass das vorliegende Postulat ein uraltes Anliegen ist, wie es Eingangs auch zu Recht im Bericht erwähnt wird mit dem Hinweis auf die Einreichung am Sanktu(hr)zeitentag. Die Tatsache, dass heute darüber gesprochen wird, zeigt auf, dass die Senioren, die Menschen mit Behinderungen, die Armen und Sozialhilfebezügler Teil der Gesellschaft sind und Aufmerksamkeit und Wertschätzung verdienen. In Bezug auf Menschen mit Behinderungen bestehen begründete Zweifel, ob dieser Wille in der Gemeinde Kriens und im Kanton Luzern auch gelebt wird. Der Kanton Luzern hat seit Jahren angekündigt, ein Leitbild zu entwickeln. Als per Januar 2008 die Zuständigkeit für die Finanzierung und Aufsicht von Institutionen im Behindertenbereich vom Bund auf die Kantone per Gesetz übertragen wurde, erarbeitete der Kanton Luzern das Konzept zur Förderung der Eingliederung invalider Personen gemäss Art. 10 IFEG. Dieses Konzept definiert die Rahmenbedingungen für diejenigen Menschen, die in Institutionen wohnen, betreut und beschäftigt werden. Davon profitieren heute zirka 5'700 Personen in Heimen. Darin sind auch die Senioren mit späten Behinderungen eingeschlossen sowie rund 1'400 Personen, die in Werkstätten beschäftigt werden. Doch im Kanton Luzern leben rund 55'000 Menschen mit Behinderungen. Davon rund 18'700 mit sehr starken Einschränkungen. Über 49'000 Personen leben selbstständig in Wohnungen und in den Familien. Sie leben also mitten unter uns, auch in der Gemeinde Kriens und in den Quartieren. Im Januar 2013 wurde der eigentliche Leitbild-Prozess vom Regierungsrat angestossen, doch kurz darauf aus Ressourcengründen wieder sistiert. Dieser partizipative Prozess sollte den Blick auf die ganze Bevölkerung mit Behinderung erweitern und ihr Umfeld miteinbeziehen. Dazu gehören auch betreuende und pflegende Angehörige, die Schulen, öffentliche Institutionen und Gemeinden. Der Luzerner Bericht zur sozialen Lage der Luzerner Bevölkerung, der im November 2013 zum 2. Mal erschienen ist,

berichtet ebenfalls in einem Kapitel über die Situation der Menschen mit Behinderungen. Daraus kann die Gemeinde Kriens einiges übernehmen. Auf Bundesebene besteht seit 2004 das Gesetz über die Beseitigungen von Benachteiligungen für Menschen mit Behinderungen (BehiG). Dieses Gesetz ist eine wichtige Grundlage, die unter anderem für die bauliche Umsetzung des Zentrums in Kriens wesentlich ist. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion kann nachvollziehen, dass die Gemeinde Kriens aufgrund der aktuellen Ausgangslage das Behinderten-Leitbild zurückstellt und die Grundlagen des Kantons erwartet. Diese sind überfällig. Das Thema ist komplex und vielschichtig und es braucht eine übergeordnete Sichtweise, die der Kanton leisten muss. Die Gemeinden müssen sich abstützen können. Umso mehr möchte sie aber darauf drängen, dass der Kanton aktiv wird und auch in Zeiten des Sparens in dieses sensible Menschenrechts-Thema investiert. Gleichzeitig schätzt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ein, dass es genügend Grundlagen und Informationen gibt, damit die Gemeinde Kriens praktisch und mit einem offenen Blick zum Thema sehr viel umsetzen kann. Dies durchaus auch im Rahmen des laufenden Budgets. Gerade die Zentrumsplanung, die Schulhausanierungen, die Planung des Verkehrskonzeptes sind eine hervorragende Ausgangslage für Verbesserungen. Auch eine thematische Erweiterung der Kontakt- und Anlaufstelle ist absolut denkbar, wenn man mit anderen Institutionen zusammenarbeitet. Man soll den Kanton bei seiner Pflicht rufen und mit offenem Blick Veränderungen zugunsten von Menschen mit Behinderungen in der Gemeinde anpacken.

Gemäss Katja Staub ist die SVP-Fraktion aufgrund des vorgelegten Berichts für die Abschreibung des Postulats.

Esther Bieri, SP/JUSO-Fraktion, hat vorhin den Artikel betreffend Behinderten-Politik in der heutigen Ausgabe der Neuen Luzerner Zeitung gelesen. Die Gemeinde Kriens kommt in diesem Artikel nicht gut weg. Vielleicht auch nicht ganz zu Unrecht, wenn man bedenkt, dass Massnahmen ohne kantonale Vorgaben getroffen werden können. Die Gemeinde Horw zeigt deutlich, dass das möglich ist. Die Gemeinde Kriens sollte sich davon eine Scheibe abschneiden. Die Sprechende konnte nicht an der SGK-Sitzung teilnehmen, sie war kurzfristig verhindert. So einstimmig wäre sonst die Abstimmung in der SGK nicht gewesen. Die SP/JUSO-Fraktion möchte das Postulat nicht abschreiben. Die Arbeit ist noch nicht erledigt. Sie weiss, dass der Prozess für die Erarbeitung des Altersleitbildes im Gang ist und das ist gut so, aber er ist noch nicht abgeschlossen. Es ist auch klar, dass die Gemeinden auf das Behindertenleitbild des Kantons warten. Aber auch dort gilt, die Arbeit ist noch nicht erledigt. Und das Postulat bezieht sich auf das Alters- und Behindertenleitbild. Das macht auch Sinn, weil es bei den Leitbildern Synergien gibt und sie müssen zwingend aufeinander abgestimmt werden. Aus diesen Gründen kann die SP/JUSO-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates nicht stattgeben.

Die Grüne/JG-Fraktion ist nach Bruno Bienz mit dem Antrag des Gemeinderates und der SGK, das Postulat abzuschreiben, einverstanden. Nicht nachvollziehen können sie, dass der Kanton das Behindertenleitbild auf die lange Bank schiebt. Anscheinend ist die Wichtigkeit nicht gegeben. Ein Leitbild für die Betreuung von Menschen mit Behinderung zielt darauf ab, deren Bedürfnisse zu erkennen, die Verantwortung für ihr Wohlergehen im Rahmen des Möglichen wahrzunehmen, das Angebot mit guter Koordination so zu steuern, dass es den Betroffenen entspricht, mit geeigneten Massnahmen die Qualität zu sichern und durch gezielten Einsatz der verfügbaren finanziellen Mittel das bestmögliche Ergebnis zu erwirken. Das Leitbild von Kriens stammt aus dem Jahre 1995. Die Grüne/JG-Fraktion geht davon aus, dass dieses nicht mehr zeitgemäss ist. Eine starke Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung auf kommunaler und kantonaler Ebene ist wichtig, um Benachteiligungen zu verhindern, zu verringern oder zu beseitigen. Vom Gemeinderat wird ein starkes Engagement gegenüber

dem Kanton erwartet, damit das Behindertenleitbild in Kriens so rasch als möglich realisiert werden kann. Zudem wird das Vorgehen der SGK unterstützt.

Räto Camenisch weiss, weshalb der Kanton nicht vorwärts macht mit dem Behindertenleitbild. Im Moment ist alles etwas in der Schwebel. Da es eine neue Pflegefinanzierung gibt, möchte man nun zuerst schauen, wie diese greift. Es gibt Anzeichen, dass sie für die Gemeinden eine enorme Belastung ist. Der Unmut ist zu spüren, auch der VLG hat sich eingeschaltet. Nun liegt auch noch eine Initiative vor, die fordert, dass diese Kosten im Verhältnis 50:50 aufgeteilt werden. Dass der Kanton in dieser Situation nicht einem Leitbild vorpreschen will, versteht der Sprechende, das hängt schlussendlich alles zusammen.

Lothar Sidler bezieht sich auf den heutigen Zeitungsartikel über die Gemeinde Kriens. Dazu möchte er sagen, dass der Vorstoss, der heute behandelt wird, mit dem Zeitungsartikel nicht viel gemeinsam hat. Hier geht es um ein Leitbild, um ein Strategiepapier und um konkrete Umsetzungsmassnahmen. Der Gemeinderat beantragt, das Postulat abzuschreiben. Es macht keinen Sinn, das Postulat ewig vor sich hin zu schieben und jedes Jahr dieselbe Begründung vorzutragen, weshalb das Leitbild noch nicht erarbeitet wurde. Damit sagt der Gemeinderat nicht, dass der Prozess für die Erarbeitung des Leitbildes nicht gestartet wird. Lothar Sidler versichert, dass das Leitbild erarbeitet wird, wenn das kantonale Leitbild vorliegt. Die Sitzung vom letzten Freitag mit Behinderten hat gezeigt, dass das Leitbild von 1995 veraltet ist. Auch die Massnahmen von 2004 sind bereits veraltet. Aber wie schon gesagt, bringt es nichts, wenn die Gemeinde Kriens nun ein Leitbild erarbeitet und dann das kantonale Leitbild die ganze Arbeit über den Haufen wirft. In Schulhäusern etc. wird bei Sanierungen oder Neubauten behindertengerecht gebaut. Die Gemeinde Horw wird in diesem Artikel in den Himmel gehoben. Aber auch Horw handelt nicht proaktiv, sondern nur dann, wenn die Behinderten etwas fordern. Das hat der Sprechende den Behinderten an der Sitzung mit auf den Weg gegeben. Wenn sie etwas wollen, dann sollen sie es verlangen. Und wenn die Gemeinde dann nicht reagiert, muss der politische Druck aufgebaut werden.

Gemäss Bruno Bienz hat die SGK das Behindertenleitbild auf der Pendenzenliste. Das geht nicht vergessen. Das kann er versprechen.

Abstimmung über die Abschreibung des Postulat Morf: Alters- und Behindertenleitbild für Kriens (Nr. 225/07):

Das Postulat wird mit 23:8 Stimmen bei 1 Enthaltung abgeschrieben.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	Enthaltung
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	n.t.
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja

Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfelner, Nicole	nein
Piras, Davide	ja
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein
Zosso, René	ja

16. Bericht Postulat Hahn: Negativer Trend der Sozialhilfequote in der Gemeinde Kriens Nr. 052/13

Laut Peter Portmann ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Beat Tanner hat bereits im Votum zu seiner Interpellation Stellung genommen. Somit ist das erledigt.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

5. Beantwortung Interpellation Ercolani: Heizungsanlagen in gemeindeeigenen Gebäuden Nr. 099/14

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Peter Portmann fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Enrico Ercolani wünscht eine Diskussion.

Peter Portmann stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Enrico Ercolani dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung seiner Fragen. Die Ausführungen lassen erahnen, dass man in Kriens Willens ist, Investitionen für eine bessere Umwelt zu tätigen. Dies ist erfreulich und sicher im Sinne vieler Mitbürgerinnen und Mitbürger. Der Sprechende erörtert nun seinen effektiven Grund für die Eingabe dieser Interpellation. Als er das Buch, Europa im Erdölrausch, die Folgen einer gefährlichen Abhängigkeit von Daniele Ganser

las, hat der Sprechende sich mehrmals fürchterlich aufgeregt. Was da bei der Gewinnung von Erdöl und Gas an Mensch und Umwelt verbraucht wird, ist unglaublich: Kriege, kriminelle Machenschaften, Ausbeutung von Menschen, ungerechtfertigte Bereicherung von Wenigen, zu Lasten der Ärmsten und Umweltzerstörung. Sein erster Gedanke dabei war, dass er etwas unternehmen muss. Enrico Ercolani ist sich bewusst, dass er sich den Vorwurf gefallen lassen muss, ein Benzin saufendes Auto zu fahren. Da versucht er sich in Zukunft noch zu verbessern. Trotzdem darf er ein wenig stolz sein, dass er seinen Sohn und die Schwiegertochter überzeugen konnte, auf seine Kosten, eine Luftwärmepumpe einzubauen und die Fassade zusätzlich zu isolieren. Das Werk ist vollbracht und die Heizung ist bereits in Betrieb. Man wird noch viele Jahre von Erdöl und Gas abhängig sein. Vielleicht erreicht man über die Technik einmal das Ziel, die Verbrennungsrückstände komplett zu entgiften. Das wäre für den Sprechenden ein Traum. Leider werden dadurch Kriege, kriminelle Machenschaften usw. zu Lasten der Ärmsten nicht eliminiert. Deshalb müsste die Gemeinde Vorbildfunktion übernehmen und nur noch aus Ländern Energie beziehen, die in diesen Beziehungen sauber sind. Dass dies vermutlich ein wenig teurer würde, ist klar. Dabei ist zu bedenken, dass Qualität, Ethik und Moral immer etwas mehr kostet und auch kosten darf. Allerdings wäre es noch intelligenter, wenn in allen Gebäuden umweltschonende Systeme eingebaut würden, die den heutigen Problematiken Rechnung tragen.

Gemäss René Zosso gratuliert die CVP/JCVP/GLP-Fraktion der FDP zu diesem Vorstoss, der ganz auf ihrer Linie ist. Die Antwort des Gemeinderates zeigt ein erfreuliches Bild und lässt vermuten, dass ein Umdenken stattgefunden hat. Heute werden im Kanton Luzern noch ca. 70 % des Wärmebedarfs mit nicht erneuerbaren Energieträgern erzeugt, davon 16 % Holz und 10 % Wärmepumpe. In Kriens machen Öl und Gasheizungen sogar 90 % aus und Holz nur gerade 5 %. Und trotzdem wird man in absehbarer Zeit nur noch erneuerbare Energien zur Verfügung haben. Grosse Umwälzungen im Energiemanagement sind bekanntlich unumgänglich. Die Förderangebote von Bund, Kanton und Gemeinden erweisen sich als attraktiv für die Bauenden und sollen beibehalten werden. Eine Erweiterung des Angebots von Fördermassnahmen erscheint zurzeit aber nicht erforderlich. Investitionen in erneuerbare Energien beginnen sich mit sinkenden Investitionskosten in absehbarer Zeit zu amortisieren, so dass ein ökologisch kluges Verhalten langsam aber sicher auch ein ökonomisch sinnvolles Verhalten wird. Damit wird dem Umsteigen die Tür weit geöffnet. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung und für sein Engagement in dieser Sache.

Bei Martin Heiz von der SVP-Fraktion, schlagen zweierlei Herzen. Auf der einen Seite macht die Ölindustrie 15 % des Jahresumsatzes seiner Firma aus. Auf der anderen Seite hat der Sprechende zu Hause eine Gasheizung und ist damit sehr zufrieden. Sie braucht nicht viel und ist mehr oder weniger wartungsfrei. Die Gemeinde Kriens ist sensibilisiert, dass man in eine andere Richtung geht. Das zeigt die Beantwortung auf. Die SVP-Fraktion dankt dafür.

Die SP/JUSO-Fraktion ist laut Mario Urfer erfreut, dass sich der Interpellant einem Umweltanliegen annimmt. Dass die Menschheit den Schritt von den fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energie machen muss, ist unumstritten. Die Beantwortung der Interpellation ist übersichtlich, aber er zeigt nicht die weiteren Massnahmen zum Energie sparen auf. Der Interpellant möchte für Hauseigentümer Anreize für Heizsysteme mit erneuerbaren Energie. Mit einer neuen Heizanlage ist es aber alleine nicht getan. Bis zu 80 % des Heizenergiebedarfs lassen sich durch eine richtige Wärmedämmung einsparen. Vielen Steildächern fehlen Dämmung und Unterdach. Hier gilt der Ansatz dies bei Renovierungen zu beachten und zu unterstützen. Ein Beispiel dazu ist das Gebäude Kleinfeld der Heime Kriens. Dort gehen über das Kalt-Dach vermutlich über 20 % Heizenergie verloren. Da ab 2014 die CO₂- Abgabe gestiegen ist, wird dies sich natürlich noch mehr auf die Kosten auswirken. Hier kann die Gemeinde mit Gebäu-

deinvestitionen sparen. Das sind Massnahmen, die von der SP/JUSO-Fraktion unterstützt werden.

Erich Tschümperlin bedankt sich im Namen der Grünen/JG-Fraktion für den Vorstoss. Es ist eine ausgezeichnete Interpellation und ein wichtiges Thema. Auch sie sind der Ansicht, dass man von Öl und Gas wegkommen muss. Die Gemeinde muss und soll Vorbild sein. Betreffend den Kosten beruhigt der Sprechende die Anwesenden. Erich Tschümperlin heizt mit Pellets und Sonnenkollektoren, was deutlich günstiger ist. Mit dem neuen Bau- und Zonenreglement wurden erhöhte Anforderungen an Dämmungen gestellt. Das wird man in ein paar Jahren revidieren müssen, wenn die Technik einen weiteren Fortschritt macht. Es ist wichtig, dass dies im Einwohnerrat immer wieder erörtert und thematisiert wird.

Matthias Senn findet es schön, dass alle gleicher Meinung sind. Bei den Neubauten hat die Gemeinde in den letzten Jahren einiges gemacht. Es wurden frühzeitig Energiekonzepte erarbeitet. Dadurch wurden Projekte mit erneuerbaren Energien erstellt. Auch in den Entwicklungsgebieten ist man auf gutem Weg, da der erhöhte Gebäudestandard definiert wurde. Eine neue Energiegewinnung kann aus dem Seewasser erfolgen, wofür bereits ein Konzessionsvertrag vorliegt. Damit können grosse Areale von LuzernSüd versorgt werden. Es gibt natürlich aber auch immer Zielkonflikte.

7. Bericht Postulat Urfer: Ausarbeitung eines Sitzbankkonzepts im Siedlungsgebiet

Nr. 077/13

Laut Peter Portmann ist das Postulat im Kompetenzbereich des Einwohnerrates, weshalb es eine Abstimmung gibt.

Mario Urfer dankt dem Gemeinderat für den Bericht. Für ihn ist das Fazit des Gemeinderates, dass die Unterzeichnenden offene Türen einrennen, nicht stimmig. Zu der Frage in der „Interpellation Planungskonzept für Sitzbänke“ Nr. 47/2013, ob Konzepte, Kriterienkataloge und Anhaltspunkte zum Thema Sitzplätze im öffentlichen Raum existieren, antwortete das Baudepartement so: *„Sitzgelegenheiten werden für das jeweilige Areal oder den jeweiligen Fussweg geplant. Es gibt weder eine Strategie, noch ein Konzept über das ganze Gemeindegebiet, noch weitere Anhaltspunkte zum Thema Sitzplätze im öffentlichen Raum“*. Diese Antwort veranlasste den Sprechenden dazu dieses Postulat zu verfassen. Das Postulat hatte er sechs Monate später eingereicht und nun heisst es über ein Jahr später vom Umwelt- und Sicherheitsdepartement zum gleichen Thema, es habe sich schon vor dem Einreichen des Postulats mit der Thematik befasst. Der Sprechende hat mit seiner Interpellation eine angelehnte Tür aufgestossen und die Zuständigkeit wechselte vom Baudepartement ins Umwelt- und Sicherheitsdepartement. Dies zeigt aber auch auf, dass die Schnittstelle Raumplanung, Freizeiträume und Gestaltungsplanung im Baudepartement und Verkehr im Umwelt- und Sicherheitsdepartement nicht unproblematisch ist und mit der Departementsreform diskutiert werden sollte. Das Hauptanliegen von Mario Urfer ist die Sensibilisierung des Rates für eine Planung der Sitzbänke. Mit seinen zwei Vorstössen und Voten hat er hoffentlich genügend begründet, wieso er ein Sitzbankkonzept wichtig findet. Gerne nimmt der Sprechende zur Kenntnis, dass der Gemeinderat sogar über das Siedlungsgebiet hinaus die Kriterien aufnehmen und Grundlagen schaffen will. Dies soll durch die Verkehrskommission behandelt werden. Ebenso, dass das Fuss- und Wanderwegnetz überprüft und Grundlagen geschaffen werden, Sitzplätze im geographischen Informationssystem der Gemeinde zu erfassen. Der Gemeinderat spricht von einer „verkehrlichen Überprüfung“ im Rahmen des Gesamtverkehrskonzepts. Das ist aber nicht sein alleiniges Anliegen. Verkehr, Freizeiträume und Gestaltungspläne müssen hier zu-

sammenspielen. Ausserhalb des Siedlungsgebiets hat der Sitzplatz eine andere Funktion als im Städtischen Siedlungsgebiet. Die Verkehrskommission wird sich wohl kaum mit Abständen von Sitzflächen vor öffentlichen Gebäuden befassen. In der nicht genehmigten politischen Gesamtplanung, Aufgaben- und Finanzplan, stand als Zielsetzung: „*Steigert die Wohnqualität mit Erhalt der Freiräume und werden im Sinne von Begegnungsorte aufgewertet.*“ Das Sitzplatzkonzept muss ein Puzzle zu den Massnahmen der Zielsetzung sein. Die Wichtigkeit der sozialen Interaktion zur Integration in der Gesellschaft wird leider immer noch unterschätzt. Man soll sich fragen, wie Strassenzüge und Quartiere mit Sitzbänken belebt werden können und ob Verkaufsgeschäfte oder ein Zentrumsplatz mit Sitzgelegenheiten attraktiver werden. Der Gemeinderat will die Erwartungen vom Sprechenden betreff privater Mitfinanzierung dämpfen. Jede Seilbahngondel von Kriens nach Fräkmüntegg hat sein Götti mit Namen- oder Firmen-Schild. Seine Erwartung liegt nicht im Ergebnis, sondern dass der Gemeinderat prüft, ob eine Mitfinanzierung durch Private, Firmen, Geschäfte oder z.B. dem Krienser Gewerbeverband möglich ist. Kann Kriens bei einem leeren Portemonnaie auf etwas Münz verzichten? Mit dem Bericht des Postulats ist Mario Urfer nur zum Teil zufrieden. Trotzdem, auch wenn der Gemeinderat übergeordnet denkt, spürt er Goodwill für das Postulat. Dies erkennt man daran, dass sich die Bautätigkeiten über mehrere Jahre hinziehen, Grundlagen im Gesamtverkehrskonzept geschaffen werden und der Gemeinderat im Freiraum- und Gestaltungsplan Einfluss nehmen kann. Aus diesen Gründen folgt der Sprechende dem Antrag des Gemeinderates das Postulat abzuschreiben.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist laut Pascal Meyer grundsätzlich für Fortschritte. Der Fortschritt darf hier aber gerne eine kleine Pause machen. Deshalb unterstützt sie das Vorgehen des Gemeinderates.

Gemäss Martin Heiz ist die SVP-Fraktion für Abschreiben.

Rita Berger, ist der Meinung, dass für die FDP-Fraktion die notwendigen Grundlagen mit der Überprüfung vom Fuss- und Wanderwegnetz geschaffen wurden. Die Kriterien werden im Bericht mit dem Ziel erwähnt die beiden Netze neu zu überprüfen. Nach Abschluss können diverse Faktoren abgelesen werden. Die FDP-Fraktion wird das Postulat einstimmig als erledigt abschreiben.

Cyrrill Wiget führt aus, dass der Zielkonflikt nicht inhaltlicher Art ist. Man war sich immer einig um was es geht und es sinnvoll ist. Der Gemeinderat sah einen Unterschied darin, dass im Rahmen des Verkehrskonzepts die Wunschlinie geprüft wird, da fast jede Sitzbank an einem Fussgänger- oder Veloweg steht. Selbstverständlich gibt es raumplanerisch auch Möglichkeiten. Bei den Bebauungsplänen kann der Einwohnerrat eingreifen. Nach der Erarbeitung des Gesamtverkehrskonzepts wollte der Gemeinderat einen Bericht für den Einwohnerrat bezüglich der Sitzbänke erstellen. Die Geschäftsleitung war aber der Meinung, dass dies nichts mit Verkehr zu tun hat und deshalb in einem separaten Bericht abgehandelt werden muss. Es wird jedoch bei der weiteren Planung schon berücksichtigt.

Abstimmung über die Abschreibung des Postulats Urfer: Ausarbeitung eines Sitzbankkonzepts im Siedlungsgebiet (Nr. 077/13):

Das Postulat wird mit einstimmig mit 34 Stimmen abgeschrieben.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	ja

Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	ja
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	n.t.
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

8. Bericht Postulat Takacs: Einbezug von Interessengruppen bei grösseren Investitionen Nr. 100/14

Laut Peter Portmann ist das Postulat im Kompetenzbereich des Gemeinderates, weshalb es keine Abstimmung gibt.

Fabian Takacs bedankt sich beim Gemeinderat für die sorgfältige und detaillierte Berichterstattung. Die vom Gemeinderat vorgelegte Gliederung in grosse, mittelgrosse und kleine Planungs- und Bauvorhaben und die damit verbundenen, verschiedenen Formen partizipativer Prozesse erscheinen sinnvoll und durchaus akzeptierbar. Gerne korrigiert der Sprechende den Gemeinderat im Punkt, dass das hier vorliegende Postulat den Einbezug der Interessensgruppen bei jeder Investition fordert. Das ist so im Postulat nicht gefordert worden, sondern lediglich bei grösseren Investitionen. Da der Gemeinderat das in den meisten Fällen macht, wie er es auch im Bericht dargelegt hat, ist die Grüne/JG-Fraktion zufrieden und bedankt sich für die Antwort.

Verena Wicki Roth, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, ist der Meinung, dass wenn Veränderungen, Entwicklungen oder Probleme im Quartier und in der Gemeinde anstehen, macht es für die Verwaltung und Politik Sinn einen partizipativen Prozess einzuleiten. Grössere Investitionsvorhaben können sehr viele Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinde unmittelbar betref-

fen. Wenn gemeinsam erarbeitete Sichtweisen und Lösungen von den Meisten getragen werden können, dann ist die Umsetzbarkeit in hohem Masse gegeben. Zudem fühlen sich die Betroffenen als Beteiligte und damit ernst genommen. Beziehungen untereinander und Verbundenheit mit dem Quartier und der Gemeinde stärken die Identität und das Vertrauen in die Verwaltung und Politik. Der Postulant zielt mit seinem Vorstoss in diese Richtung. Das ist ein Anliegen welches auch die CVP bereits in Vorstössen in anderer Form angesprochen hat. Der Gemeinderat zeigt in seinem Bericht auf, dass er in vielen Projekten Arbeits- und Steuergruppen eingerichtet hat. Der Einbezug von Interessengruppen ist Praxis. Er zeigt auch auf, dass er die Einsetzung von gemeinderätlichen Kommissionen in wichtigen Projekten tätigt und auf den Sinn achtet. Diese Praxis ist altbewährt und urdemokratisch. Aufwand und Nutzen sollen dabei im Lot bleiben. Dabei gibt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion auch zu bedenken, dass auch der Mehrwert mitbedacht werden muss, der sich durch die verbesserte Kommunikation und den Einbezug von Betroffenen ergeben kann. Gerade auch in Zeiten, wo sich die Gesellschaft sehr rasch verändert und viele Menschen den Bezug zu Verwaltung und Gemeinde zunehmend verlieren, darf dieser Effekt nicht unterschätzt werden.

Die SVP-Fraktion dankt gemäss Martin Heiz für die Auflistung. Es zeigt nun doch auf, wo überall der partizipative Prozess stattfindet. Ob man dabei jedoch immer zum Ziel kommt, ist fraglich, wie das Projekt Eichhof West gezeigt hat. Die SVP-Fraktion ist mit dem Resümee des Gemeinderates einverstanden, dass gemeinderätliche Kommissionen eingesetzt werden, wo es auch notwendig ist.

Damit es effizienter wird, ergreift die FDP-Fraktion laut Thomas Lammer nur einmal das Wort zum Bericht Postulat Takacs sowie zur Beantwortung der Interpellation Fässler. Sie ist grundsätzlich mit den Antworten des Gemeinderates einverstanden und begrüsst den aufgezeichneten Weg und die fallweise Beurteilung der einzelnen Projekte. Dies wurde bereits in früheren Diskussionen so geäussert. Grundsätzlich ist die Gemeinde so organisiert, dass der Gemeinderat und der Einwohnerrat sowie die Stimmbürger Entscheide treffen. Dieses Parlament besteht aus verschiedenen Interessengruppen. Die FDP-Fraktion ist deshalb der Meinung, dass es grundsätzlich die Aufgabe des Parlamentes und der Kommissionen ist, Projekte im Rahmen von B+A's zu beurteilen. Wenn bei jedem Projekt zusätzliche Interessengruppen abwechselnd einbezogen werden, so stellt sich die Frage, welche Rolle die Parlamentarier und Parlamentarierinnen haben. Ihres Erachtens findet dadurch eine Abwertung des Parlaments statt. Und das will die FDP-Fraktion nicht. Der Gemeinderat zeigt sehr wohl Sensibilität, wenn eine solche Gruppe oder Kommission wirklich nötig ist.

Nachdem der Gegenstand des Postulats im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegt, gilt es mit diesem Bericht als erledigt.

9. Beantwortung Interpellation Fässler: "Runder Tisch" bei grossen Bauprojekten **Nr. 123/14**

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Peter Portmann fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Peter Fässler wünscht eine Diskussion.

Peter Portmann stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Peter Fässler spricht zu den beiden Vorstössen Takacs und Fässler, bei denen es um den Einbezug von Bevölkerung, Politik und Direktbetroffenen bei grösseren Investitionen und Bauprojekten geht. Der Gemeinderat zeigt in seinen umfangreichen Antworten auf, wie er dieses Instrument des Einbezugs bereits handhabt. Institutionelle Begleitungen von Investitionen und grossen Bauprojekten gibt es schon lange. Dies ist ein probates Mittel der Mitsprache und Koordination von Meinungen zu den betreffenden Vorhaben. Diese Begleitungen sind zum Teil fest installiert oder werden zum Teil als Projektablauf miteingeplant. In den meisten Fällen genügen diese Instrumente auch. Nun gibt es aber Vorhaben, die nicht nach Plan verlaufen. Bei gewissen Vorhaben stehen niederschwellige Opposition z.B. aus der Bevölkerung entgegen, weil deren politische Akzeptanz während einer Projektphase plötzlich kippt. Oder es gibt Projekte, die durch Medienberichte in ein schiefes Licht geraten. Da muss doch der Sache nachgegangen werden. Vielleicht braucht es eine neue Standortbestimmung und es müssen unter Umständen weitere Personengruppen einbezogen werden, um ein Desaster zu vermeiden. Das kann rein Informativ geschehen. In einem gewissen Sinne auch sehr spontan respektive kurzfristig. Peter Fässler ist nicht der Meinung, dass dem Gemeinderat die Führung damit aus den Händen genommen wird. Auch macht es nur in Ausnahmesituationen Sinn, die Mitwirkung zu einem sehr späten Zeitpunkt zu beanspruchen. Denn dann leidet wirklich die Verlässlichkeit der Gemeinde. Und das kann man sich, wie der Gemeinderat richtig schreibt, nicht allzu oft leisten. Was der Sprechende erwartet ist ein Gespür bzw. eine weise Voraussicht für eintretende oder schon vorhandene Unstimmigkeiten. Der Sprechende ist sich bewusst, dass dies eine anspruchsvolle Aufgabe ist. Aber auch eine wichtige Führungskompetenz eines Gemeinderates oder einer Gemeinderätin. Doch genau wegen dieser Kompetenz wurden die Gemeinderatsmitglieder schliesslich auch gewählt.

Matthias Senn spricht auch zu beiden Vorstössen. Wie Peter Fässler richtig gesagt hat, braucht es ein Gespür. Der Gemeinderat versucht den richtigen Zeitpunkt für einen solchen Einsatz zu finden. Manchmal kann eine solche Arbeitsgruppe auch zu spät eingesetzt werden oder geht von anderen Voraussetzungen aus. Ein Beispiel dafür ist, dass die Arbeitsgruppe für die Zentrumsplanung sehr konstruktiv ist, aber es auch falsche Erwartungen über bereits stattgefundene Prozesse gibt. Die Kulturstättenplanungskommission legte im 2006 alle Randbedingungen fest, welche zu den Projektwettbewerben geführt haben. Es wurde festgelegt, dass ein Saal für 500 Personen realisiert werden soll. Aufgrund der Sparrunden wurde die Anzahl auf 300 reduziert. Aber da war die zuständige Arbeitsgruppe ganz schockiert, dass der Saal nicht grösser wird. Da es noch andere Fragen zu klären gibt, ist die Arbeitsgruppe schon richtig eingesetzt.

10. Beantwortung Interpellation Graf: Beitrag SRF über Schweizer Dschihadisten vom 14.05.2014 in der Rundschau Nr. 122/14

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Peter Portmann fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Alfons Graf wünscht eine Diskussion.

Peter Portmann stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Alfons Graf dankt dem Gemeinderat für die Antworten dieser Interpellation. Dass die Gemeinde den Namen dieser Person nicht preisgeben kann, ist für ihn nachvollziehbar. Seiner Meinung nach hat die Gemeinde keinen Überblick über die Islamische Szene in Kriens. Der Verweis auf die Moscheen ist doch ein Witz. Daneben gibt es sicher noch einiges mehr, von dem die Gemeinde nichts weiss oder nichts wissen will. Der Sprechende will aber nicht die Muslime in der Gemeinde an den Pranger stellen, welche anständig ihrem Glauben nachgehen. Zur Frage wann diese Person eingebürgert wurde, nimmt Alfons Graf die BRK in Schutz. Die Kommission sieht die Leute nur von aussen und da kann man noch schnell schöne Augen machen. Die Politik hat landesweit betreffend Asylpolitik, Aufenthaltsbewilligungen und Einbürgerungsverfahren total versagt und das hat man den Mitte Links Parteien zu verdanken. Zur Frage, ob der Dschihadist Sozialhilfe bezog, möchte der Sprechende folgendes sagen. Zuerst in der Schweiz Sozialhilfe beziehen und dann schön auf Dschihad machen. Alfons Graf nimmt an, dass mit dem Sozialgeld auch entsprechende Institutionen unterstützt wurden. Oder es pointierter auszudrücken zahlt die Gemeinde Kriens einem Dschihadisten auch noch Sozialhilfe und hat keinen blassen Schimmer über die islamische Szene in Kriens. Im Weiteren ist zu sagen, dass sich seit seiner Interpellation die Situation ganz massiv verschärft hat. Neulich wurde sogar ein Werbefilm auf dem Krienser Gemeindegebiet gedreht. Es gibt in der Schweiz ca. 50 sogenannte Gotteskrieger, die in den heiligen Krieg nach Syrien und in den Irak ziehen. Diese kommen irgendwann wieder einmal zurück und es ist eine Frage der Zeit, wo diese in in der Schweiz Anschläge verüben. Wer weiss wie viele der 4'500 registrierten Moslem zu der Terror Gruppe der Al Kaida, Taliban und zur IS gehören. Dazu kommen noch Tausende nicht registrierte Islamisten, die hier im Untergrund leben und auf ihren Einsatz warten. Die Welt ist aus den Fugen geraten. Wer das nicht wahrhaben will, hat Sand in den Augen.

Gemäss Roland Schwizer, Präsident der BRK, sind der Strafregisterauszug, der Betreibungsregisterauszug, der Steuerregisterauszug und ein Leumundsbericht von drei Referenzen sowie ein persönliches Gespräch mit der Antrag stellenden Person mit politischen, geografischen und alltagsrelevante Fragen die Instrumente, die der Bürgerrechtskommission zur Verfügung stehen, wenn sie einen Einbürgerungsantrag bewerten muss. Wenn polizeilich nichts registriert ist, kann über die politische Gesinnung nichts gesagt werden. Es liegt an der Kommission mit gezielten Fragen mögliche Ungereimtheiten herauszufinden, was sehr schwierig zu bewerkstelligen ist, da üblicherweise ein Gespräch stattfindet und kein Verhör. Wenn jemand etwas verheimlichen will und dies etwas geschickt anstellt, so ist dies auch möglich. So auch geschehen mit diesem Dschihadisten, der das Krienser, das Luzerner und das Schweizer Bürgerrecht erhalten hat. Denn nach der Prüfung durch die Wohnsitzgemeinde geht das Dossier an den Kanton und an den Bund. Diese haben Zugriff auf weitere Register. Und auch hier konnte dem Antragsteller nichts nachgewiesen werden. Es ist unschön, dass solche Fälle passieren, doch sie können passieren. Rechtlich kann das Schweizer Bürgerrecht nicht aberkannt werden, wenn nicht schwerwiegender Betrug vorliegt. Den Schaden tragen die folgenden Antragsstellenden, die noch vertiefter und zum Teil mit einem gewissen Misstrauen geprüft werden. Die damalige BRK hat die vorliegenden Dokumente geprüft und bewertet. Das persönliche Gespräch hatte auch keine negativen Resultate ergeben. Die Kommission muss sich in diesem Zusammenhang keine Vorwürfe machen. Auch am bestehenden Prozess muss nichts geändert werden, da 99.9 % der Einbürgerungsanträge richtig ablaufen. Eine spätere Radikalisierung nach der Einbürgerung ist von der BRK nicht überprüfbar.

Rita Berger, FDP-Fraktion, äussert sich ebenfalls allgemein über das Einbürgerungsverfahren. Von Gesetzes wegen vorgeschrieben, herrscht in der Schweiz Glaubensfreiheit. Dies gilt auch für einbürgerungswillige Antragsteller. Es ist schwierig zu überprüfen oder Informationen zu

erhalten, ob eine Person z.B. den Dschihadisten angehört. Kein Gesuchsteller wird dies einfach so auf den Tisch legen. Im Moment gibt es leider kaum Möglichkeiten dieses Risiko auszuschalten. Im Alltag muss immer wieder festgestellt werden, dass selbst eingebürgerte, zum Teil angeblich auch im Heimatland verfolgte Personen, welchen die IV gestrichen wird, spontan in ihr Heimatland zurückreisen. Dieser ganzen Problematik ist sich die FDP-Fraktion bewusst. Sie ist bestrebt eine fairere und besser kontrollierbare Lösung in Bezug auf die Einbürgerungskriterien zu finden.

Die SP/JUSO-Fraktion ist laut Brahim Aakti klar der Meinung, dass die vorliegende Interpellation nicht die nötige Substanz aufweist, um als parlamentarischer Vorstoss behandelt zu werden. Es ist ein schlechter politischer Stil, wenn einzelne Aussagen aus den Medien dafür missbraucht werden, um auf die eigene Partei aufmerksam zu machen. Solche Vorstösse sind nicht fair gegenüber allen Beteiligten, im Speziellen nicht fair gegenüber den Angehörigen. Vor allem dann nicht, wenn es um falsche Anschuldigungen geht. Die SP/JUSO-Fraktion möchte darauf hinweisen, dass die Schwiegereltern des vermeintlichen Dschihadisten und nicht der Dschihadist selber eingebürgert wurden. Soweit man weiss, sind die Schwiegereltern rechtschaffende Bürger, die eine ehrliche Arbeit ausführen und pünktlich Ihre Steuern zahlen. Ihres Wissens unterhalten sie keine Kontakte zu Hasspredigern. Es ist falsch, wenn behauptet wird, der BRK stünden bei der Beurteilung eines Einbürgerungsgesuchs nicht genügend Informationen zur Verfügung. Die Einbürgerung findet immer auf drei Stufen statt. Wenn eine Einbürgerung von der Gemeinde gutgeheissen wird, geht sie zur nächsten Instanz, zum Kanton. Der Kanton hat andere Instrumente als die Gemeinde und kann viele Hintergrund-Checks machen. Wenn die Einbürgerung vom Kanton gutgeheissen wird, geht sie weiter zum Bund. Der Bund hat nochmals andere Instrumente zur Verfügung. Sollte Bund und Kanton Unstimmigkeiten feststellen, so schicken sie das Dossier zurück zur Gemeinde. In der heutigen angespannten Situation rund um den islamistischen Terror ist es die Pflicht des Parlaments, gute und fundierte Informationspolitik zu betreiben. Das ist in den Augen der SP/JUSO-Fraktion eine ehrliche Informationspolitik welche zum Ziel hat, das Verständnis und den gegenseitigen Respekt und Wertschätzung zu fördern. Angstpropaganda ist keine gute Informationspolitik. Wenn man die Bevölkerung auf Grund schlechter Recherchen aufzeigen möchte, dass Dschihadisten von den Steuergeldern finanziert werden, ist das auch keine gute Informationspolitik. Es ist auch keine gute Informationspolitik, wenn man die islamische Szene in Kriens mit Dschihadisten in Verbindung bringen möchte. Das ist Angstpropaganda. Der Sprechende selber als gläubiger Moslem findet es nicht schön, wenn man von einer islamistischen Szene spricht als wäre es eine Kiffer-Szene oder sonst etwas Verbotenes. Eine grosse Mehrheit der Moslems lebt friedlich.

Laut Enrico Ercolani gibt es in der Schweiz ein grosses Problem. Das sind nicht die Tausenden von Personen die korrekt hier leben, sondern die Anderen vor denen die SVP Angst hat. Der Datenschutz läuft irgendwie komplett verkehrt. Dies betrifft nicht nur die Einbürgerung, wo man aus Datenschutz gewisse Informationen nicht einholen kann, sondern auch in vielen anderen Bereichen. In der Gesetzgebung muss es endlich eine Änderung geben.

Alfons Graf respektiert diejenigen, die diesen Glauben haben und korrekt sind. Es gibt jedoch auch solche, die kriminell sind. In den Zeitungen liest man sehr viel darüber, dass da und dort Personen von dieser Glaubensgemeinschaft umgebracht werden. Es ist völlig legitim, dass er eine solche Interpellation einreicht. Die Wähler der SVP wollen dies wissen.

Paul Winiker führt aus, dass bei der Sozialhilfe die Rechtsstaatlichkeit gilt. Wenn die Anforderungen erfüllt sind, erhält man Sozialhilfe bzw. das Bürgerrecht. Es wurde noch die Frage gestellt, ob die Gemeinde einen Überblick über extreme Szenen hat. Der Gemeinderat ist der Meinung und hat das Vertrauen, dass für die Sicherheitsaspekte die Kantonspolizei zuständig ist und der Bundesnachrichtendienst von dieser beigezogen wird. Es kann nicht sein, dass die

Gemeinde noch einen Mininachrichtendienst aufbaut. Jede Stufe des Rechtsstaates hat ihre Aufgabe und diese muss sie erledigen. Da muss man auch das Vertrauen haben, dass diese jeweilige Stufe das erledigt.

11. Beantwortung Interpellation Koch: Sperrung Hergiswaldstrasse nach Unwetterschäden **Nr. 132/14**

Die schriftliche Antwort wurde via Extranet zugestellt.

Peter Portmann fragt den Interpellanten, ob er mit der Antwort zufrieden ist oder die Diskussion wünscht.

Patrick Koch wünscht eine Diskussion.

Peter Portmann stellt fest, dass dem nicht opponiert wird.

Gemäss Patrick Koch blieb die Hergiswaldstrasse, die von Kriens Obernau ins Eigenthal führt, ab dem 14. Juli bis und mit 16. Oktober 2014 für sage und schreibe 3 Monate infolge Unwetterschäden gesperrt. Diese Unterbrechung der Hergiswaldstrasse traf die betroffenen Gaststätten besonders hart. So beklagte sich z.B. der Wirt des Restaurants Hergiswald über schmerzliche Einbussen. Auch Pendler, Gewerbler und Kirchengänger mussten einen langen Umweg über Malters in Kauf nehmen. Die inexistente Krienser Wirtschaftsförderung lässt wieder mal grüssen. Alles unnötig und ökologisch unsinnig, wenn er bedenkt, dass eine Krienser Alternativroute für die Hergiswaldstrasse besteht. Die steile, enge, aber sehr gut ausgebaute Schürhofstrasse führt von Blattig zum Holderchäppeli. Am 18./19. August 2008 musste die Hergiswaldstrasse wegen Bauarbeiten gesperrt werden. Damals wurde für den Privatverkehr eine Umleitung via Blattigstrasse / Schürhofstrasse signalisiert und funktionierte einwandfrei. Die Aussage von Gemeindeammann Matthias Senn in der NLZ hat den Sprechenden sehr erstaunt, wonach die Schürhofstrasse als temporäre Ausweichroute ungeeignet sei. Wenn er sagt, dass im letzten Jahr ein Car abgeschleppt werden musste, ist dies wohl lustig, aber unsachlich argumentiert. Wenn ein Teilfahrverbot für Lastwagen und Cars besteht, haben diese den besagten Strassenzug nicht zu befahren. Es ist auch eine Strategie lösungsorientierte Ideen ins Lächerliche zu ziehen und so abzuwürgen. Der Verkehr hätte z.B. auch vorübergehend mit einer Lichtsignalanlage im Wechselverkehr geführt werden können. Bei einer Velotour auf der Schürhofstrasse hat der Sprechende auch nichts von Räumungsarbeiten auf besagter Strasse bemerkt. Fakt ist, dass die Schürhofstrasse bis Juni 2013 von Personenwagen uneingeschränkt befahren werden konnte. Geradezu paradox ist es, wenn die Strassengenossenschaft ein Subventionsgesuch für den Ausbau der Schürhofstrasse einreicht, die Gemeinde dieses grosszügig unterstützt und anschliessend ein Fahrverbot für sämtliche Fahrzeuge erlässt. Sogar Mofalenker dürfen diese Strasse nicht mehr befahren. In Art. 12 Fahrverbote der Vollzugsverordnung zum Strassenreglement der Gemeinde Kriens steht geschrieben, dass sich der Subventionssatz für ein allgemeines Fahrverbot auf 5 % reduziert bei üblichen 40 % für den betrieblichen Unterhalt. Hat der Gemeinderat allenfalls sogar eine neue Sparquelle entdeckt? Vielleicht liegt der Grund für das Fahrverbot auch darin, dass die Gemeinde unbedingt sämtliche Motorfahrzeuge auf die für 4 Mio. Franken neu erbaute Hergiswaldbrücke zwingen will. Die Autofahrer dürfen sich dabei schon bald über die geplante Tempo 30-Zone auf der Hergiswaldstrasse freuen. Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung, dass der Anstoss für das Fahrverbot von der Gemeinde kam. Gerne würde Patrick Koch den Grund dafür wissen. Es ist schade, dass eine temporäre Umleitung über die

Schürhofstrasse nicht seriös abgeklärt und aus fadenscheinigen Gründen einfach verworfen wird. Notsituationen verlangen rasches Handeln. Leider ist die Antwort zur Interpellation unvollständig ausgefallen. Er wäre dankbar, wenn er noch eine Antwort zur nicht beantworteten Frage Nr. 6 erhalten würde. Nochmals möchte der Sprechende darauf hinweisen, dass er nicht eine generelle Öffnung der Schürhofstrasse für den Privatverkehr fordert. Es soll jedoch möglich sein, diese von der Gemeinde subventionierte Strasse in Notsituationen für den Privatverkehr temporär zu öffnen.

Die SP/JUSO-Fraktion dankt laut Yasikaran Manoharan dem Interpellanten für die Fragen und dem Gemeinderat für die Beantwortung. Sie findet die Fragestellung grundsätzlich gut. Durch die Beantwortung des Gemeinderates hat man nun Klarheit betreffend der Schürhofstrasse. Aus Sicherheitsgründen ist es aber sicher die richtige Entscheidung die Schürhofstrasse nicht als Umleitung für den Verkehr zu verwenden. Die Gründe dazu sind in der Beantwortung genannt. Die Öffnung der Strasse für Personenwagen, Cars oder Lieferwagen wäre also unverantwortlich.

Martin Heiz hat in der Zeitung gelesen, dass man ein Notfallszenario hat, wenn die Strasse im Winter gesperrt ist. Könnte der Gemeinderat noch darüber informieren, wie das Notfallszenario aussieht?

Matthias Senn erklärt, dass ein Notfallszenario vorliegt, weil der Wald vom Hang weggenommen werden musste. Nun liegt eine glatte Felsoberfläche vor, welche für Kriens zu einem Lawinenproblem führen kann. Dies stellte man bereits während den Massnahmen fest. Nun muss noch eine Verbauung gegen Lawinen erstellt werden, wofür es eine Baubewilligung braucht. Deshalb dauert alles etwas länger und kann erst während diesem Winter erstellt werden. Der Werkdienst überprüft dies bei grösseren Schneemengen und hat Kontakt mit Lawinenschutzexperten. Im Notfall würde die Strasse gesperrt werden. Es ist nicht das Ziel, dass die Strasse lange gesperrt werden muss. Ob eine Lawine ausgelöst wird, wird dann vor Ort entschieden. Bei einem Neuschneefall von 15 cm könnte es kritisch werden. Der Sprechende korrigiert die Aussage von Patrick Koch. Es ging nicht um einen Ausbau der Schürhofstrasse, welche die Gemeinde mitsubventioniert hat, sondern eine dringend notwendige Sanierung. Der Belag war total durchlöchert. Der Interpellant hat temporäre und dauerhafte Sperrungen vermischt. Es ist absolut richtig, dass ein Fahrverbot gemacht wurde. Dies war im Einverständnis mit den Anwohnern der Schürhofstrasse. Der Gemeinderat denkt, dass der richtige Entscheid getroffen wurde die Schürhofstrasse nicht als Umfahrungsstrasse zu öffnen, weil sie selbst gefährdet war. Danach hat sich die Frage nicht mehr gestellt.

Patrick Koch's Frage 6 ist immer noch nicht beantwortet. Es ging nur um ein temporäres Fahrverbot. Es ist dem Sprechenden bewusst, dass die Anwohner keine Freude darüber haben. Aber die Anwohner von Malters haben auch keine Freude, wenn sie massiv mehr Verkehr haben. Er will vom Gemeinderat wissen, falls das Notfallszenario eintritt, ob der Gemeinderat die Umfahrung via Schürhofstrasse ernsthaft prüft.

Gemäss Matthias Senn beschliesst man vernünftige Massnahmen. Nach Rücksprache mit diversen Personen ist die Massnahme auch angemessen. Zur Frage 6 hält er fest, dass es ein privatrechtliches Fahrverbot ist. Öffentlich rechtlich kann dies nicht geändert werden. Da müsste man die Anwohner dazu bewegen beim Bezirksgericht die Aufhebung des Fahrverbots zu beantragen. Wenn die Meinung der Anwohner ändern würde, würde die Gemeinde dies auch sorgfältig prüfen.

12. Postulat Piras: Krienser Kinder und Jugendliche entscheiden mit! Nr. 138/14

Gemäss Peter Portmann ist der Gemeinderat für die Überweisung dieses Postulats.

Patrick Koch opponiert der Überweisung des Postulats.

Davide Piras führt aus, dass an der Abstimmung vom 9. Februar 2014 die Krienser Bevölkerung mit deutlichen 57 % dem Zukunftsprojekt zugestimmt hat. Alle wissen, dass der Realersatz und Spielplatz Langmatt ein Teil dieser Abstimmung war. Wie soll dieser Freizeitpark aussehen? Gerade diese Kernfrage ist Gegenstand seines Vorstosses. Kinder und Jugendliche sollen in der Planung und Gestaltung nicht nur berücksichtigt, sondern auch miteinbezogen werden. Die Partizipation dieser Gesellschaftsgruppe bringt viele Vorteile:

- Die Kinder und Jugendliche bringen Kreativität, Phantasie und Begeisterung, was zu altersgerechten Lösungen führt.
- Mit der Partizipation lernen Kinder einen Teil der Gesellschaft zu sein. Gerade in der Projektphase lernen sie mit Verantwortung umzugehen und gleichzeitig soll Ihnen auch gezeigt werden, wo die Grenzen ihrer Ideen liegen. Beispielsweise gilt dies bei der Sicherheit.
- Das Partizipationsprojekt belebt den zukünftigen Spielplatz. Denn er wird mitgeplant von diesen Menschen, die in Zukunft diesen Spielplatz auch nützen werden.
- Die Partizipation erzeugt einen Mehrwert für Alle. Mit dem Einbezug werden echte Interessen und Anliegen sichtbar.

Bereits andere Gemeinden wie z.B. Wolhusen oder die Stadt Luzern haben die Partizipation mit Kindern und Jugendlichen als sinnvoll erachtet. Sei das beim Bau von neuen oder bei der Beurteilung von alten Spielplätzen. Der Wirkungsbericht zeigt sich als positiv. Die Spielplätze werden vermehrt genutzt und es gibt weniger böswillige Beschädigungen. Die Fachstelle für Gesellschaftsfragen des Kantons Luzern bietet für solche Projekte ihre Hilfe und ihr Wissen an. Dazu muss die Gemeinde lediglich ein Gesuch einreichen. Mit dem Einbezug des Kantons wird dieses Projekt sogar finanziell unterstützt. Die Kosten für das Partizipationsprojekt werden zu $\frac{3}{4}$ vom Kanton gedeckt, maximal bis zu einer Gesamtsumme von Fr. 15'000.00. Zu Mehrkosten sollte es durch die Partizipation im Gesamtprojekt nicht kommen. Es können sogar Einsparungen gemacht werden, weil die Ansprüche der Kinder und Jugendlichen nach perfekten Lösungen häufig nicht so gross sind, wie die von Erwachsenen. Beispielsweise hat eine Familie bereits zurückgemeldet, dass ihre Kinder sehr gerne im Krienbach neben der Langmatt spielen. Der geplante Spielbereich mit Wasser auf der Langmatt würde in diesem Fall ein Überangebot schaffen. Davide Piras möchte sich beim Gemeinderat für die Antwort bedanken. Die Begründung zeigt auf, dass ein Teil der Partizipation mit zukünftigen Nutzern bereits läuft. Jedoch kommt ihm der direkte Miteinbezug von Kindern und Jugendlichen zu wenig zum Vorschein. Er bittet den Gemeinderat daher den Einbezug zu verstärken. Mit dem Einreichen eines Gesuchs beim Kanton soll die zuständige Dienststelle miteinbezogen werden. Man profitiert nicht nur von Ihrem Wissen, sondern auch finanziell. Der Sprechende würde sich freuen wenn sein Anliegen unterstützt wird. Die Krienser Kinder und Jugendlichen werden auch dankbar sein.

Laut Patrick Koch ist die SVP-Fraktion dezidiert anderer Meinung als der Postulant. Den Kindern und Jugendlichen wird nicht weniger, sondern immer mehr Beachtung geschenkt. Denkt man nur an Kinderparlamente usw. Sie ist erstaunt, dass der Gemeinderat das Postulat überweist, aber zugleich die Hauptforderung des Postulanten nicht erfüllen will. Der Gemeinderat will eine Betriebsgruppe aus Anwohnern schaffen und dabei Eltern von Kindern anhören, aber die Kinder eben nicht. Weil der Gemeinderat die Forderungen des Postulanten nicht erfüllt,

macht es auch keinen Sinn diesen Vorstoss zu überweisen. Die Mitwirkung von Kindern in Betriebsgruppen lehnt die SVP-Fraktion ab.

Kevin Hofstetter führt aus, dass die FDP-Fraktion die Partizipation von Interessengruppen unterstützt. Es macht Sinn, dass alle zukünftigen Nutzer der Anlage miteinbezogen werden. Da der geforderte Prozess bereits läuft, sieht sie keinen zusätzlichen Nutzen in diesem Postulat und lehnt es deshalb ab.

Für Esther Bieri, von der SP/JUSO-Fraktion, ist es eine gute Gelegenheit, Krienser Kinder und Jugendliche in ein für sie wichtiges Projekt miteinzubeziehen. Schön wäre es, wenn es zusätzlich gelingt, ihnen aufzuzeigen, dass politische Prozesse konkret und spannend sein können. Die Interpellation Schwizer Nr. 42/2013 hat ja den Einbezug von Jugendlichen in die Politik verlangt. Dies wäre ein sehr konkretes Beispiel. Wenn dies gut gelingt, können dank Projekten wie diesem, Jugendliche für die Politik begeistert werden. Nicht nur die Fachstelle für Gesellschaftsfragen ist eine mögliche Quelle von der man finanzielle Unterstützung erhält. Es gibt noch die Stiftung „Denk an mich“, die einen Leitfaden entwickelt hat, womit sie Spielplatzprojekte prüft und entsprechend auch finanzielle Mittel zur Verfügung stellt. Dieser Vorschlag wurde bereits in der Kommission geäußert. Die SP/JUSO-Fraktion begrüsst deshalb den Beteiligungsprozess, wie er vom Gemeinderat bereits gestartet wurde.

Die Grüne/JG-Fraktion findet laut Erich Tschümperlin die partizipative Mitarbeit gut. Es ist gut, wenn künftige Benützer mitreden können. Deshalb wird sie das Postulat unterstützen. Dass es schon im Gang ist, tut ihm auch keinen Abbruch. Es wäre komisch, wenn man es toll findet, aber es trotzdem abgelehnt, weil bereits etwas läuft.

Räto Camenisch findet den ganzen Vorstoss Schaumschlägerei. Es ist doch selbstverständlich, dass sich der Gemeinderat bei denjenigen Interessengruppen erkundigt, die betroffen sind. Postulate die bereits umgesetzt sind, muss man nicht noch überweisen.

Verena Wicki Roth ist es ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass der Kanton ein Kinder- und Jugendleitbild erarbeitet hat. Das Leitbild enthält sehr visionäre Sätze: *Der Kanton und Luzerner Gemeinden anerkennen Kinder und Jugendliche als gleichwertige Gesellschaftsgruppe.* Wenn das so gesagt wird, geht es nicht nur darum die Eltern und Vorstände von Vereinen anzusprechen, sondern die Kinder und Jugendliche selber miteinbezieht. Ein weiterer Satz ist: *Der Kanton und die Luzerner Gemeinden setzen sich für die Rechte der Kinder und Jugendlichen ein und für optimale Rahmenbedingungen zur Förderung, Mitwirkung und zum Schutz von Kinder und Jugendlichen.* Dieser Vorstoss geht in diese Richtung. Die Sprechende hat bei der Aussage von Patrick Koch verstanden, dass die Kinder zu viele Rechte haben. Kinder und Jugendliche sollen ernst genommen und miteinbezogen werden. So kann man diese sehr früh miteinbeziehen und zu einem Teil der Gesellschaft formen.

Davide Piras wiederholt, dass der Vorstoss für die FDP keinen Nutzen hat, weil es bereits gemacht wird. Im Bereich der Partizipation wird auch viel gemacht, aber Kinder und Jugendliche werden nicht einbezogen. Es ist wichtig für die Gemeinde. Dieses Projekt belebt die Gegend. Die Aussagen von Kindern und Jugendlichen, worin sie sagen was sie gerne möchten, bringen die Planung weiter.

Roger Erni hat den Bericht und Antrag Nr. 195/2007 vor sich, worin es um die Attraktivierung von Spiel- und Pausenplätzen geht. Dieser Antrag wurde mit 25:0 Stimmen angenommen. Es

kostete Fr. 510'000.00. Damals fanden es alle gut und meinten, dass die Kinder auch miteinbezogen werden. Ein paar Jahre später gab es einen Nachtragskredit von mehreren zehntausend Franken. Nun ist man am gleichen Punkt. Wenn Kinder miteinbezogen werden, kostet es einfach wieder. Im Moment liegt es finanziell einfach nicht drin.

Rolf Schmid führt aus, dass selbst der Gemeinderat bereit ist das Postulat entgegen zu nehmen. Er denkt die Überweisung ist ein positives Zeichen gegenüber den Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde.

Erich Tschümperlin ist klar der Ansicht, dass Partizipation nicht mehr kostet. Die Mehrkosten könnte man schon aufrollen, das lag aber daran, dass jemand ein einzelnes sehr teures Spielzeug angeschafft hat. Diese Person nahm nicht einmal an dem partizipativen Prozess teil. Diese Kosten auf die Partizipation abzuschieben ist nicht korrekt.

Davide Piras weist darauf hin, dass das Budget von Fr. 700'000.00 gegeben ist. Wenn so etwas geplant wird, sollte man nicht ein paar Millionen Franken darüber schiessen.

Beat Tanner führt aus, dass der Gemeinderat bei der Begründung sagt, dass eine Gruppe von Eltern und Kindern miteinbezogen wird. Da fragt sich der Sprechende, weshalb es noch einen Bericht zum Postulat braucht. Dies ist Arbeitsbeschaffung für die Gemeindeverwaltung und effizient ist dies nicht.

Martin Heiz hat sich gefragt als er den Vorstoss gesehen hat, ob man jetzt bei jedem einzelnen Projekt alle Interessengruppen einbeziehen muss. Der Gemeinderat hat belegt, dass dies bereits gemacht wird. Wie es Roger Erni gesagt hat wurden bei den Spielplatzsanierungen die Kinder und Jugendlichen auch miteinbezogen. Es ist Arbeitsbeschaffung, wenn man die Antwort bereits kennt. Im Endeffekt muss dann vielleicht gesagt werden, dass aufgrund des Geldes die gewünschten Sachen nicht realisiert werden können. Dann fragen sich viele, was sie bewirken konnten. Wünsche sind immer da, aber sie müssen auch finanziert werden können. Der Sprechende findet es richtig, dass Jugendliche miteinbezogen werden. Er wehrt sich nur dagegen, dass ein separater Bericht gemacht wird.

Gemäss Alfons Graf konnten die Jugendlichen für einen Freizeitplatz im Obernau mitentscheiden. Die Gemeinde hat Fr. 90'000.00 investiert und heute ist dieser Platz nicht mehr da.

Davide Piras kommt auf die Aufzeigung der Grenzen zurück. Es gibt natürlich keinen Freipass. Die Gemeinde ist konsequent und jeder wird gefragt, der gebraucht wird. Der Sprechende glaubt nicht, dass der Wirkungsbericht eine Doktorarbeit wird.

Judith Mathis-Wicki findet, dass Kinder und Jugendliche nicht als blöd dargestellt werden sollen. Sie können sich auch im Rahmen eines Budgets bewegen. Kinder und Jugendliche haben sehr gute Ideen, die Erwachsenen vielleicht nicht in den Sinn kommen.

Brahim Aakti meint, dass die Partizipation nicht in Frage gestellt wird. Es geht nun nur darum, ob ein Bericht erstellt wird oder nicht. Es ist ein konkretes Projekt da und der partizipative Prozess läuft. Der Gemeinderat soll mit einem Bericht aufzeigen, ob es etwas bringt oder nicht. Er weiss nicht, was man da wieder so lange diskutieren muss.

Cyrril Wiget äussert, dass alles gesagt ist und man darüber abstimmen kann.

Abstimmung über die Überweisung des Postulats Piras: Krienser Kinder und Jugendliche entscheiden mit! (Nr. 138/14)

Das Postulat wird mit 21:13 Stimmen überwiesen.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Mara	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	nein
Hofstetter, Kevin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	n.t.
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	nein
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	nein
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

**13. Bericht und Antrag: Baukredit Schulanlage Kirchbühl 1+2
Nr. 136/14**

Peter Portmann begrüsst die Sachverständigen Andreas Stalder, Architekt, Stefan Lüthi, Architekt und Ivan Pejic, Baudepartement.

Das Eintreten war laut Martin Heiz in der BK von allen Parteien unbestritten. Es wurde zum Antrag der CVP nur kurz während des Eintretens Meinungen geäussert. Ein Vertreter sagte, sie stimmen nur zu, wenn an einem anderen Ort dieser Betrag wieder eingespart werden kann. Ein anderer Vertreter sagte auch, dass man mit diesem Kredit vor das Volks muss. Der Kredit von 18 Mio. Franken sei fix und dürfte nicht überschritten werden, sonst würden sie den Kredit bekämpfen. Seitens des Gemeinderates wurde gesagt, dass man sich bei dieser Vorla-

ge genau an den Finanzplan halten wolle. Dort sind eben diese 18 Mio. Franken enthalten. Es folgte eine angeregte Diskussion verschiedener Themen, wie z. B. ob es eine kontrollierte Lüftung oder nur eine Lüftung geben soll oder was ist was und was ist ein Monoblock etc. Die Fragen konnten alle beantwortet werden. Ein Thema war auch das Schulprovisorium während der Umbauphase. Da kam auch ein Vorschlag, das Provisorium auf dem Areal Brunnmattschulhaus aufzustellen. Dies würde zu grossen Einsparungen führen und könnte dann weiter für die Sanierung des Brunnmattschulhauses verwendet werden. Dieser Vorschlag wird noch geprüft, wie auch das Mieten oder eben schon Kaufen im nächsten Jahr, was aber dann zu einer Kreditvorlage an den Einwohnerrat führen würde, sollte man sich für einen Kauf entscheiden. Die Art der Fenster wurde hinterfragt, es musste aber festgehalten werden, dass das Gebäude Kirchbühl 1 als schützenswerter Bau der Kategorie I inventarisiert ist. Man muss deshalb auch auf das Bild achten, wenn man so ein Gebäude saniert und der Gesamteindruck muss am Schluss stimmen. Auch die Aussenanlagen waren ein Thema. Doch auch dort muss etwas gemacht werden, da ja auch ein öffentlicher Fussweg über dieses Grundstück führt. Ebenfalls war noch das Farb- und Materialkonzept ein Thema. Dort werden die Empfehlungen der Restauratoren und der Denkmalpflege umgesetzt. Weiter war natürlich wie immer bei solchen Vorlagen auch die Heizung ein Thema. Was soll man machen, was ist sinnvoll. Seitens der Gemeinde hat man sich am Schluss für eine Gasheizung entschieden, da der Anschluss bereits vorhanden ist. Für eine Minergie-Zertifizierung müssten ganze 1.4 Mio. Franken zusätzlich investiert werden. Es gilt aber die Verhältnismässigkeit abzuwägen. Auch muss man beim Kirchbühl 1 festhalten, dass die ganzen Isolierungen nicht aussen auf die Fassade angebracht werden können, sondern es muss innen isoliert werden, was auf die Grösse der einzelnen Schulzimmer Auswirkungen hat. Der Antrag der CVP zur Pelletheizung wurde nicht diskutiert, da dieser Antrag in der Kommission nicht gestellt wurde. Die Abstimmung ist auf den 8. März 2015 angesetzt. Die BK stimmte dem vorliegenden Beschlusstext mit 4 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen zu.

Christine Kaufmann-Wolf, führt aus, dass die BiK diesen B+A auch traktandiert und mit Interesse beraten hat. Das Eintreten war für die BiK unbestritten. Die Mitglieder der BiK sind erschrocken, über die viel höheren Sanierungskosten. Die Baukredite im B+A liegen weit über den erst genannten Zahlen. In der Kommission ging man den Bericht kurz durch und es wurden einige Fragen gestellt. Die meisten waren sehr bautechnisch. So konnten verständlicherweise einige davon nicht beantwortet werden. Diese wurden in der dafür eingesetzten BK beraten und sind im entsprechenden Protokoll nachlesbar. Generell ist die BiK sehr positiv auf die Sanierung eingestellt. Man war sich auch einig, dass es sich um keine Luxuslösung handelt, sondern diese Sanierung nötig und eine Investition für die Zukunft ist. Die Sanierung ist enorm wichtig für die Umsetzung der Schulraumstrategie. Bei der Detailberatung wurde dann kontrovers diskutiert. Einerseits werden zeitgemässe Medien und moderne Arbeitsplätze gefordert, andererseits soll mit der Sanierung nur das Nötigste ausgeführt werden. Die BiK versuchte mögliche Einsparungen auszuloten. So wurden Leistungen in Frage gestellt, wie z.B. die Kühlung im Kirchbühl 2 oder die Farbgestaltung wie anno dazumal. Zum Antrag der Pelletheizung war man grundsätzlich positiv eingestellt. Es gab Stimmen, welche eine anderweitige Einsparung dieser anfallenden Mehrkosten fordern. Der Antrag der SVP bezüglich des Schulraumprovisoriums konnte nicht diskutiert werden, da dieser noch nicht vorlag. Die BiK ist sich auch bewusst, dass alle zusätzlichen Begehrlichkeiten auf Kosten der noch ausstehenden Schulhaussanierungen gehen, weil ein Kostendach für die Sanierungen der Schulhäuser definiert wurde. Die BiK ist sich bewusst, dass es sich um eine teure Sanierung handelt, obwohl auf Luxus verzichtet wurde. Darum sieht die Kommission sorgenvoll auf die bevorstehende Abstimmung und fragt sich, was geschieht bei einem Nein an der Urne. Wie geht es dann mit den Schulhäusern Kirchbühl weiter? Man war sich zwar einig, dass der Souverän in der Vergangenheit immer sehr bildungsfreundlich war und hofft, dass dies auch immer noch sein wird.

Gemäss René Zosso ist für die CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Sanierung der Schulhäuser Kirchbühl 1 + 2 grundsätzlich unbestritten. Diese Schulanlage soll ja das Krienser Oberstufenzentrum werden. Der Verweis auf die Investitionsplanung stört etwas, da diese ja im Einwohnerrat abgelehnt worden ist, andererseits aber war ja dieses Vorhaben nicht explizit umstritten. Die Rücksichtnahme auf die Anforderungen der Denkmalpflege ist aus energetischer Sicht nicht optimal, aber nachvollziehbar. Dass damit aber auch ein Widerspruch zur Massnahme M6 der politischen Gesamtplanung besteht, weil die Grundsätze der 2000-Watt-Gesellschaft und den Vorgaben des Gebäudestandards „Energistadt 2011“ nicht umgesetzt werden, ist schade. Bei Sanierungen wäre der Minergie-Standard dafür nicht zwingend. Es macht eigentlich wenig Sinn 18 Mio. Franken zu investieren, aber auf eine Lüftung von rund Fr. 650'000.00 zu verzichten. Eine Lüftung gehört heute eigentlich zum Stand der Technik eines neu sanierten Schulhauses. Es soll ja eine Gesamtsanierung für die nächsten 40 bis 50 Jahre sein. Wenn da bloss nicht am falschen Ende gespart wird. Aber wenn schon nicht auf Minergie-Standard saniert werden soll oder kann, so sollte wenigstens mit erneuerbarer Energie geheizt werden. Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion kommt noch darauf zurück. Die Einsparung von 40 % bei den Energiekosten durch die vorgeschlagenen Sanierungsmassnahmen ist unter den gegebenen Umständen ein akzeptabler Wert. Aber es fehlt jeglicher Hinweis auf eine Berechnung oder eine Einordnung wie weit das Gebäude vom Grenzwert Minergie weg ist. Es gibt Fördergeld nicht nur vom Gebäudeprogramm, sondern auch vom Kanton für Minergie-Sanierungen und auch für den Umstieg von einer Gasheizung auf Holz. Unklar für sie ist der Begriff Kunst am Bau. Fr. 100'000.00 tönt nach viel, aber an dem soll es nicht scheitern. Vielleicht kann darauf noch konkreter eingegangen werden. Erfreulich ist, dass der versprochene Investitionsschutz der kürzlich sanierten Werkräume gewährleistet ist. Gegen das Stosslüften, das im Kirchbühl 1 nach jeder Lektion weiterhin notwendig sein wird, da keine Lüftungsmassnahme vorgesehen ist, ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Erhebungen haben aber gezeigt, dass in einem Schulzimmer mit Oberstufenschüler nach spätestens 20 Minuten der CO₂-Wert so hoch ist, dass man für 5 Minuten lüften muss. Ob das in der Praxis passiert ist eine andere Frage. Die Frage ist aber, ob das, was da für 18 Mio. Franken gebaut wird, wirklich das ist, was man heute Stand der Technik bezüglich Energie und Schulkomfort bezeichnen würde. Wohl eher nicht. Will man wirklich so viel Geld ausgeben für ein Schulhaus, wo man nachher trotzdem eine reine fossile Heizung für die nächsten 20 Jahre und keine Lüftungsanlage für die nächsten 40 bis 50 Jahre hat? Will man auch weiterhin keinen Strom produzieren, obwohl die ganze Welt vom Klimawandel spricht? Wie hoch ist das Feuchtschadenrisiko ohne Lüftung bei einer neuerdings dichteren Gebäudehülle beim Kirchbühl 1? Wie gesagt, ist die CVP/JCVP/GLP-Fraktion für die vorgeschlagene Sanierung der Schulhäuser Kirchbühl 1 + 2. Es ist nicht ihre Absicht, mit der geäusserten Kritik das Vorhaben in Frage zu stellen. Sparen ist das Gebot der Stunde, das ist klar, aber manchmal kann sparen teurer werden als einem lieb ist. Eventuell kann der Antrag der SVP dazu beitragen die Kosten an anderer Stelle zu senken und somit den bestehenden Budgetrahmen einzuhalten. In diesem Sinne appelliert die CVP/JCVP/GLP-Fraktion daran, zumindest eine CO₂-freundlichere Variante der Wärmeerzeugung gutzuheissen. Sie dankt dem Gemeinderat für den B+A und hofft auf gutes Gelingen dieser Sanierung.

Laut Martin Heiz wurde das Eintreten in der SVP-Fraktion nicht bestritten. Die Sanierung ist sehr wichtig, aber man muss sich einen Rahmen geben und die finanziellen Aspekte nicht ausser Acht lassen. Das oberste Gebot ist, dass die beiden Schulhäuser saniert werden. Nachher noch alles aufrüsten, damit man den Minergie-Standard erreicht, kostet das nochmals 1.4 Mio. Franken mehr. Wenn der Sprechende hört, was die die CVP/JCVP/GLP-Fraktion noch alles für Wünsche hat, reichen 20 Mio. Franken nicht aus. Es muss gesehen werden, dass alle hier zusätzlich getätigten Investitionen bei anderen Schulhäusern wegfallen. Nachher kann dem Brunnmatt erklärt werden, weshalb sie 1 Mio. Franken weniger erhält. Mit dieser Vorlage muss man auch noch vor das Volk. Die SVP-Fraktion weiss nicht, wie das Volk reagieren wird. Diese Schulhaussanierung muss dem Volk verkauft werden. Im Frühling ha-

ben alle Parteien das Versprechen gemacht, dass der Finanzplan eingehalten wird. Daran wird man dann aufgehängt, wenn dies nicht eingehalten wird. Dieser muss eingehalten werden, sonst ist eine Steuererhöhung unumgänglich. Die SVP-Fraktion möchte nicht, dass andere Investitionen deshalb zurückgestellt werden müssen. Die Kreditvorlage soll so bleiben, wie sie nun vorliegt. Die SVP-Fraktion toleriert keine weiteren Aufstockungen. Wenn der Einwohnerrat der Pelletheizung zustimmt, wird die SVP-Fraktion den B+A ablehnen und vor dem Volk eminent bekämpfen. Die SVP-Fraktion stellt keinen Antrag mehr zum Beschlusstext, sondern zu einer Bemerkung. Sie sieht noch Synergien mit den mobilen Systemen. Diese werden fürs Kirchbühl, Kuonimatt und Brunnmatt gebraucht. Es soll noch mitgeteilt werden, wo Synergien genutzt werden können. Im 2016 sind für die Sanierung vom Brunnmatt 4 Mio. Franken vorgesehen. Wenn man einen allfälligen Kauf tätigt, muss ein Sonderkredit im Einwohnerrat beantragt werden.

Die FDP-Fraktion ist laut Beat Tanner für Eintreten auf die Vorlage und stimmt dem B+A gemäss Vorschlag des Gemeinderates uneingeschränkt zu. Nachdem im Januar 2014 der Planungskredit verabschiedet wurde, ist der vorliegende B+A die unmittelbare Folge. Die FDP-Fraktion möchte dem Gemeinderat an dieser Stelle für die umfassende und detaillierte Orientierung durch den B+A danken. Es werden darin zusätzliche Optionen aufgeführt, welche auch zu zusätzlichen Kosten führen. Schade ist, dass es nur Optionen für höhere, aber nicht solche für tiefere Gesamtkosten gibt. Mit gesamthaft rund 18 Mio. Franken handelt es sich beim vorliegenden Geschäft um einen grossen Brocken. Dieser muss zudem noch dem Stimmbürger verkauft werden. Deshalb erachtet sie es als wichtig, dass der gesamte Rat hinter diesem Geschäft steht und es entsprechend auch dem Stimmbürger so vermittelt werden kann. Die FDP-Fraktion wird das Geschäft aber nur unterstützen, wenn keine Mehrkosten zum Vorschlag des Gemeinderats resultieren, bzw. wenn allfällige Mehrkosten beschlossen werden, diese durch Minderausgaben an anderer Stelle kompensiert werden. Nur so können die geplanten Investitionen in den kommenden vier Jahren eingehalten werden. Die FDP-Fraktion trägt Investitionen in die Zukunft solange mit, wie das Investitionsvolumen in der Finanzplanung 2014-2019 eingehalten wird.

Yasikaran Manoharan führt aus, dass die SP/JUSO-Fraktion es als grosse Wichtigkeit erachtet, dass die Schulanlage Kirchbühl 1+2 umfassend gesamtsaniert und den heutigen Bedürfnissen angepasst wird. Anhand des Beschriebs und den Plänen empfindet sie die Sanierungs- und Renovationsmassnahmen als sinngemäss und pragmatisch. Die Sanierung hat höchste Priorität und sollte nicht weiter heraus gezögert werden. Der SP/JUSO-Fraktion ist natürlich bewusst, dass man in finanziell schwierigen Zeiten nicht auf teure Sonderlösungen ausweichen kann. Doch das ist noch längst kein Grund, dass die Gemeinde bei Sanierungen auf ökologische nicht mehr vertretbare und vor allem unsichere und spekulative Heizungssysteme setzen darf. Im B+A liest man mehr negative als positive Argumente zu Gas. Auch hinsichtlich der Finanzen gibt man längerfristig mehr Geld aus mit Gas als mit einer Pelletheizung. Der Sprechende zitiert aus dem B+A: *Es ist durchaus möglich, dass es in 15-20 Jahren ein Gas gibt, das die ökologische Anforderungen an den Minergie-Standard erfüllen könnte. Die Entwicklung führt in diese Richtung.* Solche unsicheren und spekulativen Aussagen wirken unglaubwürdig. Es werden klare Vorschläge gebraucht. Mit einer Pellet-Heizung hat man eine ökologische Lösung, welche durch ihre höhere Preisstabilität gegenüber Gas finanziell besser ist. Die Gemeinde Kriens hat sich in der Politischen Gesamtplanung zum Ziel gesetzt, ihre Vorbildfunktion wahrzunehmen und bei Sanierungen von Gemeindeliegenschaften auf erneuerbare Energien zu setzen. Daran sollte man sich auch halten. Deshalb unterstützt die SP/JUSO-Fraktion den Antrag der CVP/JCVP/GLP-Fraktion. Des Weiteren erwartet sie vom Gemeinderat möglichst bald einen Vorschlag zu den Provisorien. Sofern es bei einem Mietobjekt bleibt, so wie budgetiert, darf es zwar kostenbewusst sein, doch darf es nicht an Komfort mangeln. Die Schüler haben ein Recht darauf in der langen Zeit, in der sie die Provisorien

benutzen müssen, akustisch, klimatisch und vom Platz her gute Räumlichkeiten zu erhalten. Die SP/JUSO-Fraktion möchte keine Baubaracken wie im Gabeldingen. Sie ist froh, dass Martin Heiz seinen Antrag zurück gezogen hat. Dieser Antrag hätte sicher ein Chaos ausgelöst, was im Moment nicht gebraucht werden kann. Durch den Antrag wäre der Kredit für die Provisorien aus dem Budget geflogen, was die Durchführung der Gesamtsanierung praktisch unmöglich machen würde. Der Vorschlag für eine Synergie-Nutzung im Brunnmatt-Schulhaus wurde bereits in der BK diskutiert und da ist man zum Schluss gekommen, dass der Vorschlag einige kaum lösbare Probleme mit sich bringt. Der Fachunterricht ist kaum zu bewältigen, bei solch einer Gehdistanz zwischen den zwei Schulhäusern. Wenn man schon mal den kleinen Pausenplatz auf dem Brunnmatt angeschaut hat, weiss man, dass wenn nun auch noch die Oberstufenschüler dorthin müssen, bewegen sich 300 Schüler auf dem Platz. Das ist kaum zu bewältigen und steigert nur das Konfliktpotenzial. Wenn der Antrag angenommen worden wäre, wären dem Gemeinderat die Hände gebunden gewesen. Der Strategische Entscheid ist im Brunnmatt noch offen. Man weiss noch nicht, ob Provisorien im Brunnmatt wirklich längerfristig gesehen und finanziell die günstigere Variante ist. Die SP/JUSO-Fraktion ist nicht bereit ein solches Risiko einzugehen und somit die Gesamtsanierung der Schulanlage zu gefährden.

Die Grüne/JG-Fraktion ist gemäss Fabian Takacs für Eintreten und unterstützt den vorliegenden B+A. Sie sieht den grossen Handlungsbedarf beim Schulhaus Kirchbühl 1+2. Die 18 Mio. Franken Investitionskosten sind vor dem Hintergrund, dass seit dem Bau vor über 100 respektive 60 Jahren nie eine solche umfangreiche Gesamtsanierung stattgefunden hat, vertretbar. Auch die angesprochene Abweichung vom jetzigen Bruttokredit und der früheren Baukostenschätzung macht mit den Erklärungen der Experten Sinn. Bezüglich den Schulraum-Provisorien ist es wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler während den zwei Jahren Bauphase qualitativ und sicher untergebracht werden. Die Grüne/JG-Fraktion steht dem Kauf der Schulraum-Provisorien positiv gegenüber, wenn das Preis-Leistungsverhältnis stimmt. Es ist wichtig, dass diese mobilen Bauten genau analysiert werden, sonst ist man dann plötzlich mit extremen Kosten konfrontiert. Deshalb unterstützt sie den Bemerksungsantrag der SVP-Fraktion. Es soll noch beantwortet werden, wie es kredittechnisch gelöst werden kann, dass für das Jahr 2015 nicht der Ganze für den Kauf nötige Betrag im Finanzplan budgetiert ist. Die Grüne/JG-Fraktion sieht die ungünstige finanzielle Situation, in welcher sich die Gemeinde Kriens befindet. Es muss einfach immer wieder gesagt werden, dass diese miserable Situation den unzähligen Steuersenkungsrunden der letzten Jahre verdankt werden kann. Diese liessen die Einnahmen wegbrechen und hat dazu geführt, dass die staatlichen Aufgaben nur noch unter erschwerten Bedingungen durchgeführt werden können. Mit dieser fiskalpolitischen Situation müssen die Krienserinnen und Krienser leben. Darum passt auch die Grüne/JG-Fraktion ihre Forderungen an. Trotzdem ist es der Grüne/JG-Fraktion ein Dorn im Auge, das man jetzt auf wichtige zukunftsweisende und nachhaltige Investitionen bei dem Gebäudestandard verzichten möchte. Die im B+A aufgeführten Optionen für Minergie-Standard wären sehr wichtig. Denn je näher am Minergie-Standard, desto besser. So wäre es in ihrem Interesse, dass wenigstens ein Teil der Optionen in Richtung Minergie-Standard durchgeführt würden. Die Grüne/JG-Fraktion ist kein Befürworter des üblichen Spiels, dass heute bei Investitionsausgaben geknausert wird und die entstehenden Folgekosten auf die nächsten Generationen überwältigt werden, nur weil man heute lieber Steuergeschenke für die Gutbetuchten und Briefkastenfirmen will. Diese Politik ist unverantwortlich. Dem Antrag der CVP/JCVP/GLP-Fraktion zur Pelletheizung steht die Grüne/JG-Fraktion positiv gegenüber. Eine solche Form der Beheizung ist nicht nur ökologischer als mit Gas, sie steigert auch die Wertschöpfung in der Schweiz und leistet ihren Beitrag für eine autonomere Energiepolitik. Zudem ermöglicht eine Pelletheizung der Gemeinde Kriens Einsparungen von Fr. 130'000.00 bis Fr. 240'000.00. Wer kann zu einem solchen Einsparungspotential schon nein sagen? Anknüpfend am Thema Minergie-Standard hat die Grüne/JG-Fraktion eine weitere Frage. Kann der Gemeinderat versichern, dass man im Schulhaus Kirchbühl 1 trotz fehlender Komfortlüftung keine Feuchtig-

keitsschäden erwarten muss? Im B+A ist das Musterzimmer angesprochen. Inwiefern wird der Einwohnerrat vom Gemeinderat über weitere Schritte bei der nachfolgenden Auswertung und Implementierung der Erkenntnisse aus dem Musterzimmer informiert und miteinbezogen? Die Grüne/JG-Fraktion geht davon aus, dass sich die Bevölkerung nicht gegen die Sanierung ausspricht. Für viele Einwohnerinnen und Einwohner hat dieses Schulhaus eine starke emotionale Bedeutung. Zudem handelt es sich um ein Schulhaus mit enorm historischem und vor allem identitätsstiftendem Wert für Kriens. Eine Sanierung braucht es zwingend. Nicht umsonst ist das Schulhaus Kirchbühl 1 unter Kategorie 1 kommunal schützenswert inventarisiert. Die Grüne/JG-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt die Stossrichtung des Gemeinderates.

Enrico Ercolani bezieht sich auf die Kosten von 18 Mio. Franken. Es gibt für einen Architekten nichts Schwierigeres, als für einen Umbau mit einer solchen Komplexität die Kosten abzuschätzen. Vorabklärungen sind das Eine, was während der Bauphase noch kommt ist das Andere. Es würde den Sprechenden nicht erstaunen, wenn es am Schluss 10 % weniger oder mehr kosten würde. 42 Jahre hat der Sprechende in diesem Metier gearbeitet. Er weiss wovon er spricht. Diese Erfahrungen hat er immer wieder gemacht, ob es ein Schulhaus oder ein Schloss war. Es kann weder dem Architekten noch dem Gemeinderat ein Vorwurf gemacht werden, wenn es in die eine oder andere Richtung gehen würde. Selbstverständlich freut es alle wenn die Kosten weniger sind. Man muss sich bewusst sein, dass nach besten Wissen und Gewissen die Vorabklärungen gemacht wurden. Es wurde diskutiert, dass eine Innenisolation gemacht wird. Laut dem Sprechenden gibt es nichts Problematischeres als ein Haus innen zu isolieren wegen den sogenannten Wärmebrücken. Enrico Ercolani kennt das Projekt nicht. Er würde gerne die Pläne anschauen, sobald welche vorhanden sind, um die Schäden aus fehlisolationstechnischen Gründen zu verhindern. Im Prinzip wäre eine Qualitätssicherung mit Berufsleuten dringend erforderlich. Wenn Fehler bei der Innenisolation gemacht wird, kann es zu unglaublichen Schäden führen. Hier geht es auch noch um die Pelletheizung. Der Sprechende hatte Interpellation zu den Heizungen gemacht. Er ist nun in einer Situation, in der er zwei Mal ja sagt. Einmal mit Freude, wenn der Finanzplan eingehalten werden kann und zähneknirschend, wenn das nicht möglich ist. Es wäre schön, wenn der Einwohnerrat sagen würde, dass die Pelletheizung gemacht wird, aber der Gemeinderat zeigt auf wo Fr. 300'000.00 eingespart werden können.

Christine Kaufmann-Wolf erwähnt, dass es wieder ums Sparen geht. Das ist auch sehr wichtig. Mit der Pelletheizung hat man Angst, dass diese zusätzliche Kosten generiert. Die FDP-Fraktion hat gesagt, dass dies eingespart werden muss. In der Tabelle der Baukosten ist für die Schulraumprovisorien ein Betrag von 1.485 Mio. Franken enthalten. Das Schulraumprovisorium wird während der Umbauphase gebraucht. Mit einer weiten Planung in die Zukunft könnte man es so angehen, dass die Provisorien bei anderen Schulhäusern eingesetzt werden können. Wichtig wäre, dass angeschaut wird, wo welche Bedürfnisse an die Schulräume sind. Dieser Betrag könnte dann bei den anderen Schulhäusern eingespart werden. Wenn es schlau angepackt wird, schlägt man zwei Fliegen mit einem Klaps.

Gemäss Viktor Bienz beantragt die CVP/JCVP/GLP-Fraktion, dass für die Gesamtsanierung Schulanlage Kirchbühl 1+2 der Bruttokredit von Fr. 17'980'000.00 um die Investitionskosten von Fr. 330'000.00 für die Pellets-Heizung zu erhöhen ist, abzüglich der Kosten für die Gasheizung. Es soll eine Pellets-Heizung anstelle einer Gasheizung bei der Gesamtsanierung Schulanlage Kirchbühl 1+2 realisiert werden. Langfristig ist dies die kostengünstigere Lösung. Pellets sind gegenüber Erdgas um ca. 1/3 günstiger. Die Wertschöpfung verbleibt vollständig in der Schweiz. Die Kosteneinsparungen für die Brennstoffbeschaffung rechnet man in den nächsten 20 Jahren mit bis zu Fr. 240'000.00 bei gleichbleibendem Gaspreis. Einige Nachbargebäude verfügen bereits über Pellet-Heizungen, die Emissionen sind demzufolge mit dem

heutigen technischen Fortschritt kein Problem. Zudem werden Förderbeiträge vom Kanton in der Höhe von Fr. 47'000.00 entrichtet. Es tut weh, wenn die SVP die Sanierung bekämpft, wenn der Kredit über 18 Mio. Franken ausfällt. Natürlich würde es auch die CVP/JCVP/GLP-Fraktion freuen, wenn man das im Kreditrahmen machen könnte. Sie wäre auch bereit den Antrag entsprechend abzuändern, dass es im heutigen Bruttokredit Platz hat.

Erich Tschümperlin ist der Meinung, dass es verschiedene Möglichkeiten gibt, wie man eine Pellets-Heizung realisieren kann. Man muss anschauen, ob man es allenfalls mit einem Contracting macht. Dann hat man die Investitionskosten nicht und zahlt es mit dem laufenden Betrieb. Da der Betrieb von Pellet-Energie günstiger ist als mit Gas, ist es nicht gesagt, dass es viel teurer käme. Es könnte sogar sein, dass die günstigere Variante über die Laufzeit nicht ausgeschöpft wird, weil man sich heute die Investition nicht leisten will. Wenn Einige nicht einen Franken mehr investieren möchten, könnte allenfalls eine Variantenabstimmung gemacht werden. Die Heizung kann auch von einem Contractor betrieben werden, wenn man die knapp Fr. 300'000.00 nicht investieren will.

Yasikaran Manoharan ergänzt, dass auf der Tabelle der Baukosten offene Reserven von 5 % enthalten sind. Dies entspricht Fr. 700'000.00. Sofern man das Projekt sehr detailliert durchgerechnet hat und keine unvorhergesehenen Sachen eintreten, wäre man immer noch besser versorgt, wenn man die Pellet-Heizung für Fr. 300'000.00 realisiert. So wäre man auch immer noch unter dem Kredit von 18 Mio. Franken. Die Fr. 300'000.00 sollen deshalb nicht als vehementer Punkt angeprangert werden.

Rolf Schmid führt aus, dass der Einwohnerrat auch eine langfristige Verantwortung hat. Man spricht hier von Fr. 300'000.00 mehr. Die Einsparungen durch die Pelletheizung in den nächsten 20 Jahren liegen bei Fr. 130'000.00 bis Fr. 240'000.00. So kann man eigentlich gar nicht verzichten. Der Einwohnerrat hat eine Verantwortung für die Rechnung und das Budget für die nächsten 20 Jahre. Das ist in seinen Augen gewichtiger, als die Zusatzinvestition von Fr. 300'000.00.

Laut Enrico Ercolani darf man auf keinen Fall die Reserve von 5 % anzapfen. Rolf Schmid hat es sehr schön gesagt, dass der Einwohnerrat eine Verantwortung für die Finanzen hat. Der Sprechende würde die Verantwortung für die Umwelt noch etwas höher stellen.

Gemäss Kathrin Graber wurden in der CVP/JCVP/GLP-Fraktion die Energiefragen gleich gewertet wie Architekturfragen oder auch Erdbebensicherheit. Deshalb hat sie auch den Antrag für die Pelletheizung gestellt. Die Sprechende möchte die FDP-Fraktion an das Zitat von Enrico Ercolani zum Vorstoss der Heizungsanlagen erinnern: *Wegen Erdöl/Erdgas wurden schon viele Kriege geführt. Ethik und Moral darf immer etwas mehr kosten.* Dies wäre nun der erste konkrete Anwendungsfall, wo danach gelebt werden soll. Die SVP-Fraktion hat bereits gedroht, dass sie das Projekt vor der Krienser Bevölkerung bekämpfen will. Die Sprechende erinnert daran, dass wenn sie dies bekämpft, gibt es möglicherweise ein Problem beim Abstimmungskampf. Die SVP-Fraktion betont ja immer sehr deutlich die Schweizer Werte. Jetzt will sie kein Schweizer Holz sondern Gas von Herrn Putin. Das wäre doch ein interessanter Abstimmungsschlager.

Martin Heiz möchte Kathrin Graber sehen, wenn der erste Pellet-Lastwagen mit einer französischen oder holländischen Nummer beim Kirchbühl-Schulhaus zufährt.

Matthias Senn informiert, wie es mit der Planung der Provisorien weiter geht. Der Kredit von 1.4 Mio. Franken ist für die Miet-Lösung der Provisorien. Dieser Kredit muss so bestehen bleiben, dass man die Gewissheit hat, dass das Schulhaus saniert und die Schulklassen ausgelagert werden können. Die Anschaffung der modularen Systeme für eine längere Zeit wird geprüft. In der BK wurde zu Recht gefragt, wie man die Anschaffung finanziell macht. Die Beschaffung der modularen Systeme war im Finanzplan erst im Jahr 2016 enthalten. Es wurde soweit fertig geplant, wie die modularen Systeme für das Kirchbühl aussehen. Es wurde eine Submission vorbereitet. Mieten, kaufen und Miete-Kauf sind die drei Varianten, welche offeriert werden müssen. Die Submission wird noch dieses Jahr gestartet. Wenn man sich dazu entscheidet die Systeme zu kaufen, wird man dies nochmals dem Einwohnerrat vorlegen. Parallel dazu wird die Planung Brunnmatt erarbeitet. Der Gemeinderat kann anhand des Strategieberichts festlegen, welche Variante weiter geplant werden soll. Die Kompetenz zum Weiterplanen ist schon fast erreicht. Es gab Planungen von Fr. 155'000.00, wobei die Kompetenz bei Fr. 200'000.00 liegt. Für die Weiterplanung wird der Gemeinderat dem Einwohnerrat einen Planungskredit vorlegen müssen. So wird die überwiesene Motion der BiK erfüllt, indem gesagt wird, was realisiert wird. Wahrscheinlich wird beides zusammen im Einwohnerrat behandelt. So hat man die Sicherheit wie es mit den modularen Systemen und dem Brunnmatt weitergeht. Es ist andenkbar, dass wenn das System für 4 Mio. Franken gekauft wird, könnte man beispielsweise durch Anrechnung für das Kirchbühl von 1.1 Mio. Franken Fr. 300'000.00 sparen. Bei einer solchen Sanierung gibt es Risiken, da sind die Reserven eher zu knapp bemessen. Der Betrag von Fr. 100'000.00 für Kunst am Bau kann für etwas künstlerisches sein oder im Zusammenhang mit dem Farbkonzept. Hier wird die Kulturkommission noch miteinbezogen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass man bei den bisherigen Gesamtsanierungen der Schulanlagen mit den Massnahmen viel herausholen konnte. Bisher gab es noch keinen energietechnischen Standard, damit es ein Minergie-Zertifikat gab. Die jetzige Strategie vom Gemeinderat entspricht dem. Darum wurde auch auf den Minergie-Standard verzichtet. Die Gasheizung wird aufgrund des auferlegten Kostendachs von 18 Mio. Franken begründet. Beim Kirchbühl 2 könnte es Probleme geben, wenn man die kontrollierte Lüftung nicht macht. Deshalb wurde die Gasheizung als Kompromiss genommen. Die Leitungen dafür sind auch alle schon vorhanden. Für die Pellet-Heizung hätte alles komplett neu gemacht werden müssen. Der Gemeinderat möchte an dem Kredit von 18 Mio. Franken festhalten.

Judith Luthiger-Senn geht noch auf die Frage zum Musterzimmer ICT ein. Der Gemeinderat wird das Musterzimmer Mitte Januar anschauen, dann wird das ICT Projekt verabschiedet. Im Februar wird das Projekt in der BiK beraten. Wie der Einwohnerrat einbezogen wird, hat der Gemeinderat noch nicht besprochen. Eine Information an den Einwohnerrat wird es sicherlich geben. Weiter geht sie auf den Antrag ein, welcher in einen Bemerkungsantrag umgewandelt wurde. Der Gemeinderat prüft diese Varianten der mobilen Bauten durchaus. Der Gemeinderat kann sich vorstellen vier mobile Bauten anzuschaffen und diese an anderen Standorten weiterzuverwenden.

Peter Portmann stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Detailberatung

Seite 5: Aussenanlage und Pausenplatz

Viktor Bienz möchte wissen, ob es gleich viele Parkplätze wie jetzt oder sogar weniger gibt.

Ivan Pejic antwortet, dass die Gestaltung noch in Planung ist. Jedoch wird es im heutigen Rahmen sein. Allenfalls wäre es ein Parkplatz weniger.

Viktor Bienz fragt nach, wie es in Zukunft ist, wenn die Parkplätze der Pilatusbahn stark ausgelastet sind oder eine Beerdigung mit vielen Leuten stattfindet? Welche Lösungen sind hier vorgesehen?

Laut Ivan Pejic hat man dies bereits mit der Pilatus Bahnen AG besprochen. Die Situation wird in solchen Engpässe, die ja lediglich ein bis zwei Mal pro Jahr bestehen, nach wie vor gewährleistet. Diese Parkplätze stehen auch bei Beerdigungen zur Verfügung.

Yasikaran Manoharan stellt fest, dass der letzte Satz nicht vollständig ist. Er bittet um Vervollständigung.

Matthias Senn wird es per Mail nachschicken.

Seite 7: Fazit Energiekonzept

Pascal Meyer ist aufgefallen, dass das Fazit des Gemeinderates nicht ganz mit der Strategie übereinstimmt, welche mit der Finanzplanung 2014-2018 beschlossen wurde. Dort wurde folgendes beschlossen: „*Neubauten und Sanierungen der Gemeindeliegenschaften richten sich nach den Vorgaben des Gebäude-Standard Energiestadt 2011.*“ Das widerspricht dem ein bisschen. Dies nur als kleine Bemerkung.

Seite 9: Antrag CVP/JCVP/GLP-Fraktion

Peter Portmann liest den Antrag nochmals vor: *Für die Gesamtsanierung Schulanlage Kirchbühl 1+2 ist der Bruttokredit von 17.98 Mio. Franken um die Investitionskosten von Fr. 330'000.00 für die Pellets-Heizung zu erhöhen, abzüglich der Kosten für die Gasheizung.*

Abstimmung Antrag Gemeinderat (Gemäss Vorlage), gegenüber Antrag CVP/JCVP/GLP-Fraktion (Erhöhung Fr. 330'000.00)

Mit 22:13 Stimmen wird der Antrag der CVP/JCVP/GLP-Fraktion angenommen.

Aakti, Brahim	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Berger, Rita	GR: gem. Vorlage
Bienz, Bruno	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Bienz, Viktor	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Bieri, Esther	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Camenisch, Rätö	GR: gem. Vorlage
Dalla Bona, Mara	GR: gem. Vorlage
Ercolani, Enrico	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Erni, Roger	GR: gem. Vorlage
Fässler, Peter	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Fluder, Hans	GR: gem. Vorlage
Graber, Kathrin	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Graf, Alfons	GR: gem. Vorlage
Heiz, Martin	GR: gem. Vorlage
Hofstetter, Kevin	GR: gem. Vorlage
Kaufmann-Wolf, Christine	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Kobi, Tomas	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00

Koch, Patrick	GR: gem. Vorlage
Lammer, Thomas	GR: gem. Vorlage
Manoharan, Yasikaran	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Mathis-Wicki, Judith	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Meyer, Pascal	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Nyfelner, Nicole	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Piras, Davide	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Schmid, Rolf	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Schwizer, Roland	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Spörri, Raphael	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Staub, Katja	GR: gem. Vorlage
Takacs, Fabian	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Tanner, Beat	GR: gem. Vorlage
Trüb, Paul	GR: gem. Vorlage
Tschümperlin, Erich	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Urfer, Mario	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Wicki Roth, Verena	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00
Zosso, René	CVP/JCVP/GLP: Erhöhung 330'000.00

Thomas Lammer stellt den Antrag, dass man auch dem Volk eine Variantenabstimmung vorlegt.

Laut Kathrin Graber hat sich die CVP/JCVP/GLP-Fraktion auch überlegt, ob das eine sinnvolle Sache wäre. Man ist zum Schluss gekommen, dass dies keine gute Lösung wäre. Die Mehrheit des Parlaments hat sich für eine Pellets-Heizung ausgesprochen. Es ist nicht klar, ob es dann der Schlager wird, dass die Stimmberechtigten über Fr. 330'000.00 mehr oder weniger abstimmen müssen. Die Sprechende beantragt, dass wie vorgesehen eine Abstimmungsfrage gestellt wird.

Erich Tschümperlin findet es nach den Ausführungen von Kathrin Graber auch nicht mehr eine so gute Idee. Er schlägt vor, dass man dem Baudepartement die Möglichkeit mit dem Contracting auf den Weg gibt. Dann wäre es in Bezug auf die Investitionskosten kostenneutral. Das wäre die elegantere Lösung.

Rolf Schmid möchte wissen, was ein Contracting für Folgen hat.

Räto Camenisch findet, dass die Fr. 330'000.00 ein relativ kleiner Betrag auf die gesamte Summe ist. Es ist wahrscheinlich nicht sinnvoll den Stimmbürger mit einer kleinen Summe und einer zusätzlichen Frage zu irritieren. Der Sprechende meint, dass die Pellets-Heizung zwar teurer in der Anschaffung ist, aber billiger im Betrieb. Diese soll dem Volk so vorgeschlagen werden. Man weiss, dass die Gaslieferungen immer sehr problematisch sind.

Gemäss Christine Kaufmann-Wolf geht es heute darum, dass das Schulhaus saniert wird. Das Schulhaus wird gebraucht, ob mit oder ohne Pellets-Heizung. Vorhin hat sich die Mehrheit für die Pellet-Heizung ausgesprochen. Was heisst jetzt das für FDP-Fraktion, wenn nur eine Frage vors Volk kommt? Steht sie dann noch dahinter oder bekämpft sie die Sanierung.

Peter Fässler ist auch der Meinung, dass es zu wenig Fleisch am Knochen für eine Variantenabstimmung. Die Fr. 330'000.00 ist im Einwohnerrat aufgrund des Finanzplans ein Prob-

lem. Für die Stimmbürger spielt es keine grosse Rolle. Es kostet so oder so viel. Deshalb lohnt es sich nicht eine Variantenabstimmung zu machen.

Thomas Lammer hatte das Ziel, einen Knopf zu lösen. Er möchte nicht, dass das Projekt wegen einem so kleinen Punkt scheitert. Die FDP-Fraktion möchte, dass der Finanzplan eingehalten wird, auch wenn es nur Fr. 300'000.00 sind. Man gibt immer ein wenig mehr aus. Das geht auf Dauer nicht.

René Zosso glaubt, dass wenn das Projekt scheitert, dann liegt es daran, dass sich der Einwohnerrat nicht einig ist und das nach aussen trägt. Für die Bürger ist der Betrag von Fr. 300'000.00 nicht wahnsinnig dramatisch, da der Betrag sowieso hoch ist.

Räto Camenisch denkt, dass wenn man das mit einer Variantenabstimmung macht, besteht die Gefahr, dass die Leute über die Heizung zu diskutieren beginnen und gar nicht mehr realisieren, dass es um das Schulhaus geht. Die Sanierung des Schulhauses kostet sehr viel Geld. Er kann sich vorstellen, dass es Bürger gibt, die nicht so viel Geld ausgeben möchten. Die Diskussion sollte nicht auf die Heizung reduziert werden.

Abstimmung Antrag Lammer (Volksabstimmung mit Kredit und Zusatzkredit)

Mit 24:9 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Antrag von Thomas Lammer abgelehnt.

Aakti, Brahim	nein
Berger, Rita	ja
Bienz, Bruno	nein
Bienz, Viktor	nein
Bieri, Esther	nein
Camenisch, Räto	nein
Dalla Bona, Mara	ja
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	ja
Fässler, Peter	nein
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	nein
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	ja
Kaufmann-Wolf, Christine	nein
Kobi, Tomas	nein
Koch, Patrick	Enthaltung
Lammer, Thomas	ja
Manoharan, Yasikaran	nein
Mathis-Wicki, Judith	nein
Meyer, Pascal	nein
Nyfeler, Nicole	nein
Piras, Davide	nein
Schmid, Rolf	nein
Schwizer, Roland	nein
Spörri, Raphael	nein
Staub, Katja	Enthaltung
Takacs, Fabian	nein
Tanner, Beat	ja
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	nein
Urfer, Mario	nein
Wicki Roth, Verena	nein

Zosso, René	nein
-------------	------

Seite 17: Bemerkungsantrag SVP

Gemäss Martin Heiz beantragt die SVP-Fraktion, dass folgende Bemerkung im Beschlusstext ergänzt wird: *Betreffend dem Schulraumprovisorium ist dem Einwohnerrat in einem separaten Bericht aufzuzeigen, wie Synergien mit einem Provisorium für die Sanierung des Brunnmattschulhauses gefunden werden können. Mit diesem Bericht ist auch ein allfälliger B+A für einen Sonderkredit (ev. Kauf) dem Einwohnerrat vorzulegen.*

Judith Luthiger-Senn führt aus, dass der Gemeinderat diesen Antrag entgegen nimmt. Der Gemeinderat würde jedoch beliebt machen, dass eine Ergänzung wie folgt gemacht wird: ...wie Synergien mit einem Provisorium für die Sanierung *weiterer Schulanlagen* gefunden werden können.

Martin Heiz ist damit einverstanden.

Dem Antrag wird nicht opponiert und ist somit überwiesen.

Guido Solari liest den **Beschlusstext** vor:

1. *Für die Gesamtanierung Schulanlage Kirchbühl 1+2 inkl. Holz-Pelletheizung wird ein Bruttokredit von Fr. 18'310'000.00 bewilligt.*
2. *Dieser Kreditbeschluss unterliegt dem obligatorischen Referendum.*
3. *Folgende Bemerkung wird überwiesen:
Betreffend dem Schulraumprovisorium ist dem Einwohnerrat in einem separaten Bericht aufzuzeigen, wie Synergien mit einem Provisorium für die Sanierung weiterer Schulanlagen gefunden werden können. Mit diesem Bericht ist auch ein allfälliger B+A für einen Sonderkredit (ev. Kauf) dem Einwohnerrat vorzulegen.*
4. *Mitteilung an den Gemeinderat zur Ansetzung der Volksabstimmung.*

Abstimmung über den Beschlusstext Bericht und Antrag Nr. 136/14:
Der Beschlusstext wird mit 22:8 Stimmen bei 5 Enthaltungen genehmigt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	Enthaltung
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Rätö	nein
Dalla Bona, Mara	Enthaltung
Ercolani, Enrico	ja
Erni, Roger	Enthaltung
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	nein
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	nein
Heiz, Martin	nein
Hofstetter, Kevin	Enthaltung

Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	nein
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	nein
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	Enthaltung
Trüb, Paul	nein
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

Peter Portmann verabschiedet die Sachverständigen.

Von 14 Mitgliedern des Parlaments wurde ein Konstruktives Referendum eingereicht. Der Antrag lautet: „Für die Gesamtsanierung Schulanlage Kirchbühl 1+2 wird ein Bruttokredit von Fr. 17'980'000.00 bewilligt (analog Antrag Gemeinderat).“

14. Bericht und Antrag: Gemeindeinitiative „Verkleinerung der Mitgliederzahl des Einwohnerrates Kriens“ Nr. 140/14

Gemäss Peter Portmann wurde die Gemeindeinitiative „Verkleinerung der Mitgliederzahl des Einwohnerrates Kriens“ mit 887 gültigen Stimmen eingereicht. Mit Entscheid vom 20. August 2014 hat der Gemeinderat das Zustandekommen der Initiative erwahrt.

In der FGK ist laut Roger Erni das Eintreten unbestritten. Dies ist eine politische Beurteilung, ob man nach sechs Jahren nach der Einführung den Einwohnerrat wieder verkleinern möchte. Viele gute aussagekräftige Zahlen, Daten und Fakten hat der Gemeinderat in seinem Bericht geliefert. Dafür dankt die FGK. Die ausgezählten Facts haben in der FGK zu einem klaren Verdikt geführt. Mit 6:1 Stimmen wird die Initiative abgelehnt. Es ist aus Sicht der FGK erwiesen, dass Jungparteien bei einer Verkleinerung als Verlierer aus diesem Prozess hervorgehen. Ebenso wurde angefügt, dass vor wenigen Jahren die Vergrösserung einzig aufgrund der Integration der Schulpflege in den Einwohnerrat stattfand. Notabene hat dies wie im Bericht dargestellt Fr. 50'000.00 eingespart. Aus Sicht der Gegnerin wurde dargestellt, dass es neben den Kosten von rund Fr. 15'000.00 bis Fr. 20'000.00 zwei gewichtige Gründe für die Verkleinerung des Einwohnerrates existieren. Wegen der Bündelung der Politischen Kräfte sowie die Rekrutierung der Kandidaten macht es absolut Sinn den Einwohnerrat zu verkleinern. Folgende Parteien konnten bei den letzten Einwohnerratswahlen gewählt werden: JCVP, GLP, JUSO, JG, Group Politique 60+, Grüne, SP, CVP, FDP, SVP, Chance 21. Elf bis zwölf Parteilagergruppierungen haben um Wähler gekämpft. Das ist für eine Gemeinde mit 30'000 Einwohnern einfach zu viel. Deswegen müssten die politischen Kräfte gebündelt werden.

Gemäss Verena Wicki Roth, CVP/JCVP/GLP-Fraktion, setzt sich der Einwohnerrat Kriens seit der Einführung der neuen Gemeindeordnung im Jahr 2008 aus 36 Personen zusammen. Eingeführt wurde dies, nachdem die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen mit 53.5% Ja-Stimmen am 25. November 2007 der Änderung zugestimmt haben. Nun, nach sechs Jahren, stellt die FDP diesen Entscheid mit ihrer Gemeindeinitiative wiederum in Frage. Die Vergrösserung des Einwohnerrates in Kriens hat folgendes gebracht:

- Die vielfältigen und steigenden Aufgaben wurden auf mehr Schultern verteilt. Die Fraktionen können die Aufgaben auf mehr Personal verteilen.
- Die Parteienvertretungen wurde vielfältiger und damit finden mehr Meinungen Gehör im Parlament: Bei den letzten Wahlen fanden vor allem die Jungen den Zugang ins Parlament. Mit den Jungparteien können sie in ihren eigenen Reihen politisieren und finden so besser Gehör.
- Die Grösse des Einwohnerrates repräsentiert die Grösse und Vielfalt der Krienser Bevölkerung, auch im Vergleich mit anderen Gemeinden.
- Mit der Aufstockung des Einwohnerrates konnte damals die Schulpflege aufgehoben werden. Damit wurden Kosten eingespart.

Die CVP/JCVP/GLP-Fraktion ist der Meinung, dass die aktuelle Grösse des Einwohnerrates aus folgenden Gründen Sinn macht und mehr bringt:

- Demokratie ist anspruchsvoll. Die Einwohnerratsmitglieder sind gefordert, hinzuhören um Anliegen und Themen zu erkennen. Sie müssen sich in Themen eindenken und einarbeiten. Ein grösserer Einwohnerrat verbessert die Chance, diese verschiedenen Stimmen und Anliegen zu hören und aufzunehmen.
- Es gibt genügend Kandidaten. Bei den letzten Wahlen wurden auf 36 Sitze 120 Kandidaten und Kandidatinnen rekrutiert.
- Effizienz ist ein wichtiges Anliegen in einer leistungsorientierten Gesellschaft. Doch braucht die Politik den Dialog um effektiv und wirkungsvoll zu sein. Durch Effizienz kann an breiten Bevölkerungsgruppen vorbeipolitisiert werden, die auf der Strecke bleiben und kein Gehör finden. Zudem kamen die Vorstösse der Einwohnerräte nach einem Hype im Jahr 2008/2009 wiederum auf einen ähnlichen Stand wie vorher.
- Demokratie darf und muss etwas kosten. Die Einsparung von durchschnittlich Fr. 8'700.00 ist gering und macht die positiven Effekte eines grösseren Einwohnerrates nicht wett.

In der Summe steht die CVP/JCVP/GLP-Fraktion der Reduktion des Einwohnerrates sehr kritisch gegenüber und unterstützt die Initiative der FDP nicht. Sie ist der Meinung, dass echte Demokratie auch die Einbindung von unterschiedlichen Meinungen, auch von Minderheiten, braucht. Das darf auch etwas kosten und die Krienser Bevölkerung kann sich das leisten.

Patrick Koch, SVP-Fraktion führt aus, dass die jährlichen Einsparungen bei der Reduktion des Einwohnerrates von 36 auf 30 Mitglieder sage und schreibe Fr. 10'000.00 bis Fr. 15'000.00 betragen. Da haut es den Sprechenden doch glatt aus den Socken. Die FDP hat da wahrlich ein riesiges Sparpotenzial ausgemacht. Es ist da schon sehr erstaunlich, dass die FDP bei der Zentrumsplanung fast vorbehaltlos ja zu 37 Mio. Franken Nettoinvestitionen sagt und jetzt die Bürger wegen ein paar tausend Franken an die Urne zwingt. Mit der Abschaffung der Schulpflege hat der Einwohnerrat ein Jobenlargement erfahren. Die BiK wurde zusätzlich geschaffen. Dies war ein Hauptgrund für die Erhöhung der Mitgliederzahl des Einwohnerrates. Die zeitliche Beanspruchung an die Parlamentarier ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Eine Reduktion hätte eine weitere Mehrbelastung der Parlamentarier zur Folge. Dass dieses Ansinnen für die Reduktion der Einwohnerratssitze ausgerechnet von der Wirtschaftspartei FDP kommt, überrascht die SVP-Fraktion doch sehr. Ist es doch gerade jene Partei, die im Parlament regelmässig mit Abwesenheiten glänzt. Patrick Koch durchleuchtete die Prä-

senz der Einwohnerräte nach Partei im 2013. In diesem Jahr fehlten insgesamt 28 Einwohnerräte an Sitzungen. Mit gleich 12 Abwesenden führt die FDP diese Statistik unangefochten an. Am 27. Juni 2013 fehlten gleich 3 FDP-Parteimitglieder an der Einwohnerratssitzung. Es stellt sich die Frage, ob die FDP wirklich die Anzahl Sitze reduzieren und noch mehr Geschäfte und Kommissionssitzungen aufhalsen will. Mit den letzten Einwohnerratswahlen hat der Einwohnerrat auch eine Verjüngung erlebt. Dies ist ein weiterer positiver Effekt von 36 Ratsmitgliedern. Die Einwohnerrats-Küken sind weiss Gott nicht die Hinterbänkler in diesem Raum. Auch die beiden jungen Vertreter in den Reihen der FDP könnten vermutlich heute nicht mitreden, würde der Einwohnerrat 30 Sitze umfassen. Will die FDP die Jungen bei den nächsten Wahlen opfern? Die Initiative hat für die SVP-Fraktion einen populistischen Touch. Die FDP zielt mit ihrer Initiative gegen den gesamten Einwohnerrat. Es wird dem Volk suggeriert, dass der Einwohnerrat nicht effizient arbeitet und die Parlamentarier hohe Sitzungsgelder einstreichen. Das ist Mumpitz. Im Abstimmungskampf wird es sehr schwierig sein, die Vorteile von 36 Einwohnerräten hervor zu heben und gegen die plumpen Argumente der Befürworter anzukämpfen. Es ist wichtig, dass die Gegner gemeinsam gegen die Initiative mobil machen, so wie beim Bypass, diesmal halt ohne die FDP. Die SVP-Fraktion sagt einstimmig Ja zum B+A des Gemeinderates und somit Nein zur Gemeindeinitiative der FDP Kriens.

Thomas Lammer von der FDP-Fraktion meint zum Thema Effizienz nur, dass man heute schon seit dem Morgen im Saal sitzt und nicht erst seit dem Mittag. Es werden heute alle im Sinne des Gemeinderates stimmen und die Initiative ablehnen, wie dies bereits bei der Behandlung der Motion Lammer zum entsprechenden Thema gemacht wurde. Die FDP-Fraktion wird also allein für die Annahme der Initiative stimmen. Es war ein politischer Entscheid dem Volk die Fragestellung der Mitgliederzahl nicht separat bei der Abstimmung über die neue Gemeindeordnung vorzulegen. Die FDP hat sich im Jahre 2007 als einzige Partei aktiv gegen die Erhöhung des Einwohnerrates auf 36 Mitglieder eingesetzt. Im Vorfeld der Abstimmung 2007 wurde eine Vernehmlassung zur neuen Gemeindeordnung durchgeführt. Damals haben sich 73 Privatpersonen gegen eine Erhöhung ausgesprochen. Nur 27 Private sprachen sich für eine Erhöhung aus. Für die FDP war dies ein klares Indiz, dass eine Erhöhung nicht erwünscht ist. Die damalige Vorlage wurde dem Stimmbürger als Gesamtpaket vorgelegt. Es ist klar, dass man wegen einer Fragestellung nicht das gesamte Paket verwirft. Deshalb will die FDP diese eine Frage nochmals separat klären. Sie ist überzeugt, dass die Fragestellung gute Chancen beim Volk hat. Die FDP hat ihre Initiative innert der vorgegebenen Frist problemlos zustande gebracht. Es wurden insgesamt 877 gültige Unterschriften eingereicht, was 75 % über den minimalen Anforderungen liegt. Der Gemeinderat nimmt die Argumente der Initiative auf und reflektiert diese. Der Sprechende dankt für das Zahlenmaterial. Fakt bleibt aber, dass die Zahl der Vorstösse seit der Erhöhung zugenommen hat. Dabei spielt es keine Rolle wie man zählt. Die Menge der Interpellationen und Postulate hat stark zugenommen. Die Vergrößerung der Meinungsvielfalt ist ebenfalls im Bericht des Gemeinderates breit dargelegt. Die FDP-Fraktion erkennt einzig eine Gruppierung, welche wirklich einer neuen oder anderen politischen Strömung zuzuordnen ist mit der GLP. Ansonsten ist es schwierig eine wirkliche Verbreiterung der Meinungsvielfalt auszumachen. Aber das ist natürlich Interpretationssache. Fast schon emotional wird es, wenn allenfalls Nichtgewählte namentlich aufgeführt werden. Hier hätte der Sprechende mehr Sachlichkeit erwartet. Es ist ziemlich gewagt, dass Wahlergebnis 2012 einfach auf 30 Mitglieder zu kürzen. Sie werden das natürlich alle anders sehen. Also soll man das Volk entscheiden lassen. Die FDP-Fraktion wird den Abstimmungskampf jedenfalls führen und rechnet sich gute Chancen aus.

Die SP/JUSO-Fraktion ist gemäss Mario Urfer für Eintreten. Eine demokratische Tatsache ist, dass die FDP die Initiative mit 877 gültigen Stimmen eingereicht hat. Trotzdem hat sich der Sachverhalt nicht geändert, sondern mit dem Bericht vom Gemeinderat nur bestätigt, dass die Argumente für eine Verkleinerung des Parlaments nicht halten. Die Forderungen sind immer

noch dieselben, wie in der Motion die am 21. November 2013 im Einwohnerrat kein Bestand hatte. Dass die Erhöhung keine Auswirkungen von Meinungsgruppen im Rat hatte, mag wohl nur aus der Sicht der FDP stimmen, solange dass die Jungliberalen und Group Politique 60+ nicht eigenständig, sondern wie ihre Mutterpartei politisieren. Der Bericht zeigt, dass die Jungen Grünen und die JUSO nicht im Rat wären. Dass die JUSO eigenständig politisiert, sogar polarisiert, ist wohl Schweizweit bekannt. Bei einer Verkleinerung des Rates würde die junge Generation zur Mitbestimmung ihrer Zukunft ausgeschlossen. Dass eine vermehrte Vielfalt von Meinungsgruppen in den Rat Einsitze nahmen ist bestätigt. Das Hauptargument ist aber die Kosteneinsparung. Die FDP will erreichen, dass weniger Vorstösse eingereicht werden. Mit der Vergrößerung des Rates und Auflösung der Schulpflege wurden zu seiner Zeit Kosten gespart. Die Anzahl der Vorstösse halten sich aktuell etwa im gleichen Rahmen wie mit 30 Einwohnerratsmitgliedern. Interessanterweise hat die FDP doppelt so viele Vorstösse eingereicht wie die SP/JUSO-Fraktion. Bestes negativ Beispiel in Sachen Effizienz ist der Vorstoss „Sozialbezug mir Fairness“ von Enrico Ercolani. Ein Postulat einreichen, die Verwaltung beschäftigen und dann zurückziehen, um ein Podiumsgespräch zu führen, ist nicht effizient. Kaum förderlich für die Rekrutierung von Kandidaten ist, dass bei einer Verkleinerung die Belastung des Milizparlaments erhöht würde. Die Materielle Behandlung im Bericht spricht für sich und muss nicht nochmals zitiert werden. Im Berufsumfeld von Mario Urfer nennt man die Argumente der FDP, dass sie nicht Rot sind. Das heisst, nicht realitätsorientiert.

Fabian Takacs, Grüne/JG-Fraktion, gratuliert den Initiantinnen und Initianten der Initiative „Verkleinerung der Mitgliederzahl des Einwohnerrates Kriens.“ Keine schlechte Leistung über 800 Unterschriften für eine solche Initiative zu sammeln. Das verdient Respekt. Zuerst einmal einen herzlichen Dank für diese sehr versierte und detaillierte Antwort auf die Initiative im B+A des Gemeinderates. Ein Dank auch an die kritischen Voten der Vorredner. Die Grüne/JG-Fraktion sieht in dieser Initiative und der geforderten Sitzzahlreduktion von 36 auf 30 Sitze einen direkten Angriff auf die Meinungsvielfalt, auf die Jungparteien und auf eine funktions-tüchtige Demokratie in Kriens. Zudem sind die Argumente der Initianten teilweise grobfahrlässig irreführend und inkorrekt. Diese Initiative, getarnt als wohlwollendes Kostensenkungsinstrument, entpuppt sich als populistische Stimmungsmache in Zeiten des Sparwahns und als plumper Stimmenfang im Vorfeld der Kommunalwahlen 2016. Die Argumentationen der Initiative sind fadenscheinig und stimmen mit den Fakten nicht überein.

- *Politische Kräfte bündeln:*

Von den Initianten heisst es, dass keine Meinungsvielfalt durch die Sitzzahlerweiterung im Jahre 2008 erzielt worden ist. Ganz offensichtlich ist diese Aussage falsch, wenn man einmal über die eigene Fraktionsgrenze hinweg blickt und sich hier drin umschaute. Dann ist die Frage von Roger Erni aufgetaucht, weshalb ein Dorf so viel verschiedene Parteien haben soll. Warum nicht? Der Sprechende sieht kein Problem damit. Vielleicht machen Jungparteien die gleiche Politik wie ihre Mutterparteien und stimmen ungefähr gleich ab. Jungparteien machen auch ausserhalb des Rates Politik und setzen sich ein. Das motiviert die Jungen in der Politik mitzumachen.

- *Der Ratsbetrieb soll effizienter werden:*

Die Anzahl Vorstösse hat nichts damit zu tun, ob im Parlament 30 oder 36 Mitglieder sitzen, sondern mit dem Engagement einzelner Politikerinnen und Politiker. Gegen die Forderung nach einem geschmeidigeren Ratsbetrieb hat die Grüne/JG-Fraktion nichts auszusetzen. Doch da muss man sich bei der eigenen Nase nehmen und nicht die Rahmenbedingungen manipulieren. Ist es doch die FDP, welche im Einwohnerrat immer wieder mit monströsen Vorstossfluten den Gemeinderat und die Verwaltung bis zum Hals mit Arbeit zudeckt. Ein Blick auf die heutige und die letzteren Traktandenliste bestätigt dies. Aber da muss man aufpassen, dass nicht gegen das Produzieren von Vorstössen geflucht wird,

denn das ist eine Kernaufgabe eines Einwohnerrates. Es zeigt einfach, dass hier Gewisse Wasser predigen und Wein trinken.

- *Rekrutierung von Kandidatinnen und Kandidaten vereinfachen:*
Die Initianten behaupten mit einer Sitzzahlverkleinerung soll es einfacher sein, Leute für die Wahllisten zu finden. Wenn man den potentiellen Kandidierenden schon im Vornerein sagen muss, dass sie wegen der Einwohnerratsverkleinerung in zwei Kommissionen Einsitz nehmen müssen, ist fraglich, wer sich dann noch freiwillig für eine Kandidatur meldet. Je kleiner der Rat, desto grösser wird die Arbeitsbelastung pro Kopf. Alle haben neben dem ehrenamtlichen Engagement im Einwohnerrat auch noch einen Beruf oder ein Studium und eine Familie. Wenn eine Partei Problemen hat Mitglieder zu finden, dann soll sie sich überlegen, ob sie eine andere Politik machen oder anders strukturieren soll.
- *Kosten sparen:*
Da ist bei den Initianten anscheinend vergessen gegangen, dass mit der Sitzzahlerweiterung vor sechs Jahren die Schulpflege aufgehoben worden ist. Die angesprochenen Fr. 18'000.00 Kosteneinsparungen oder wie der Gemeinderat im Bericht korrigiert nur Fr. 15'000.00 Kosteneinsparungen sind eine Farce. Ein kurzer Vergleich zeigt auch schon, was die Sparexperten der FDP für einen wichtigen Beitrag für den Krienser Finanzhaushalt liefern. Sie kaufen ein Haus und zahlen 1 Mio. Franken. Nach dem Kauf geht der Streit mit dem Ehepartner darüber los, ob sie für gut Fr. 86.00 noch einen Drucker anschaffen sollten. Zuerst streiten sie im Zimmer alleine, dann tragen sie den Streit vor der versammelten Familie aus und am Schluss streiten sie an der nächsten Generalversammlung der Überbauung mit allen Nachbarn zusammen darüber, ob sie diesen Drucker anschaffen sollten oder nicht. Das Beispiel, auch wenn es überspitzt ist, zeigt, dass die potentiellen Einsparungen einer Sitzzahlreduktion gerade mal 0.0086% vom jährlichen Gesamtaufwand ausmacht. Der Einwohnerrat soll sich nicht lächerlich machen. Mit der heutigen Sitzung, dem damit verbundenen Aufwand der Verwaltung, dem Drucken der B+A's für den Einwohnerrat, die Unterschriftensammelaktion, den Abstimmungskampf nach der heutigen Sitzung, die Diskussion im Gemeinderat etc. hat diese Initiative noch vor der Abstimmung an der Urne mehr unproduktive Kosten verursacht, als sie vorgibt einzusparen.

Desto erfreuter ist der Sprechende, dass sich die Mehrheit des Einwohnerrates, heute nicht auf das einlässt und diese Initiative ablehnt. Es muss endlich mal Schluss damit sein, auf dem Krienser Parlamentsbetrieb rumzutreten. Das Krienser Milizsystem funktioniert gut und ist, wie die heutige Sitzung zeigt, sehr lebendig. Und das alles, obwohl Parlamentsmitglieder für ihre Arbeit nur einen symbolischen Lohn von wenigen Tausend Franken erhalten. Die Einwohnerratsmitglieder leisten einen wichtigen Beitrag für die Gemeinde, welche allen am Herzen liegt und für die sie ihre freie Zeit ehrenamtlich verbringen. Für Fabian Takacs ist es kein Wunder, dass die Abneigung vieler Bevölkerungskreisen gegenüber der Politik zunimmt, wenn gewisse Kreise in regelmässigen Abständen gebetsmühlenartig die direkte Demokratie anzweifeln. Zudem ist die Sitzzahl im Krienser Einwohnerrat im Vergleich zu Parlamenten in anderen Städten vollkommen gewöhnlich. Die Stadt Zug hat knapp 28'000 Einwohner und Einwohnerinnen und ein Parlament mit 40 Sitzen. Die Gemeinde Horw mit knapp 14'000 Einwohner und Einwohnerinnen hat 30 Sitze im Parlament. Das Krienser Parlament ist also nicht etwa zu gross. Es ist allenfalls zu klein. Hier stellt sich die Frage, ob die Initianten den Krienserinnen und Krienser etwa nicht einen würdig grossen Parlamentsbetrieb zugestehen, so wie die Bewohner und Bewohnerinnen dies in anderen Gemeinden haben. Die Jungen Grünen werden sich zusammen mit der JUSO, den JCVP, JGLP und den JSVP gemeinsam in einem Komitee gegen diese schädliche Initiative wehren. Falls die Jungfreisinnigen den Mut aufbringen, sich gegen ihre Mutterpartei zu wehren, sind sie natürlich ebenfalls herzlich Willkommen. Es ist wichtig, dass man gemeinsam solchen Angriffen auf die Demokratie begegnet. Die Grünen/JG-Fraktion ist für Eintreten und sagt entschlossen Nein zur Initiative.

Laut Davide Piras muss heute der FDP erklärt werden, was Demokratie bedeutet. Denn eine Verkleinerung des Krienser Parlaments ist alles andere als der Schweizer Demokratie Gedanke. Das Parlament ist eine Abbildung der Krienser Bevölkerung. Mit dieser Gemeindeinitiative wird die Abbildung verzerrt. Die Wahlergebnisse im 2012 sprechen Klartext. Die Krienser Bevölkerung möchte weitere politische Gruppen im Einwohnerrat vertreten haben. Ein wichtiger Punkt war die Vertretung der Jungparteien im Parlament. Die Begründung des Initiativ-Komitees widerspricht sich in allen Punkten. Es wird behauptet, dass es keine Ausweitung der Meinungsgruppen gegeben hat. Was ist mit den Parteien wie die JUSO oder die Jungen Grünen? Sind das keine Meinungsgruppen? Ein Punkt muss jedoch der Sprechende bestätigen. Nicht jede politische Junggruppierung hat eine eigene Meinung und zeigt sich als selbstständig. Es wird immer wieder die Kosteneinsparung gezeigt. Dass aber im Gegenzug die parlamentarische Arbeit pro Einwohnerrat erhöht wird, wird nicht erwähnt. Die Arbeit in den Kommissionen wird nicht weniger. Weiter kommt dazu, dass mit der zusätzlichen Arbeit pro Einwohnerrat die versprochene Effizienz nicht gewährleistet werden kann. Im Gegenteil sinkt die Qualität durch den grösseren Arbeitsberg und Zeitdruck. Die erwähnte Rekrutierungsarbeit von neuen Einwohnerräten bei den Wahlen wird nicht vereinfacht, sondern erschwert. Mit 30 Einwohnerratssitzen steigt wie erwähnt die pro Kopfarbeit. Spätestens an der Abstimmung weiss dies der Stimmbürger auch. Der Job als Einwohnerrat verliert so auch an Attraktivität. Ein Kommentar zu der erhofften Reduktion von der Anzahl der Vorstösse. Mit der Verkleinerung des Einwohnerrats wird die Anzahl von Vorstössen nicht weniger. Eine solche Massnahme ist eine reine FDP-Symptom-Bekämpfung. Jeder Parlamentarier hat das Recht unbeschränkt Vorstösse einzureichen. Das ist das richtige Demokratieleben. Einen Zusammenhang mit der Grösse des Parlaments und der Anzahl Vorstösse kann ausgeschlossen werden. Z.B. reicht die Grüne/JG-Fraktion fast so viele Vorstösse ein wie die grösseren Fraktionen. Dabei sind sie halb so gross. Der Krienser Einwohnerrat hat mit 36 Sitzen eine geeignete Grösse. Der Demokratiedanke wurde gestärkt und die Krienser Bevölkerung ist in allen seinen Seiten vertreten. Eines kann die JCVP Kriens versprechen. Falls die FDP immer noch der Meinung ist, dass die Jungparteien keine eigenen Meinungsgruppen bilden, dann wird sie spätestens nochmals bei der Abstimmungskampagne vom Gegenteil überzeugt. Die JCVP Kriens bedankt sich beim Gemeinderat für den sehr guten Bericht und wird diese Budgetbelastende Initiative nicht unterstützen.

Pascal Meyer gesteht zu, dass die FDP die wirklich grossen Probleme in Kriens erkennt. Blind scheinen die anderen. Wie konnte man nur übersehen, dass sich die Jungen im Krienser Einwohnerrat eingenistet haben. Das Ganze kostet Kriens noch Fr. 15'000.00. Das findet der Sprechende nicht in Ordnung. Das alles war natürlich ironisch. Man hörte bereits heute schon, dass dieser Betrag 0.00866 % vom gesamten Krienser Aufwand ausmacht. Wird ein Autolenker mit dem Blutalkoholwert von 0.0866 ‰ erwischt, kann dieser ohne Beanstandung weiter fahren. Es stellt sich die Frage, wieso die FDP aus dieser Mücke einen Elefant machen möchte. Der Sprechende findet Initiativen, die rein als Marketinginstrument lanciert werden, schädlich. Hat die FDP-Fraktion nicht den Mut die wirklich grossen Probleme in Kriens anzusprechen? Mit dem Bericht des Gemeinderates liegen die Fakten auf dem Tisch. Der Krienser Einwohnerrat hat im Vergleich zu anderen Gemeinden eine durchschnittliche Grösse. Mindestens drei Jungmitglieder wären heute nicht im Einwohnerrat vertreten. Offensichtlich werden auch nicht mehr Vorstösse gemacht als früher. Mit der Reduktion auf 30 Einwohnerratsmitglieder würde man Fr. 15'000.00 einsparen und die Belastung der einzelnen Mitglieder würde grösser werden. Die Jungfreisinnigen brüsten sich auf Facebook mit ihrem Engagement für die Verkleinerung des Einwohnerrates. Das können sie selbstverständlich, aber der Sprechende fragt nach der Begründung. Ist ihre Prämisse „Weniger Staat, mehr Freiheit“? Oder folgen sie ohne kritisches Hinterfragen solchen Floskeln? Die logische Folge von ihrem Denkschema ist, dass kein Staat volle Freiheit gewährleistet. Oder verfolgen alle anderen Parteien das Ziel mehr Staat weniger Freiheit? Wohl kaum, denn so einfach ist die Welt nicht. Der Sprechende und alle anderen Einwohnerratsmitglieder müssen mindestens einen Anstieg der

politischen Vielfalt mit 36 Mitglieder zur Kenntnis nehmen. Die Fr. 15'000.00 zur Förderung der politisch interessierten Jugend ist keine Fehlinvestition. Die Jungfreisinnigen sehen dies anscheinend anders. Falls sie keine plausible Erklärung bringen können, können sie sich dem Komitee der Jungparteien anschliessen. Das Volk soll und darf über brennende Fragen entscheiden dürfen. Aber wenn die Bevölkerung zu Werbezwecken instrumentalisiert wird, zeigt dies kein Bekenntnis zur Sachpolitik.

Martin Heiz erwähnt, dass die heutige Traktandenliste aus 21 Traktanden besteht. Davon sind sechs Vorstösse oder Berichte zu Vorstössen von der FDP. Zum anderen beschäftigt sich der Einwohnerrat so selber. Er denkt an das Postulat von Davide Piras, worüber beim Bericht wieder eine halbe Stunde diskutiert wird, welches eigentlich schon erledigt ist. Das kostet die Gemeinde dann schon wieder Fr. 500.00. Eine Stunde vom Einwohnerrat kostet Fr. 1'080.00. Die finanziellen Auswirkungen betragen Fr. 8'600.00. So sollten eigentlich nur acht Stunden eingespart werden, indem weniger gesprochen wird. Es soll darüber nachgedacht werden, ob Postulate überwiesen werden, die indirekt schon erledigt sind. Wenn heute die Vorstösse der FDP nicht gewesen wären, wäre die Sitzung vielleicht schon beendet. Der Sprechende findet man soll im Rat rationeller arbeiten und nicht die Meinungsvielfalt beschneiden. Eine grosse Meinungsvielfalt ist gut.

Yasikaran Manoharan erwähnt, dass vieles von den Vorrednern bereits gesagt wurde. Im Namen der JUSO möchte er auch noch ein paar Worte loswerden. Dass die Initiative praktisch nur Nachteile mit sich bringt, hat der Bericht des Gemeinderates schon aufgezeigt. Die vielen Voten der Einwohnerratskollegen von links bis rechts verdeutlichen dies. Die Jungfreisinnigen haben vor rund drei Monaten im KriensInfo einen Text publiziert. Er zitiert daraus: „Als einzige Jungpartei in Kriens setzen wir uns für eine sachliche und lösungsorientierte Zukunftspolitik ein. Wir versuchen dieses Ziel im Gegensatz zu den anderen Parteien mit sachlichen Argumentationen und wenig Polemik zu erreichen.“ Dann lobten sie diese Initiative. Der Sprechende sucht jetzt noch nach sachlichen und lösungsorientierten Argumentationen im Initiativtext. Vielleicht können dies die Jungfreisinnigen noch erklären. Viel mehr überzeugen die Liberalen mit unwahren Argumenten. Yasikaran Manoharan findet solche Aussagen gegen andere Parteien äusserst anmassend und provokativ. Gerade von einer Partei die nicht mit einer eigenen Liste kandidiert hat. Die Jungparteien können Sachpolitik betreiben, denn Sachpolitik bedeutet auch, dass man bei wichtigen politischen Entscheiden über die Parteigrenze hinaus zusammen sitzen und für eine Sache einstehen kann. Die gewählten Jungparteien können das und haben dies im Herbst 2013 bei der Abstimmung über die Umzonung des Grosshofs bewiesen. Dort haben die Jungsozialisten, Jungen Grünen, JCVP und GLP mit einem sehr aktiven Abstimmungskampf stark zum Erfolg beigetragen. Natürlich wurden damals die Jungfreisinnigen angefragt. Nach dem dritten Mal erhielt man dann eine Antwort. Sie haben die Zusammenarbeit sachpolitisch und zielorientiert abgelehnt und äusserten keine Haltung dazu. Er ist sich sicher, dass aufgrund der vielen Jungparteien viele Jugendliche animiert wurden diese auch zu wählen. Dies ist so, weil sich die Jugendlichen viel besser mit den Jungparteien identifizieren können. Als Jungpartei kann man sich von der Meinung der Mutterpartei absetzen oder andere politische Themen angehen. Das sind wesentliche Vorteile und Bereicherungen. Die Initiative, sofern sie angenommen wird, schmälert die Chancen für die Jungen gewählt zu werden deutlich. Die Initiative ist nicht viel mehr als eine Respektlosigkeit gegenüber den Wählerinnen, Wählern und den jungen Kandidierenden. Der Sprechende hofft, dass diese Initiative heute, wie auch am Abstimmungstag, deutlich abgelehnt wird.

Gemäss Kevin Hofstetter wurde die Meinungsvielfalt breit diskutiert. Er findet diese sehr wichtig, sei es unter den Parteien oder in der Fraktion. Er ist sehr gerne bei den Liberalen. Er kann auch super mit Enrico diskutieren, welcher nicht gerade das gleiche Alter hat wie der Spre-

chende. So geht es ihm mit all seinen Kameraden. Mara Dalla Bona und Kevin Hofstetter fühlen sich sehr wohl bei der FDP. Mara Dalla Bona wurde nicht als Jungfreisinnige, sondern als Mitglied der FDP in den Einwohnerrat gewählt. Ein grosses Dankeschön an die FDP, dass sie den Mut hatten, zwei Junge nachzuziehen. Es ist gut, wenn sich die Jungen mit der etwas älteren Generation über gewisse Themen unterhalten und gemeinsam Lösungen finden können. Selbstverständlich haben sich die Jungliberalen mit der JCVP, Jungen Grüne, JUSO zusammengetan. Der Sprechende hat überhaupt keine Angst, dass die Jungen zu kurz kommen. Im Gegenteil. Die Mutterparteien sehen, dass es attraktiv ist junge Personen in ihren Reihen zu haben. Dafür braucht es nicht unbedingt Jungparteien, die separat kandidieren. Es wurde moniert, dass die Jungparteien gleich politisieren wie ihre Mutterparteien. Dem ist jedoch nicht so. Wenn man bei den Abstimmungsresultaten nachgeschaut hat, sieht man, dass Mara Dalla Bona und der Sprechende nicht immer gleich abgestimmt haben wie ihre Mutterpartei. In den Grundzügen sieht man jedoch, dass man liberal ist.

Esther Bieri wiederholt, dass es das Recht jedes Einwohnerratsmitgliedes ist Vorstössen einzureichen. Dagegen hat sie auch nichts. Sie sieht aber trotzdem ein Sparpotential nämlich im chaotischen Vorstossverhalten der FDP. Die beiden Vorstösse Interpellation Tanner (Nr. 084/2013) Kostentreiber Soziale Wohlfahrt in Kriens und Postulat Hahn (Nr. 052/2013) Negativer Trend der Sozialhilfequote sind praktisch identisch. Beide sind heute im Rat traktandiert, allerdings im gleichen Aufwasch behandelt worden. Das Postulat Ercolani (Nr. 141/14) Sozialbezug mit Fairness wurde eingereicht und dann wieder zurückgezogen. Nur um ihn dann wieder einzureichen. Das generiert immer wieder Arbeit in der Verwaltung, im Gemeinderat und im Einwohnerrat. Die Sprechende stellt fest, dass die FDP ein Abstimmungsproblem hat. Daraus resultiert Chaos und Unmut im Rat. Sie bittet den Fraktionspräsidenten dringend, den Finger auf offensichtliche Redundanzen und Leerläufe zu legen und seine Truppe kompetent zu führen. Die FDP fordert eine Verkleinerung des Rates, damit die Effizienz steigt. Es ist unklar, ob diese Hypothese überhaupt stimmt. Sicher ist aber, dass die FDP vor der eigenen Haustüre wischen kann und dies jetzt schon, ohne, dass sie das Volk befragen muss.

Pascal Meyer kommt auf die Aussage von Kevin Hofstetter zurück, worin er sagt, dass er sich bei der FDP wohl fühlt. Er möchte wissen, ob die Jungfreisinnigen schon gegründet wurden. Diese hat ja als Jungpartei gewisse Absichten.

Beat Tanner stellt fest, dass diese Initiative zu Stande gekommen ist. Alle Anwesenden sind diesbezüglich auch sehr nervös. Demokratie heisst auch, dass man Unterschriften sammeln kann und dass darüber abgestimmt wird. Es wird nun schon so lange darüber diskutiert, obwohl die Abstimmung so oder so stattfindet. Das ist auch nicht korrekt. Es bringt auch nichts. Man soll das Volk entscheiden lassen und nicht mehr weiter diskutieren.

Mara Dalla Bona weist darauf hin, dass Kevin Hofstetter bei der Wiedervereinigung nicht dabei war. Die Sprechende und Kevin Hofstetter sind für die FDP im Einwohnerrat. Was sie daneben bei den Jungfreisinnigen machen, ist ein anderes Thema. Sie äussern ihre Meinung in der Fraktion und stehen voll und ganz hinter der FDP.

Enrico Ercolani findet es nicht richtig, wenn heute von einer Einsparung von Fr. 15'000.00 gesprochen wird. Alles was hier drin passiert, muss von der Verwaltung bearbeitet werden. Der Einwohnerrat sitzt bei jedem Vorstoss länger im Saal und erhält dafür auch eine Entschädigung. Es ist absolut verwerflich diese Zahl in die Öffentlichkeit zu treten. Das stimmt überhaupt nicht. 1996 war der Sprechende bereits im Einwohnerrat. Dazumal waren es noch 30

Einwohnerratsmitglieder. Im Schnitt hatte Kriens 24'251 Einwohnerinnen und Einwohner. Dem Sprechenden ist bewusst, dass man heute mehr hat. Anno dazumal hatte man sehr gute junge Einwohnerratsmitglieder. Wenn gute junge Personen da sind, werden diese auch gewählt. Es ist im Interesse aller Mutterparteien, dass sie Nachwuchs haben.

Rolf Schmid möchte wissen wieviel die Abstimmung zu dieser Initiative kostet.

Davide Piras weist nochmals auf die Anzahl der Vorstösse hin. Es ist das Recht von jedem Parlamentarier Vorstösse einzureichen. Man soll aufhören die Anzahl der Parlamentarier anhand der Anzahl Vorstösse in Frage zu stellen. Das ist die Schweizer Demokratie. Wenn man nicht so viele Vorstösse möchte, muss man das anders angehen.

Paul Winiker meint, dass das Milizparlament nach 8-stündiger Debatte immer noch vollständig dabei ist. Er dankt dafür, dass den Einwohnerratsmitgliedern die Debatte über das Leben in Kriens etwas wert ist. Es sind sich alle einig, dass es hier nicht um eine finanzpolitische Vorlage, sondern um eine politische Frage geht. Eigentlich würde der Gemeinderat lieber einen Bericht abliefern, was gemacht werden kann, um die Jungen besser in die Politik miteinzubeziehen, dass die Politikverdrossenheit abnimmt und dass die Krienser Politik noch Miliztauglich ist etc. Der Gemeinderat glaubt nicht, dass man zum Ergebnis kommt den Einwohnerrat zu verkleinern. Es geht darum, ob das Parlament angemessen ist. Es soll Sorge zum Parlament getragen werden, damit es Miliztauglich ist und viele verschiedene Berufe vertreten sind. Der Gemeinderat möchte die Abwesenheiten nicht schelten. Das ist aber eine Tatsache, dass es Abwesenheiten gibt und das soll im Rahmen des Milizparlamentes toleriert werden. Dafür braucht es aber eine bestimmte Anzahl Personen. Im Bericht versuchte der Gemeinderat diese Fakten darzustellen und aufzuzeigen, ob dieses Parlament für Kriens angemessen ist. Es war auch keine Sparmassnahme als die Anzahl der Sitze nach oben gesetzt wurde. Seit der Anpassung der Gemeindeverordnung 2008 muss niemand mehr in mehreren Kommissionen Einsitz nehmen. Manche teilten mit, dass sie an der Grenze der Miliztauglichkeit wären, wenn sie in zwei Kommissionen Einsitz nehmen müssten. Es soll der Bevölkerung auch mitgeteilt werden, dass es darum geht die Demokratie am Leben zu erhalten. Dafür braucht es eine gewisse Anzahl von Einwohnerratsmitgliedern. Deshalb ist der Gemeinderat auch für die Ablehnung der Initiative. Das alles kostet halt auch etwas, aber der Gemeinderat ist überzeugt, dass mit den erreichten Lösungen, die Entscheidungen breit akzeptiert und getragen werden.

Peter Portmann stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und nun mit der Detailberatung begonnen werden kann.

Rolf Schmid äussert, dass seine Frage noch nicht beantwortet wurde.

Paul Winiker findet es den falschen Weg zu sagen, ob die Fr. 15'000.00 es wert sind. Deswegen ist es nicht ganz legitim zu sagen, was eine Volksinitiative kostet. Eine Abstimmung allein kostet rund Fr. 12'000.00. Der Gemeinderat wird dies aber mit einer anderen Abstimmung zusammen ansetzen. Das Parlament soll sich nicht mit den eigenen Waffen schlagen. Es kostet etwas, aber es ist ein demokratisches Mittel, welches legitim ist.

Rolf Schmid gibt Paul Winiker Recht. Der CVP/JCVP/GLP-Fraktion und dem Sprechenden ist Demokratie etwas wert.

Guido Solari liest den **Beschlussestext** vor:

1. Die Gemeindeinitiative "Verkleinerung der Mitgliederzahl des Einwohnerrates Kriens" ist gültig.
2. Die Gemeindeinitiative wird abgelehnt.
3. Der Beschluss gemäss Ziffer 2 unterliegt dem obligatorischen Referendum. Der Gemeinderat wird beauftragt, die Volksabstimmung anzusetzen.

Abstimmung über den Beschlussestext Bericht und Antrag Nr. 140/14:
Der Beschlussestext wird mit 28:7 Stimmen genehmigt.

Aakti, Brahim	ja
Berger, Rita	nein
Bienz, Bruno	ja
Bienz, Viktor	ja
Bieri, Esther	ja
Camenisch, Räto	ja
Dalla Bona, Mara	nein
Ercolani, Enrico	nein
Erni, Roger	nein
Fässler, Peter	ja
Fluder, Hans	ja
Graber, Kathrin	ja
Graf, Alfons	ja
Heiz, Martin	ja
Hofstetter, Kevin	nein
Kaufmann-Wolf, Christine	ja
Kobi, Tomas	ja
Koch, Patrick	ja
Lammer, Thomas	nein
Manoharan, Yasikaran	ja
Mathis-Wicki, Judith	ja
Meyer, Pascal	ja
Nyfeler, Nicole	ja
Piras, Davide	ja
Schmid, Rolf	ja
Schwizer, Roland	ja
Spörri, Raphael	ja
Staub, Katja	ja
Takacs, Fabian	ja
Tanner, Beat	nein
Trüb, Paul	ja
Tschümperlin, Erich	ja
Urfer, Mario	ja
Wicki Roth, Verena	ja
Zosso, René	ja

17. Bericht Postulat Mathis: Räumliche Energieplanung: Energie- richtplan für Kriens

Nr. 060/13

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

18. Bericht Postulat Tschümperlin: Bypass Nein **Nr. 111/14**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

19. Beantwortung Interpellation Schwizer: Förderung des Wirtschaftsstandortes Kriens **Nr. 129/14**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

20. Beantwortung Interpellation Tschümperlin: Wirtschaftsförderung vorantreiben **Nr. 139/14**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

21. Postulat Ercolani: Sozialbezug mit Fairness **Nr. 141/14**

Das Postulat wurde mit E-Mail vom 28. November 2014 zurückgezogen.

22. Postulat Heiz: Kurzzeitparkplätze im Zentrum Kriens **Nr. 142/14**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

23. Motion Tanner: Stopp zusätzliche Verschuldung aus dem Konsumaufwand **Nr. 146/14**

Aus Zeitgründen abtraktandiert.

Schluss

Peter Portmann bedankt sich für das aktive Mitmachen und Diskutieren und wünscht allen frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 22. Januar 2015 statt.

Im Anschluss an die Sitzung trifft man sich im Schlössli zum Jahresabschluss-Essen.

Die Sitzung schliesst um 18:00 Uhr.

Genehmigung im Namen des Einwohnerrates

Die Einwohnerratspräsident:



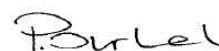
Peter Portmann

Der Gemeindeschreiber:



Guido Solari

Die Protokollführerin:



Petra Burkhart